Der Stadtverordnetenvorsteher

StadtRödermark
natürlich, ganz nah dran

An die
Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
und des Magistrates

der Stadt Rödermark

Schriftführerin: Frau Morian
Telefon: 06074 911310

21. September 2016

E i n l a d u n g

Ich lade Sie ein zu der
6. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
(Sitzung Nr. 7/2016)
am **Dienstag**, **11.10.2016**, um **19:30** Uhr.
Die Sitzung findet in der **Halle Urberach (Mehrzweckraum), Am Schellbusch 1** statt.

Tagesordnung:

TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

TOP 2 Mitteilungen des Magistrats

TOP 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

TOP 4 Bestimmung des Termins der Wahl und einer möglichen Stichwahl für die Wahl des Bürgermeisters der Stadt Rödermark
Vorlage: VO/0236/16

TOP 5 Neuwahl der Schiedspersonen für den Schiedsamtsbezirk Rödermark I (Ober-Roden)
Vorlage: VO/0241/16

TOP 6 Förderantrag gemäß Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) für den Neubau einer Kinderbetreuungsstätte
Vorlage: VO/0187/16

TOP 7 Musikschule: Neugestaltung der Eigentums- und Vertragsverhältnisse Investitionskostenzuschuss zum Kauf des Gebäudes Erlengasse 7
Vorlage: VO/0250/16

TOP 8 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: "Grüne Mitte" Bestandsaufnahme und Perspektiven
Vorlage: CAL/0163/16

TOP 9 Antrag der FDP-Fraktion: Neue Siedlungs- und Gewerbeflächen in Rödermark
Vorlage: FDP/0160/16

TOP 10 Antrag der SPD-Fraktion: Rödermark 2030 - Städtebauliche Entwicklung Rödermarks sichern
Vorlage: SPD/0164/16

TOP 11 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Erstellen eines Rödermark-Plan
Vorlage: CAL/0220/16

TOP 12 Antrag der Fraktion der Freien Wähler: Ausgleich für verlorene Gewerbegebiete
Vorlage: FWR/0222/16

TOP 13 Antrag der FDP-Fraktion: Gewerbeausgleichsflächen - Business Points
Vorlage: FDP/0225/16

TOP 14 Antrag der FDP-Fraktion: Bestandsaufnahme des Ist-Zustand: Gewerbegebiet A27 östlich der Odenwaldstraße
Vorlage: FDP/0224/16

TOP 15 Antrag der SPD-Fraktion: Rödermark: Essbare Stadt
Vorlage: SPD/0217/16

TOP 16 Antrag der FDP-Fraktion: Jägerhaus
Vorlage: FDP/0226/16

TOP 17 Jahresabschluss 2015
Vorlage: VO/0229/16

TOP 18 Entschuldungsfonds - Bericht erstes Halbjahr 2016
Vorlage: VO/0215/16

TOP 19 Doppelhaushalt 2017/2018
(Der Entwurf wird in der Sitzung auf den Tischen ausgelegt)
Vorlage: VO/0232/16

TOP 20 Investitionsprogramm 2017 bis 2021
(Ist Bestandteil des Doppelhaushaltes)
Vorlage: VO/0233/16

Mit freundlichen Grüßen

Sven Sulzmann
Stadtverordnetenvorsteher

F. d. R.

Susanne Morian
Schriftführerin

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

	Datum: 19.09.2016 Antragsteller: ***SPD-Fraktion*** Verfasser/in: *Norbert Schultheis*

Antrag der SPD-Fraktion: Anfrage zu baulichen Veränderungen an der Ortseinfahrt Messenhausen

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Der Presse im August (z.B. FR vom 12.8.2016) war zu entnehmen, dass auf Weisung des Regierungspräsidiums neben anderer Veränderungen an der Ortseinfahrt Messenhausen auch Pflanzkübel entfernt werden sollen.

Beschlussvorschlag:

Wir fragen daher:

Wurde das Regierungspräsidium vor dem Aufstellen der Pflanzkübel von der Stadt kontaktiert?

- Wenn Ja,

- akzeptierte das Regierungspräsidium die Veränderungen der Ortseinfahrt?
- Wird die Stadt die damaligen Kosten für das Aufstellen der Pflanzkübel daher vom Regierungspräsidium zurückfordern?
- Wer übernimmt die Kosten der jetzigen Entfernung der Pflanzkübel?
- Falls die Stadt ganz oder teilweise die Kosten übernehmen muss, wie hoch sind diese für die Stadt?

- Wenn Nein,

- warum wurde das Regierungspräsidium nicht kontaktiert, obwohl es den Rückbau von Maßnahmen anordnen kann?
- Wie hoch waren die Kosten für das damalige Aufstellen der Pflanzkübel?

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

	Datum: 19.09.2016 Antragsteller: ***SPD-Fraktion*** Verfasser/in: *Samuel Diekmann*

Antrag der SPD-Fraktion: Anfrage zur Antwort der Kommunalen Betriebe auf unsere Anfrage zu vollgelaufenen Kellern im Breidert vom 27.07.2016

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Auf unsere Fragen vom 27.07.2016 zu den vollgelaufenen Kellern im Breidert antworteten die Kommunalen Betriebe in einem sehr ausführlichen Papier.

Auf Seite 5 dieser Antwort heißt es: "... Daher sollte auf kommunaler Ebene ein ganzheitliches ausgerichtetes Risikomanagement Sturzfluten erarbeitet werden..." und weiter "... in die auch der Katastrophenschutz und örtliche Rettungsgeräte einzubinden sind."

Beschlussvorschlag:

Wir fragen daher:

1. Gibt es bereits ein solches Risikomanagement Sturzfluten, bzw. wann ist ein solches zu erwarten?
2. Welche Gruppen sind hier mit eingebunden?
3. Entstehen hierfür der Stadt Kosten? Wenn Ja wie hoch sind diese?

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Gremien-Büro und Zentrale Dienste	Vorlage-Nr: VO/0236/16 AZ: I/1/2 Datum: 08.09.2016 Verfasser: Morian, Susanne

Bestimmung des Termins der Wahl und einer möglichen Stichwahl für die Wahl des Bürgermeisters der Stadt Rödermark

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
12.09.2016	Magistrat
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt:

Bürgermeister Roland Kern beendet seine Amtszeit am 31. Mai 2017. Daher ist die Neuwahl des Bürgermeisters der Stadt Rödermark notwendig.

Gemäß § 39 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) wird der Bürgermeister von den Bürgern der Stadt in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Die Wahl ist frühestens sechs und spätestens drei Monate vor Freiwerden der Stelle durchzuführen (§ 42 Abs. 3 HGO).

§ 42 Kommunalwahlgesetz (KWG) regelt, dass die Wahl sowie eine notwendig werdende Stichwahl jeweils an einem Sonntag stattfinden. Die Stichwahl findet frühestens am zweiten und spätestens am vierten Sonntag nach der Wahl statt (§ 39 Abs. 1 b) HGO).
Die Bestimmung der Wahltermine ist Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung (§ 42 KWG).

Der Wahlleiter hat den Wahltag und den Tag einer notwendig werdenden Stichwahl im Bekanntmachungsorgan der Stadt öffentlich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung muss spätestens am 90. Tag vor der Wahl erfolgen (§ 61 Abs. 1 KWO).

Der Magistrat empfiehlt, als Tag für die Direktwahl des Bürgermeisters den 05. Februar 2017 und als Termin für eine eventuell erforderliche Stichwahl den 19. Februar 2017 festzulegen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung bestimmt als Tag für die Direktwahl des Bürgermeisters den

05. Februar 2017

und als Tag für eine eventuell erforderliche Stichwahl den **19. Februar 2017**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Gremien-Büro und Zentrale Dienste	Vorlage-Nr: VO/0241/16 AZ: I/1/3 Mö Datum: 13.09.2016 Verfasser: Morian, Susanne

Neuwahl der Schiedspersonen für den Schiedsamtsbezirk Rödermark I (Ober-Roden)

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
19.09.2016	Magistrat
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Am 15. November 2016 enden die Amtszeiten der Schiedsfrau Andrea Zbiral-Müller und des stellvertretenden Schiedsmannes Karl Heinz Hechler für den Bezirk Rödermark I (Ober-Roden). Für eine Wiederwahl stehen Frau Zbiral-Müller und Herr Hechler nicht zur Verfügung.

Es ist daher eine Neuwahl der Schiedspersonen erforderlich.

Die Neuwahl erfolgt durch die Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer von fünf Jahren. Zur Wahl bedarf es der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Durch öffentliche Bekanntmachung gemäß § 4 (3) Hessisches Schiedsamtsgesetz (HSchAG) im Neuen Heimatblatt Rödermark (34. Und 35. KW) und in anderen Zeitungen wurden Interessierte aus Ober-Roden bis zum 30.09.2016 zur Abgabe einer Bewerbung aufgefordert.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt _____

zur Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk I (Ober-Roden).

Die Stadtverordnetenversammlung wählt _____

zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk II (Ober-Roden).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

<u>Finanzielle Auswirkungen:</u>

Nein

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Kommunale Betriebe Rödermark	Vorlage-Nr: VO/0187/16 AZ: Datum: 20.07.2016 Verfasser: Stephan Bossard-Schlegel

Förderantrag gemäß Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) für den Neubau einer Kinderbetreuungsstätte

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
19.09.2016	Magistrat
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
29.09.2016	Betriebskommission EB "Kommunale Betriebe Rödermark"
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Die Stadt Rödermark kann im Rahmen des Förderkonzepts des Kommunalen Infrastrukturprogramms des Bundes und der Länder Fördermittel über insgesamt 2,529 Millionen Euro abrufen. Davon 1,931 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm für Maßnahmen zur Durchführung von Investitionen mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur für Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur. Weitere 0,598 Millionen Euro stehen aus dem Landesprogramm zur Verfügung.

Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.02.2016 erfolgte eine Zuweisung der Fördermittel aus dem Landesprogramm für den Straßenbau. Die Fördermittel des Bundes können für einen Neubau einer Kinderbetreuungsstätte verwendet werden. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

€ 1.931.304, davon 90% BUNDES-ZUSCHUSS = € 1.737.304
davon 10% Eigenanteil Kommune = 194.000 €, der mit einem Komplementär-Finanzierungsdarlehen vom Land finanziert wird (WI Bank-Darlehen mit 10 Jahre Laufzeit, das Land übernimmt die Zinsen, die Kommunen übernehmen lediglich die Tilgung).

Baugebiet „An der Rodau“

Derzeit wird ein Projekt einer Kinderbetreuungsstätte „An der Rodau“ favorisiert. Im Rahmen der Erschließung des Neubaugebietes „An der Rodau“ ist eine 3074 qm große Geländefläche hierfür vorgesehen.

Für die zukünftige örtliche Kinderbetreuung mit bis zu 100 Kindern hatte daher der Fachbereich IV der Stadt Rödermark ein Raum- und Funktionsprogramm vorgelegt und die Gebäudewirtschaft der Kommunalen Betriebe Rödermark hat verschiedene Baukonzepte untersucht, um Einsparungspotentiale bei den zukünftigen Baukosten erreichen zu können. Die Baukosten werden nach einer aktuellen Kostenschätzung und Vorentwurf des Architekturbüros Dr. Ing. Huther & Dipl. Ing. Karawassilis Bauplan GmbH vom 31.08.2016, bei ca. EUR 2.500.000 liegen.

Kosten:

Entsprechende Mittel sollen in den Wirtschaftsplänen 2017 und 2018 der Kommunalen Betriebe Rödermark etatisiert werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die aus dem Kommunalen Investitionsprogramm des Bundes abrufbaren Mittel in Höhe von € 1.931.304 zur Teilfinanzierung für den Neubau einer Kinderbetreuungseinrichtung, deren Baukosten mit € 2.500.000 EUR geschätzt werden, eingesetzt werden sollen.
Eine entsprechende Etatisierung soll in den Wirtschaftsplänen 2017 / 2018 der Kommunalen Betriebe Rödermark durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Finanzielle Auswirkungen:

JA

Die Mittel sollen in den Wirtschaftsplänen 2017 und 2018 etatisiert werden..

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Finanzverwaltung, Controlling	Vorlage-Nr: VO/0250/16 AZ: I/2 Bt Datum: 16.09.2016 Verfasser: Arne Breustedt

Musikschule: Neugestaltung der Eigentums- und Vertragsverhältnisse Investitionskostenzuschuss zum Kauf des Gebäudes Erlengasse 7

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
19.09.2016	Magistrat
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Der Verein Musikschule Rödermark ist seit etwas mehr als 20 Jahren in dem Gebäude Erlengasse 7 untergebracht. Ein Investor hat damals das Gebäude errichtet und an die Stadt Rödermark vermietet.

Heute sind die Kommunalen Betriebe Rödermark die Mieter des Gebäudes, die eine Erstattung der Miete vom Verein Musikschule Rödermark erhalten. Die Stadt Rödermark zahlt der Musikschule einen Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten, der einen Anteil in Höhe von rund 48.000 Euro für Miete und Nebenkosten enthält.

Dieser Zuschuss ist seit Jahren sukzessive reduziert worden: Von ehemals 116.500 Euro im Jahr 2006 auf 76.500 Euro im Jahr 2016.

Nun möchte sich der Investor von dem Gebäude trennen und hat es der Musikschule zum Kauf angeboten. Nachdem mehrere Varianten geprüft wurden, unter anderem auch Kauf durch die Stadt Rödermark, hat sich herausgestellt, dass es für alle Beteiligten am wirtschaftlichsten ist, wenn die Musikschule das Gebäude erwirbt.

Die Musikschule hat Gespräche mit mehreren Banken geführt und eine Bank gefunden, die eine Finanzierung zu sehr guten Konditionen und über eine Laufzeit von 20 Jahren, mit 20-jähriger Zinsbindung, anbietet. Nach 20 Jahren wäre das Darlehen vollständig getilgt, so dass der Verein eine hohe Sicherheit hinsichtlich der aufzubringenden Zinsen hat.

Der Kaufpreis für das Gebäude beläuft sich auf 627.000 Euro (inklusive Kaufnebenkosten; kein Makler beteiligt). Die Bank würde der Musikschule ein Darlehen in Höhe von 477.000 Euro zur Verfügung stellen, sofern die Stadt Rödermark bereit ist, einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 150.000 Euro beizusteuern.

Nach Prüfung des Sachverhalts und diversen Gesprächen mit dem Investor und der Musikschule, könnte das Geschäft zu den genannten Konditionen abgewickelt werden. Zusätzlich könnte der Betriebskostenzuschuss, den die Stadt Rödermark aus dem Ergebnishaushalt leistet, dauerhaft um 7.500 Euro pro Jahr reduziert werden. Den verbleibenden Betrag, der bisher für Miete aufgewandt wurde, kann und muss die Musikschule für Zins- und Tilgung des Darlehens einsetzen.

Wenn dieses Verfahren über die Laufzeit des von der Musikschule zu tilgenden Darlehens durchgeführt wird, hat die Stadt Rödermark insgesamt 150.000 Euro weniger an Zuschüssen gezahlt und die Musikschule den Zuschuss quasi zurückgezahlt (ohne Zinsen).

Weiterer Vorteil bei dem Erwerb des Gebäudes durch die Musikschule wäre, dass die Stadt Rödermark Zugriffsmöglichkeiten auf dieses zentral am Häfnerplatz gelegene Gebäude hat, sofern die Musikschule es veräußern würde. Dies könnte durch ein Vorkaufsrecht abgesichert werden, wäre aber nicht möglich, wenn ein anderer Investor das Gebäude erwerben würde.

Außerdem hätte die Musikschule die Sicherheit, dass sie dauerhaft über das Gebäude verfügen, ihre Vereinstätigkeit dort ausüben kann und nach 20 Jahren Eigentümerin und somit mietfrei ist. Dies würde auch zu einer deutlichen Reduzierung des Zuschusses aus dem Ergebnishaushalt führen (analog der Vereinsförderrichtlinien)

Die Haushaltsmittel für einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 150.000 Euro sind nicht im Haushaltsplan veranschlagt, könnten aber überplanmäßig bei „Investitionskostenzuschüsse an Vereine und Verbände“ bereitgestellt werden.
Die Liquidität ist gegeben, es kann eine Deckung aus Investitionsüberschüssen der Vorjahre erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Verein Musikschule Rödermark e.V. einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 150.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Mittelbereitstellung erfolgt überplanmäßig. Zur Deckung werden Investitionskostenüberschüsse der Vorjahre herangezogen.

Die Stadt Rödermark hat sich ein Vorkaufsrecht, für den Fall eines Weiterverkaufs des Gebäudes, einräumen zu lassen.

Im Gegenzug zur Bezuschussung ist der jährliche Betriebskostenzuschuss, der aus dem Ergebnishaushalt an die Musikschule gezahlt wird, dauerhaft um 7.500 Euro zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Finanzielle Auswirkungen:

JA

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

CDU Fraktion Rödermark	Datum: 20.06.2016 Antragsteller: ***CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/ Die Grünen*** Verfasser/in: *Stefan Gerl* *Michael Gensert*

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: "Grüne Mitte" Bestandsaufnahme und Perspektiven

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
29.06.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
30.06.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
12.07.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
28.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird hinsichtlich der über die „Grüne Mitte“ gefassten Beschlüsse aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung eine Bestandsaufnahme des bisher Erreichten vorzulegen sowie Perspektiven für die weitere Vorgehensweise aufzuzeigen.

Sowohl die Bestandsaufnahme als auch der perspektivische Ausblick sollten folgende Themenbereiche umfassen:

1. Naturschutz

   - Entwicklung des Naturraumes zwischen den beiden Stadtteilen seit Beschlussfassung über die „Grüne Mitte“
   - Darstellung der Situation der Landwirtschaft in diesem Bereich
   - Darstellung möglicher Konfliktpotentiale zwischen Freizeitnutzungen aller Art und dem Naturschutz

2. Hochwasserschutz

- Stand der Renaturierungsmaßnahmen der Rodau
- Möglichkeiten zur Weiterführung der Maßnahme
- Waren die damaligen Prognosen zum Hochwasserschutz realistisch

3. Freizeitqualität der „Grünen Mitte“

- Beschreibung der „Grünen Mitte“ als Freizeit- und Naherholungsraum für die Bevölkerung
- Derzeitige und zukünftige Nutzung von Weidenkirche, Kleingärten, Kleingärtenanlage und Kinder- und Jugendfarm
- Darstellung etwaiger Entwicklungsmöglichkeiten hinsichtlich dieser Nutzungen
- Erfahrungen und Möglichkeiten für die Durchführung von Festen in diesem Areal
- Beschreibung und Entwicklungsmöglichkeiten für Sportstätten zwischen den beiden Stadtteilen.

4. Grüne Mitte im Rahmen der Stadtentwicklung

- Einbeziehung der Perlite-Planung in die weitere Gestaltung der Grünen Mitte
- Weitere Gestaltung und Einbeziehung des Areals am Badehaus
- Mögliche Gewinnung von „Ökopunkten“ für erforderliche Ausgleichsmaßnahmen bei der Durchführung von Bauleitplanungen an anderen Stellen im Stadtgebiet
- Einbettung der Grünen Mitte in eine Gesamtentwicklung des Raumes zwischen Ober-Roden und Urberach, Aufzeigen von Möglichkeiten und Perspektiven für eine solche Gesamtentwicklung
- Planerische Bewertung der Grünen Mitte und des Gesamtareals zwischen Ober-Roden und Urberach bei der Aufstellung des regionalen Flächennutzungsplanes.

5. Verbindungsweg zwischen Urberach und Ober-Roden

- Darstellung und Beschreibung des Ist-Zustandes für Fußgänger und Fahrradfahrer
- Ausblick und Perspektive für die weitere Vorgehensweise

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

Freie Demokraten FDP Rödermark	Datum: 20.06.2016 Antragsteller: ***FDP-Fraktion*** Verfasser/in: *Tobias Kruger* *Dr. Rüdiger Werner*

Antrag der FDP-Fraktion: Neue Siedlungs- und Gewerbeflächen in Rödermark

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
29.06.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
30.06.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
12.07.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
28.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

<u>Sachverhalt/Begründung:</u>

Der Direktor des Regionalsverbands Frankfurt-RheinMain, Ludger Stuve, fordert aktuell die Kommunen im Rhein-Main Gebiet nachdrücklich dazu auf, kurz- und mittelfristig neue Siedlungs- und Gewerbeflächen auszuweisen und nutzbar zu machen. Dies begrüßt die FDP Rödermark ausdrücklich - war es doch die FDP, die in der Vergangenheit ebendies immer und immer und immer wieder in der Stadtverordnetenversammlung gefordert hat. Im aktuellen Koalitionsvertrag 2016-2021 der alten und neuen regierenden Koalition aus CDU und AL/Grüne wird ein „Rödermarkplan“ mit neuen Siedlungs- und Gewerbeflächen ausdrücklich gefordert. In diesem besagten Koalitionsvertrag heißt es dazu konkret *(Zitate)*:

- „[...] Grundsätzlich sind genügend Flächen zu aktivieren, um wenigstens mittelfristig die Bedarfe abdecken zu können. Insbesondere bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes sind weitere Optionen zum Wohnungsbau zu eröffnen. [...]“
- „[...] Flächenbereitstellung für eine wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere auch für Neuansiedlungen [...]“
- „[...] ist der Bedarf an Flächen festzustellen und kritisch zu würdigen. Diese Bedarfsanalyse ist durchzuführen für gewerbliche Nutzung, für Wohnen, Einkaufen und für kulturelle und soziale Einrichtungen und Aktivitäten. Grundsätzlich muss in allen Bereichen eine maßvolle Weiterentwicklung möglich sein. [...]“

Die FDP stellt hierzu hocherfreut fest, dass der liberale Politikansatz der maßvollen und bedarfsgerechten Gebietsentwicklung und -ausweisung nunmehr endlich auch bei der schwarz-grünen Koalition angekommen ist. Um jedoch jetzt bei der Erreichung dieses im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziels nicht wieder wertvolle Zeit/Jahre mit Abwarten oder Hinauszögern zu vergeuden, sind hierzu nun dringend konkrete Maßnahmen und erste Schritte erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftrag, zu prüfen und in einer der beiden Sitzungen des Ausschuss für Bau, Umwelt Sicherheit und Energie im September 2016 zu berichten:

1. welche Wohnbauflächen, Gewerbeflächen und Mischgebietsflächen, die aktuell noch nicht genutzt sind und für die es noch keinen gültigen Bebauungsplan gibt, auf dem Gebiet der Stadt Rödermark auf Basis des aktuell gültigen regionalen Flächennutzungsplan ausgewiesen werden könnten, mit welcher Größer und Nutzung, und diese konkret zu benennen.

2. welche bebauten Flächen aktuell nicht Bestandteil von Bebauungsplänen sind, ob es möglich ist, diese
in Bebauungspläne gemäß einem Rödermarkplan aufzunehmen, wie dies geschehen könnte und in
welchem Zeitrahmen.

3. welche Flächen in Bebauungsplänen erfasst sind, deren Nutzung nicht der im Bebauungsplan festgelegten entspricht.

4. welche finanziellen und personellen Ressourcen nötig sind, um einen/den „Rödermarkplan“ (Überplanung des Stadtgebiets Rödermark mit Neuausweisungen) überhaupt realistisch umsetzen zu können.

5. wieviel Fläche (m2) sinnvollerweise für die mittelfristige Realisierung des „Rödermarkplans“ im regionalen Flächennutzungsplan aktiviert bzw. nutzbar gemacht werden müss(-t-)en.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

	Datum: 20.06.2016 Antragsteller: ***SPD-Fraktion*** Verfasser/in:

Antrag der SPD-Fraktion: Rödermark 2030 - Städtebauliche Entwicklung Rödermarks sichern

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
29.06.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
30.06.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
12.07.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
28.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Für den Kreis Offenbach wird bis zum Jahr 2030 ein Bevölkerungszuwachs von 27.000 Personen prognostiziert. Dieser Zuwachs wird insbesondere Auswirkungen auf den regionalen und den lokalen Wohnungsmarkt haben. Steigende Mieten und steigende Baulandbaupreise werden die Folgen sein, wenn nicht zügig eine Ausweitung der Angebote erfolgt. Keine Kommune darf sich der Verantwortung entziehen hier gegenzusteuern, weil nur gemeinsames Handeln aller Erfolg verspricht.
Daher ist es erforderlich, auch in Rödermark eine Neuorientierung in der Bauland- und Bodenpolitik einzuleiten und die sich daraus ergebenden Planungsziele festzulegen. Dabei muss auch die Entscheidungsmöglichkeit für Rödermark erhöht werden.

Die Erfordernis zur Ausweisung neuer Flächen kann - insbesondere auch für den Sozialen Wohnungsbau - vor dem Hintergrund der Entwicklung nicht mehr geleugnet werden.
Es muss das Ziel sein, dass die Stadt auf das dynamischen Wachstum der Region reagieren kann und von der allgemeinen Entwicklung nicht abgehängt wird. Langfristig kann so ein Beitrag zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung geleistet werden.

Beschlussvorschlag:

Zur Vorbereitung einer Entscheidung über die Ausweisung neuer Flächen für Wohnungsbau und zur Ansiedlung von Gewerbe auf dem Gebiet der Stadt Rödermark

wird der Magistrat beauftragt zu klären, wie und wo eine Bebauung zwischen den beiden Ortsteilen Ober-Roden und Urberach möglich ist.

Dabei sollen insbesondere folgende Fragen geklärt werden:
Welche Flächen sind schon im Besitz der Stadt?
Welche Flächen sind über die Festlegung Landschaftsschutzgebiet hinaus durch weitere Auflagen oder durch tatsächliche Entwicklungen besonders schützenswert?
Gibt es Umstände, die erhöhte Kosten beim der Erschließung dieser Flächen erwarten lassen?
Weiterhin soll gutachterlich bewertet werden, wie und in welcher Größe eine sogenannte Grüne Mitte in eine städtebauliche Entwicklung auf diesem Gebiet integriert werden kann.

Die zukünftige Entwicklung neuer Bauflächen soll sich zunächst auf das Gebiet zwischen den beiden Ortsteilen Ober-Roden und Urberach konzentrieren.

Die Vertretung der Stadt Rödermark im Planungsverband Frankfurt Rhein-Main wird aufgefordert, eine Entscheidung zur Überarbeitung des Regionalen Flächennutzungsplanes zur Ausweisung neuer Bauflächen auch auf dem Gebiet der Stadt Rödermark einzufordern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

CDU Fraktion Rödermark	Datum: 29.08.2016 Antragsteller: ***CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/ Die Grünen*** Verfasser/in: *Michael Gensert* *Stefan Gerl*

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: Erstellen eines Rödermark-Plan

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
28.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Es soll ein Rödermark-Plan erstellt werden - eine umfassende, sich auf das gesamte Stadtgebiet beziehende Stadtentwicklungskonzeption, die auch langfristige Zielsetzungen aufstellt. Sämtliche vorliegenden Detail- und Fachpläne sind einzubeziehen sowie wirtschaftliche, kulturelle, soziale und ökologische Belange und Entwicklungsaspekte zu berücksichtigen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat beauftragt zu prüfen und darzustellen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um einen solchen Rödermark-Plan aufzustellen.

2. Insbesondere soll geprüft werden, ob die Einschaltung eines Planungsbüros mit Schwerpunkt Stadtentwicklung möglich und zweckmäßig ist. Falls die Einschaltung eines Planungsbüros für sinnvoll erachtet wird, wird der Magistrat aufgefordert, konkrete Vorschläge zu entwickeln und den finanziellen Handlungsrahmen darzustellen.

3. Es ist zu prüfen, ob der Leitbildprozess aktiviert bzw. reaktiviert werden kann oder muss.

Der Stadtentwicklungsplan für Rödermark (Rödermark-Plan) soll im Wesentlichen folgende Inhalte haben:

- Es sind Möglichkeiten darzustellen, die der derzeitige Regionalplan im Innen-

und Außenbereich zulässt. Die entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten sind zu bewerten und konkrete Prioritäten und Vorschläge zu benennen.

- Es ist darzustellen und zu bewerten, welche Entwicklungsmöglichkeiten im Außenbereich dadurch bestehen, dass der Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist. Solche Entwicklungsmöglichkeiten sind planerisch zu bewerten.
- Es ist zu prüfen, ob Abweichungen von dem gültigen Flächennutzungsplan bis zur Neuaufstellung des Planes möglich sind. Die entsprechenden Voraussetzungen sind darzustellen. Des Weiteren ist auch hier eine planerische Bewertung durchzuführen.
- Zur Bereitstellung weiterer Flächen zur Wohnbaunutzung ist zu ermitteln, wo Verdichtung insbesondere Nachverdichtung sinnvoll ist und ob in diesem Zusammenhang bauplanerische Maßnahmen ergriffen werden sollten.
- Bei Gewerbegebieten ist darzustellen, inwieweit baurechtswidrige Nutzungen vorliegen, wie und in welchem Umfang diese illegalen Nutzungen verhindert und unterbunden werden oder in einer Neukonzeption aufgehen können.

Der Aufstellungsprozess des Rödermark-Plan soll offen gestaltet werden. Die Beteiligung der Bürgerschaft und die Einschaltung eines Planungsbüros soll ermöglicht werden.

Eine Leitlinie für die Stadtentwicklung soll folgende Parameter berücksichtigen:

- Es ist davon auszugehen, dass der Zustrom von Menschen in das Rhein-Main-Gebiet anhält und die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum erforderlich ist.

- Es ist davon auszugehen, dass Flächen für das Bestandsgewerbe, aber auch für Neuansiedlungen von Unternehmen und Gewerbe bereit zu stellen sind.

- Welchen Bedarf es an Flächen Wohnungsbau, Gewerbe und Gewerbeansiedlung, kulturelle Einrichtungen, Nahversorgung, Einkaufen, Sport und Naherholung gibt.

- Wo die entsprechenden Bedarfe flächenmäßig dargestellt werden können.

- Wie die einzelnen Areale des Stadtgebiets in Zukunft genutzt werden sollen und wo Planungen und gegebenenfalls auch Überplanungen durchgeführt werden sollen.

- Welche Planungsoptionen im Hinblick auf die Fortschreibung des Regionalen Flächennutzungsplanes zu schaffen sind.

- Welche Impulse zur Erreichung der Planziele gesetzt werden müssen.

- Die zukünftige Struktur der Stadt.

- Maßnahmen zur Stärkung und Belebung der Ortskerne sowie die Bestimmung ihrer Funktion für die Stadt

- Die Grüne Mitte ist in ihrer Funktion als Naherholungsraum und Bindeglied zwischen den beiden Stadtteilen zu stärken.

- Verortung und Funktion der Stadt Rödermark im Kultur- und Wirtschaftsraum Rhein-Main.

- Darstellung der Möglichkeiten zur Sicherung zukünftigen Belange von Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Naherholung.

Bei dem Aufstellungsprozess für den Rödermark-Plan ist zu berücksichtigen, dass es wichtige Zwischenetappen gibt:

Wichtigste mittelfristige Zwischenetappe ist die Fortschreibung des „Regionalen Flächennutzungsplanes“ durch den Regionalverband. Die Stadt Rödermark hat ihre Vorstellungen und Interessen rechtzeitig und qualifiziert in diesen Aufstellungsprozess einzubringen. Es ist darzustellen, welche Qualität die entsprechenden Stellungnahmen erzielen müssen, um tatsächlich beim Aufstellungsprozess berücksichtigt zu werden.

Es besteht jedoch auch ein kurzfristiger Handlungsbedarf.
Der Aufstellungsprozess soll auch einen Beitrag dazu leisten, darzustellen, welche kurzfristigeren Handlungsmöglichkeiten es in der Stadtentwicklung gibt. Insbesondere soll auch dargestellt werden, wie Flächen zur Befriedigung von notwendigen Bedarfen kurzfristig mobilisiert werden können.

Die weitere **Begründung** erfolgt mündlich.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

FW FREIE WÄHLER	Datum: 29.08.2016 Antragsteller: ***Fraktion: Freie Wähler Rödermark*** Verfasser/in: *Peter Schröder*

Antrag der Fraktion der Freien Wähler Rödermark: Ausgleich für verlorene Gewerbegebiete

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
28.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

In Rödermark sind in den vergangenen Jahren sehr viele potentielle Grundstücke, welche eine gewerbliche Nutzung zugelassen hätten, in andere Nutzungen umgewandelt worden. Als Beispiel nennen wir hier:

- Residenz am Badehaus, Urberach
- Franziskushaus, Ober-Rodener Str. in Urberach
- Gelände von Hitzel & Beck am Bahnhof in Ober-Roden
- Ehemaliger Pennymarkt / Dornheim am Dalles in Urberach
- Odenwaldstr. 66, Ober-Roden, Flüchtlingsunterkunft
- Maybachstr. 4, Ober-Roden, Flüchtlingsunterkunft
- Kapellenstr., Ober-Roden
- Carl-Benz-Str. 6, Urberach
- Neckarstr. / Dörner Str. , Ober-Roden
- diverse Grundstücke in der Odenwaldstr., Ober-Roden

Die Zinsen sind auf einem historischen Tiefstand, die Wirtschaft floriert, Export und Konsum laufen sehr gut. Von diesem Wirtschaftswachstum muss auch unsere Stadt profitieren! Unsere Nachbarkommunen haben den Trend erkannt und die Möglichkeiten genutzt, vom Wirtschaftswachstum zu profitieren. In Rödermark dagegen wird lediglich versucht, den Bestand zu halten. Expansionsmöglichkeiten und Neuansiedlungen werden den Unternehmen in unserer Stadt auch durch mangelnde Flächen erschwert.

Wir benötigen dringend Steuereinnahmen aus der Wirtschaft, um die sozialen Aufgaben unserer Kommune finanzieren zu können und um Handlungsspielraum für freiwillige Leistungen zu haben, ohne die Bürger durch noch mehr Steuererhöhungen zu belasten.
Wir benötigen Arbeitsplätze vor Ort, damit z. B. auch die Freiwilligen Feuerwehren ihren Aufgaben nachkommen und die Tageseinsatzbereitschaft sicherstellen können. Arbeitsplätze vor Ort sorgen auch für den wichtigen Klimaschutz, wenn nicht noch mehr Pendler mit Kraftfahrzeugen in die umliegenden Städte fahren müssen. Diese CO_2-Belastungen können auch durch ein jährliches kostenverursachendes Stadtradeln nicht kompensiert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. dafür Sorge zu tragen, dass für jeden Quadratmeter umgewidmeten Gewerbegebiet an anderer Stelle mindestens eine gleichgeordnete Fläche für Gewerbe geschaffen wird.

2. zusätzlich neue Gewerbegebiete und Mischgebiete zu planen.

3. durch geeignete Maßnahmen die Gewerbesteuereinnahmen durch die Ansiedlung neuer Unternehmen in Rödermark zu stärken und zu verstetigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

Freie Demokraten FDP Rödermark	Datum: 29.08.2016 Antragsteller: ***FDP-Fraktion*** Verfasser/in: *Tobias Kruger* *Dr. Rüdiger Werner*

Antrag der FDP-Fraktion: Gewerbeausgleichsflächen - Business Points

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
28.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

In der jüngeren Vergangenheit wurden peu à peu in Rödermark immer mehr ausgewiesene Gewerbeflächen durch faktische Innenentwicklung vernichtet und in Wohnraum umgewidmet. Generell besteht kein Zweifel daran, dass Rödermark neuen und auch bezahlbaren Wohnraum benötigt, allerdings darf dies nicht im Wege des ersatzlosen Wegfallens von Gewerbeflächen geschehen, sondern im ergänzenden Miteinander. Die Devise für Rödermark muss lauten, dass Wohnen und Arbeiten vor Ort anzustreben sind. Hierbei ist nicht nur die Gewerbesteuer in den Blick zu nehmen, sondern insbesondere auch Aspekte wie Expansionsmöglichkeiten für das Bestandsgewerbe, Arbeitsplätze vor Ort aus Sicht der Feuerwehr (Stichwort: „Tageseinsatzverfügbarkeit“) und nicht zuletzt auch aktiver Umweltschutz durch weniger Pendelkilometer. Die für das Gewerbe nutzbaren Flächen in Rödermark dürfen sich nicht weiter verringern, für zukünftig verlorengehende Flächen muss an anderer Stelle automatisch ein Flächenausgleich geschaffen werden. Dazu soll ein Grundsatzbeschluss herbeigeführt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für alle zukünftigen Projekte, deren Realisierung eine Nutzungsänderung i.S.d. BauNVO dahingehend mit sich bringt, dass vormalige Gewerbeflächen (Gewerbegebiet oder Mischgebiet) hin zu reiner Wohnnutzung oder Mischgebiet mit vorrangiger Wohnnutzung umgewidmet werden (müssen), wird zeitgleich an anderer Stelle im Stadtgebiet eine in der Größenordnung korrespondierende Gewerbeausgleichfläche geschaffen - durch Neuausweisung unterhalb der für den RegFNP erheblichen qm-Zahl oder ebenfalls Nutzungsänderung. Zu keiner Zeit nach

der Beschlussfassung darf die Summe aller baurechtlich für Gewerbe vorgesehener Flächen kleiner sein als zum Zeitpunkt des Beschlusses.

Gedanklich angelehnt werden soll das neue Modell der Gewerbeausgleichsflächen an die Systematik der Naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen; ein einfaches Punktesystem (z.B. „Business Points“ - 1qm wegfallende bestehende Gewerbefläche = 1 qm neu zu schaffende Gewerbefläche) ist hierfür denkbar.

Aufgabe des Magistrates soll/muss es zukünftig sein, bei jedem Vorhaben, welches bestehende Gewerbefläche um-/entwidmet, gleichzeitig und automatisch einen parallelen Vorschlag für die zeitgleiche Schaffung entsprechender Gewerbeausgleichsflächen an anderer Stelle im Gemarkungsgebiet vorzulegen. Sollte zum Zeitpunkt der Um-/Entwidmung ein positiver Saldo hinsichtlich der Gewerbeausgleichsflächen vorhanden sein, ist eine entsprechende Verrechnung darzulegen; ein Negativsaldo darf nicht länger als 12 Monate nach der letzten Verrechnungsdarlegung bestehen bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

Freie Demokraten FDP Rödermark	Datum: 29.08.2016 Antragsteller: ***FDP-Fraktion*** Verfasser/in: *Tobias Kruger* *Dr. Rüdiger Werner*

Antrag der FDP-Fraktion: Bestandsaufnahme des Ist-Zustand: Gewerbegebiet A27 östlich der Odenwaldstraße

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
28.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Der Direktor des Regionalverband Frankfurt-Rhein-Main, Ludger Stuve, forderte die Kommunen im Rhein-Main Gebiet nachdrücklich dazu auf, kurz- und mittelfristig neue Siedlungs- und Gewerbeflächen auszuweisen und nutzbar zu machen. Die aktuellen Prognosen des hessischen Statistischen Landesamtes vom Februar 2016 sehen einen Bevölkerungszuwachs im Kreis Offenbach in den nächsten 15 Jahren um rund 30.000 Personen voraus. Bei einer gleichmäßigen Verteilung muss sich Rödermark auf eine Bevölkerungszunahme um über 2000 Einwohner einstellen. Wollte man diese Personen auf Neubaugebiete mit Einfamilien-, Reihen- und kleinen Mehrfamilienhäusern verteilen, müssen dazu bei einem durchschnittlichen Flächenbedarf pro Person von rund 250 qm rund 50 ha Neubaufläche bereitgestellt werden. Diese Größenordnung steht im Flächennutzungsplan nicht zur Verfügung. Die zusätzlichen Einwohner müssen daher vor allem in verdichteter Bebauung untergebracht werden. Nur durch Außen- und Innenentwicklung gemeinsam kann es gelingen, die benötigten Wohnflächen bereitzustellen.

Ein Areal mit besonderem Potenzial zur Innenentwicklung ist das Gewerbegebiet östlich der Odenwaldstraße, das von dem Bebauungsplan A27 aus dem Jahr 2001 abgedeckt wird. In den letzten Jahrzehnten hat der Magistrat es wissentlich zugelassen, dass der Gewerbeanteil in diesem rund 5,5 ha großen Gebiet sukzessive zurückgegangen und die dem Bebauungsplan in weiten Teilen widersprechende Wohnnutzung ist in den Vordergrund getreten ist, u. a. in Form einer Flüchtlingsunterkunft für 100 Personen. Ein Teil des Gebietes wurde zur Darstellung einer Wohnbebauung auf dem ehem. Hitzel & Beck-Areal bereits überplant, auf einem städtischen Grundstück steht ein reines Wohnhaus und eine Kindertagesstätte.

Für den Antragsteller erscheint es objektiv nicht realistisch, dass die ursprüngliche und durch den Bebauungsplan festgelegte vorrangige Gewerbenutzung irgendwann wieder in den Vordergrund treten wird. Mit der auf vielen Grundstücken in den Vordergrund getretenen Wohnnutzung sind Tatsachen geschaffen worden. Um auf die teilweise planwidrige Nutzung des Geländes zu reagieren, wäre es eine Option, den Bebauungsplan der tatsächlichen Nutzung (mithin dem Status quo) anzupassen und das Potenzial des Gebietes damit besser zu erschließen – unter besonderer Berücksichtigung der Belange des noch vorhandenen Gewerbes. Selbstverständlich müssten bei einer teilweisen oder vollständigen Umwidmung von Gewerbeflächen an anderer Stelle Gewerbeausgleichsflächen geschaffen werden (siehe Antrag „Gewerbeausgleichsflächen“).

Um hierzu die richtigen Entscheidungen treffen zu können, ist eine Bestandsaufnahme unerlässlich.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes des Geltungsbereichs des Bebauungsplans östlich der Odenwaldstraße vorzunehmen. Ziel der Bestandsaufnahme ist es, eine Entscheidung herbeiführen zu können, ob und unter welchen Bedingungen eine Änderung des Bebauungsplans möglich ist, um das Potenzial dieses Areals besser zu nutzen als in der jüngeren Vergangenheit. Dabei sollten u.a. folgende Fragen erörtert werden.

- Wie viele Wohnungen existieren aktuell (ohne die Planungen auf dem ehem. Hitzel & Beck-Areal) im Bereich des Bebauungsplans A27?

- Wie viele davon entsprechen den Festlegungen des Bebauungsplans.

- Wie viele Menschen haben ihren Wohnsitz in diesem Areal angegeben (ohne Flüchtlinge/Asylbewerber)?

- Wie viele Gewerbe sind in diesem Bereich noch angemeldet?

- Welcher Art sind diese Gewerbe und welche Anforderungen stellen sie an ihre unmittelbare Umgebung?

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

	Datum: 29.08.2016 Antragsteller: ***SPD-Fraktion*** Verfasser/in: *Samuel Diekmann*

Antrag der SPD-Fraktion: Rödermark: Essbare Stadt

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
28.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Städte wie Andernach, Kassel oder Darmstadt haben es vorgemacht: Grünflächen können nicht nur grüne Flecke im Stadtbild sein, die der Erholung dienen, sondern auch der Umweltpädagogik für Jung und Alt dienen.

Wo auf öffentlichen Grünflächen andernorts oft die Devise „betreten verboten“ gilt, heißt es dann „pflücken erlaubt“ - denn alle Pflanzen sind essbar. Kürbisse, Tomaten, Wein-Trauben, Kartoffeln und anderes Obst und Gemüse, Kräuter und essbare Blumen usw. werden angebaut und regen nicht nur zum verweilen, sondern auch zum naschen und neues kennenlerne ein. Auch eine bienenfreundliche Gestaltung ist mit diesem neuen Focus möglich.

Ein Projekt, dass wunderbar in unsere Stadt passt und wenig finanziellen Mitteln das Stadtbild aufwerten wird.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird ...

- erstens dazu beauftragt zukünftig eine essbare Bepflanzung in städtischen Grünflächen zu fördern,
- zweitens eine Zusammenarbeit/ Kooperation mit ehrenamtlich engagierten Bürgern anzustreben,
- drittens umgehend eine erste, geeignete Grünfläche für das Projekt bereitszustellen und entsprechend zu bepflanzen zu lassen,
- viertens zukünftig die Bürger (z.B. über eine Broschüre oder Internetkarte auf der Homepage) über alle essbaren Plätze zu informieren.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

Freie Demokraten FDP Rödermark	Datum: 29.08.2016 Antragsteller: ***FDP-Fraktion*** Verfasser/in: *Tobias Kruger* *Dr. Rüdiger Werner*

Antrag der FDP-Fraktion: Jägerhaus

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
07.09.2016	Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
27.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Am 06.12.2011 hat die Stadtverordnetenversammlung mit Stimmenmehrheit (bei einer Gegenstimme der FDP) beschlossen, dass die Stadt zum Zwecke des Erhalts der städtebaulichen Struktur am Rathausplatz sowie zur Steuerung der weiteren Entwicklung im Ortskern Ober-Roden von der Erbengemeinschaft Jäger das Anwesen Dieburger Straße 21, Gemarkung Ober-Roden Flur 19 Nr. 195/1, 239 qm erwirbt. Der Kaufpreis betrug 169.000,00 €. Alle im Rahmen des Grundstückskaufvertrages entstehenden Kosten trug die Stadt Rödermark.

Das Anwesen wurde Ende 2011 ohne durchdachten Plan für eine Nutzung erworben. Nun ist das Gebäude seit über 4,5 Jahren im Besitz der Stadt Rödermark, ohne dass es in seiner Gesamtheit einer erkennbaren Nutzung oder Sanierung/Restaurierung zugeführt wurde oder eine Steuerung der weiteren Entwicklung im Ortskern von Ober-Roden stattgefunden hat. Seit dem Erwerb ist mithin kein Plan für eine weitere Nutzung entwickelt worden oder hat sich aufgedrängt und ein solcher Plan ist mittelfristig aufgrund des augenscheinlich hohen Investitions- und Sanierungsbedarfs auch nicht absehbar. Laut Aussage des Magistrates als Antwort auf eine Anfrage der FDP-Fraktion belaufen sich die jährlichen Kosten für das Anwesen für die Allgemeinheit auf über 10.000 €. Dies steht in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Stadt. Vor diesem Hintergrund besteht Entscheidungs- und Handlungsbedarf – insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass eine ohnehin stark sanierungsbedürftige Immobilie mit den Jahren des Leerstandes immer höhere Kosten produziert und ggf. sogar Verkehrssicherungspflichten hervorruft.

Da die Stadt offensichtlich auch längerfristig keinen erkennbaren Bedarf für das Gebäude hat, ist eine Wiederveräußerung angeraten, um die Betriebskosten einzusparen. Aus Sicht des Antragstellers ist der Erhalt des Gebäudes dabei keinesfalls

die bzw. eine Grundvoraussetzung. Auch der permanente Abriss und damit die Schaffung einer Sichtachse zwischen Kulturhalle und Rathaus, einer optischen Verbindung zwischen Kulturhallenvorplatz und Rathausplatz würde aus Sicht der antragstellenden Fraktion beide Plätze wechselseitig aufwerte

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, für das Anwesen Dieburger Straße 21, Gemarkung Ober-Roden Flur 19 Nr. 195/1, 239 qm („Jägerhaus"), einen Investor zu suchen bzw. mit ggf. zu einem früheren Zeitpunkt vorhandenen Investoren in Sondierungsgespräche über einen Verkauf einzutreten. Der Erhalt des Gebäudes soll dabei keinesfalls eine zwingende Voraussetzung sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Finanzverwaltung, Controlling	Vorlage-Nr: VO/0229/16 AZ: 1/2/1/Sc/J Datum: 31.08.2016 Verfasser: Simone Jäger

Jahresabschluss 2015

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
12.09.2016	Magistrat
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Gemäß § 112 HGO ist die Kommune verpflichtet, am Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, der die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt darstellt.

Gemäß § 114 Abs. 1 HGO beschließt die Stadtverordnetenversammlung den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss bis spätestens 31.12. des zweiten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und entscheidet zugleich über die Entlastung des Magistrats.

Der vom Fachbereich Finanzen erstellte Jahresabschluss wurde vom Rechnungsprüfungsamt geprüft und am 14. Juli 2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Das Jahresergebnis 2015 der Stadt Rödermark, welches auch Grundlage der Schutzschirmvereinbarung ist, weist im **ordentlichen Ergebnis** einen Verlust in Höhe von 3.151.661,04 € (Plan 4.157.700,05 €) auf, so dass eine Ergebnisverbesserung im Plan/Ist Vergleich von 1.006.039,01 € zu verzeichnen ist.

Im **außerordentlichen Ergebnis** verzeichnet die Stadt Rödermark einen Gewinn in Höhe von 812.082,72 € (Plan 1.130.352,11 €).

Der Jahresabschluss 2015 weist einen **Jahresfehlbetrag** in Höhe von 2.339.578,32 Euro aus, dem ein Planansatz 2015 in Höhe von 3.027.347,94 Euro gegenüber steht. Dies entspricht einer Ergebnisverbesserung um 22,7 %.

Aus Investitionstätigkeiten wurde ein Überschuss in Höhe von 1.019.242,79 € erzielt.

Aufgrund der Darlehensablösung durch die Teilnahme am Entschuldungsfonds Hessen (Schutzschirm) wurden die Jahresfehlbeträge 2008, 2009 und ein Teilbetrag aus 2010 mit der Umschuldung in Höhe von 10.048.162,00 € verrechnet, so dass in den Folgejahren keine Verrechnung mit der Nettoposition vorzunehmen war. In diesem Jahr findet wieder der § 25 Abs. 3 GemHVO Anwendung. Der Jahresverlust aus 2010 (Rest: € -6.502.861,03) wird mit der Nettoposition verrechnet. Die Jahresverluste der folgenden Jahre 2011-2015 werden gemäß den Regelungen zum Haushaltsausgleich fünf Jahre auf neue Rechnung vorgetragen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten spiegeln zum 31.12.2015 eine Inanspruchnahme von Kassenkrediten in Höhe von 33 Mio. € wider.

Der Magistrat empfiehlt, den Jahresfehlbetrag 2015 in Höhe von 2.339.578,32 € gemäß § 25 Abs. 3 GemHVO auf neue Rechnung vorzutragen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes vom 14. Juli 2016 versehenen Jahresabschluss 2015 gemäß § 114 HGO fest und entlastet somit den Magistrat für die Führung der Geschäfte.

Der Jahresfehlbetrag 2015 in Höhe von 2.339.578,32 € wird gemäß § 25 Abs. 3 GemHVO auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Anlagen

Jahresabschluss 2015

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes

über die Prüfung des Jahresabschlusses

der Stadt Rödermark

zum 31. Dezember 2015

Inhaltsverzeichnis

		Seite
A.	Prüfungsauftrag	4
B.	Grundsätzliche Feststellungen	5
	I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den Bürgermeister	5
	II. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	6
C.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	7
D.	Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	9
	I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	9
	1. Jahresabschluss	9
	2. Rechenschaftsbericht	10
	II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
	1. Feststellungen zur Gesamtaussage	10
	2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	11
	III. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	12
	1. Allgemeine Vorbemerkungen	12
	2. Vermögenslage und Kapitalstruktur (Bilanz)	12
	3. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	15
	4. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	18
	Anlagenverzeichnis	20

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht 2015

Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes

A. Prüfungsauftrag

1. Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 der

Stadt Rödermark

erfolgte nach der Vorschrift des § 131 Abs. 1 Nr. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (kurz HGO) in Verbindung mit § 128 HGO.

2. Grundlage für die Durchführung der Prüfung waren die Vorschriften der §§ 32 bis 58 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), §§ 108 bis 114 der HGO und die dazu erlassenen Hinweise. Soweit die Vorschriften der HGO und der GemHVO sowie die Hinweise keine Regelungen zu einem konkreten Sachverhalt enthalten, wurden bei der Beurteilung von Zweifelsfragen die entsprechenden handels- und steuerrechtlichen Regelungen herangezogen.

3. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und der Rechenschaftsbericht für 2015 sind dahin gehend zu prüfen, ob sie unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Rödermark vermitteln und ob die gesetzlichen Vorschriften, die sie ergänzenden Satzungen sowie die sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

4. Das Rechnungsprüfungsamt hat über Art und Umfang der Prüfung sowie über das Ergebnis der Prüfung einen Prüfungsbericht zu erstellen.
Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dieses Berichtes dargestellt.
Des Weiteren sind dem Bericht der geprüfte Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang sowie der Rechenschaftsbericht beigefügt.
Darüber hinaus ist im Bericht der Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes enthalten.

5. Die Führung der vorgeschriebenen Bücher, die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Erstellung des Rechenschaftsberichtes gehören zu den Aufgaben der gesetzlichen Vertreter der Stadt Rödermark. Diese tragen gleichfalls die Verantwortung für alle uns im Rahmen der Abschlussprüfung gemachten Angaben.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den Bürgermeister

6. Der Bürgermeister hat im Rechenschaftsbericht und im Jahresabschluss nebst Anhang (Anlage 1) die wirtschaftliche Lage der Stadt Rödermark beurteilt.

7. Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

Das Vermögen der Stadt Rödermark hat sich im Jahr 2015 um TEUR 78,6 auf TEUR 134.707,3 vermindert. Auf der Aktivseite der Vermögensrechnung hat sich das langfristig gebundene Vermögen um TEUR 1.225,0 vermindert. Das kurzfristige Vermögen hat sich um TEUR 1.146,4 erhöht, wobei ein wesentlicher Anstieg der Forderungen aus Steuern und Abgaben von TEUR 827,8 und der liquiden Mittel von TEUR 549,9 zu verzeichnen war.
Auf der Passivseite der Vermögensrechnung haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Wesentlichen durch die Aufnahme neuer Kassenkredite um TEUR 2.456,5 erhöht. Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zzgl. Sonderposten) hat sich durch den erwirtschafteten Verlust (TEUR 2.339,6) und den auflösungsbedingten Rückgang der Sonderposten (TEUR 535,6) um TEUR 2.875,2 auf TEUR 66.464,1 vermindert. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote hat sich von im Vorjahr 51,4 % auf 49,3 % gemindert. Die Ertragslage ist nach wie vor unzureichend, die Erträge reichen nicht aus, laufende Aufwendungen zu decken. Das Verwaltungsergebnis schließt mit einem Fehlbetrag von TEUR 2.839,6 (Vorjahr TEUR 3.360,0) ab. Das Finanzergebnis ist auf Grund der Zinsen für Investitions- und Kassenkredite mit TEUR 312,0 negativ. Die Ergebnisrechnung 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 2.339,5 (Vorjahr: TEUR 2.405,3) ab. Die gegenüber dem Haushaltsplan eingetretene Ergebnisverbesserung in Höhe von TEUR 687,8 ist im Wesentlichen auf gestiegene Steuereinnahmen (TEUR 155,1), gesunkene Personalkosten (TEUR 450,1), Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (TEUR 128,3) und auf Minderungen der Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse (TEUR 273,9) zurückzuführen. Dem gegenüber haben sich im Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis Verschlechterungen gegenüber den Planansätzen von TEUR 242,0 bzw. TEUR 318,3 ergeben.

8. Die oben angeführten Hervorhebungen werden in dem Abschnitt D. durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens- und Ertragslage ergänzt.

9. Nach dem Ergebnis meiner Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Stadt Rödermark einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch den Bürgermeister ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

II. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

10. Am 15. Februar 2013 hat die Stadt Rödermark mit dem Land Hessen die Vereinbarung über die Teilnahme am sog. Schutzschirmprogramm geschlossen. Die Stadt hat danach eine Entschuldungshilfe in Höhe von TEUR 12.261,0 erhalten.

Das Ziel des kommunalen Schutzschirms ist die Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit in aktuell konsolidierungsbedürftigen Kommunen. Diesen soll durch die sofortige teilweise Entschuldung und sinkenden Zinsaufwendungen spürbar geholfen werden, ihren Haushalt schnellstmöglich wieder auszugleichen.

Die Stadt hat sich verpflichtet, ihre Haushaltswirtschaft so zu führen, dass der Ergebnishaushalt im ordentlichen Ergebnis ab dem Haushaltsjahr 2018 dauerhaft ausgeglichen ist. Festgelegt wurde hierbei ein Konsolidierungsprogramm, welches vorsieht, ab 2013 bis 2018 ein Konsolidierungsvolumen von insgesamt TEUR 11.316,8 zu erbringen.

Das vereinbarte Konsolidierungsziel für das Haushaltsjahr 2015 wurde eingehalten, wobei jedoch nicht in allen Bereichen die gewünschten Ergebnisse erreicht werden konnten. Ausgleichend hierzu konnten in anderen Bereichen über die Planungen hinausgehende Verbesserungen erzielt werden.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

11. Gegenstand meiner Prüfung waren die Buchführung, der nach gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung (Gemeindehaushaltsverordnung) aufgestellte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015 und der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2015. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht tragen die gesetzlichen Vertreter der Stadt. Meine Aufgabe ist es, diese Unterlagen einer Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind. Den Rechenschaftsbericht habe ich daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei meiner Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Stadt vermittelt. Dabei habe ich auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

12. Der Bürgermeister der Stadt Rödermark ist für die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses, des Anhanges und des Rechenschaftsberichtes nach den Vorschriften der HGO und der GemHVO sowie den dazu zu erlassenen Rechtsverordnungen sowie den mir gemachten Angaben verantwortlich. Meine Aufgabe ist es, die mir vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen meiner pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

13. Die Prüfungsarbeiten erfolgten im Juli 2016 in Urberach.

14. Ausgangspunkt meiner Prüfung war der von mir geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014.

15. Bei Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der HGO und der GemHVO beachtet. Danach habe ich die Prüfung so angelegt, dass ich Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, erkennen konnte. Die Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung habe ich so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die Verantwortung für die Vermeidung und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten liegt bei den gesetzlichen Vertretern der Stadt.

16. Zur Prüfung der Posten des Jahresabschlusses der Stadt habe ich das Akten- und Schriftgut, Jahresabschlüsse von verbundenen Unternehmen sowie sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen.

17. Saldenbestätigungen für die am Bilanzstichtag bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten habe ich nicht eingeholt, weil nach Art der Erfassung, Verwaltung und Abwicklung der Forderungen und Verbindlichkeiten ihr Nachweis auf andere Weise zuverlässig erbracht werden konnte. Lediglich im Bereich der verbundenen Unternehmen wurden Saldenbestätigungen eingeholt. Im Rahmen der Prüfung der Flüssigen Mittel und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten habe ich von allen Kreditinstituten Bestätigungen über die Verpflichtungen der Stadt erhalten.

18. Bei der Prüfung der Pensionsrückstellungen, der Rückstellungen für Beihilfe und Altersteilzeitverpflichtungen sowie Jubiläumsverpflichtungen haben mir versicherungsmathematische Gutachten vorgelegen, deren Ergebnisse ich verwerten konnte.

19. Ausgehend von einer Beurteilung des internen Kontrollsystems (IKS) wurde bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

20. Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergeben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Sachanlagevermögen
- Forderungen
- Anhang und Rechenschaftsbericht.

21. Von dem Bürgermeister und den von ihm beauftragten Mitarbeitern sind mir alle verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht worden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Jahresabschluss

22. Der mir zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 wurde nach den Vorschriften der HGO und der GemHVO sowie den dazu erlassenen Rechtsverordnungen erstellt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung.

23. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem geprüften Vorjahresabschluss übernommen.

24. Die Bilanz zum 31. Dezember 2015 und die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015 sind ordnungsgemäß aus der Buchführung entwickelt. Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem Schema des § 49 GemHVO. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Schema des §§ 46 und § 48 GemHVO aufgestellt.

25. Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt.

26. In dem von der Stadt aufgestellten Anhang sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

27. Die Vermögens- und Schuldposten sind ausreichend nachgewiesen sowie richtig und vollständig erfasst. Sie sind unter Beachtung der für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet.

28. Im Anhang sind die erforderlichen Angaben richtig und vollständig aufgenommen.

29. Der Jahresabschluss entspricht damit nach meinen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine berichtspflichtigen Beanstandungen.

2. Rechenschaftsbericht

30. Die Prüfung des Rechenschaftsberichtes für das Haushaltsjahr 2015 hat ergeben, dass der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Stadt nach den während der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen zutreffend dargestellt werden und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

31. Berichtspflichtige Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, sind nicht festzustellen. Über die voraussichtliche Entwicklung der Stadt wurde in ausreichendem Umfang berichtet. Schließlich hat die Prüfung zu dem Ergebnis geführt, dass im Rechenschaftsbericht die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

32. Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Rechenschaftsbericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält. Er steht im Einklang mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Stadt. Der Rechenschaftsbericht entspricht damit den gesetzlichen Vorschriften des § 51 GemHVO.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage

33. Meine Prüfung hat ergeben, dass § 112 HGO i.V.m. §§ 38 bis 52 GemHVO beachtet wurden und der Jahresabschluss insgesamt, d.h. im Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Rödermark vermittelt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

34. Zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Einzelnen verweise ich auf den Anhang (Anlage 1). Im Übrigen gebe ich zu den wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen folgende Erläuterungen:

35. Die Vermögensgegenstände und Schulden wurden einzeln bewertet.

36. Vorhersehbare Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, wurden berücksichtigt.

37. Das Realisationsprinzip und Imparitätsprinzip wurde beachtet.

38. Aufwendungen und Erträge des Haushaltsjahres 2015 sind unabhängig vom Zeitpunkt der Zahlung im Jahresabschluss berücksichtigt.

39. Die auf den Vorjahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

40. Das Eigenkapital teilt sich in die Nettoposition und die Rücklagen auf. Die Nettoposition ergab sich im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz als Saldo aus der Gegenüberstellung von Vermögen und Verbindlichkeiten.

41. Im Haushaltsjahr 2015 wurde der Jahresverlust aus 2010 in Höhe von EUR 6.502.861,03 mit der Nettoposition gemäß § 25 Abs. 3 GemHVO verrechnet.

42. Zuweisungen und Zuschüsse werden als Sonderposten passiviert, welche die Stadt Rödermark zur Förderung von Investitionen von anderen öffentlichen oder privaten Stellen erhalten hat. Alle passivierten Zuweisungen und Zuschüsse wurden dem geförderten Anlagegut als Sonderposten zugeordnet. Die Auflösung des Sonderpostens entspricht dem Abschreibungsverlauf des bezuschussten Anlagegutes.

III. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Allgemeine Vorbemerkungen

43. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden nachfolgend wie folgt dargestellt:

- die **Vermögenslage** durch eine aus der Bilanz abgeleiteten Bilanzstrukturübersicht
- die **Finanzlage** durch eine Kapitalflussrechnung
- die **Ertragslage** durch eine aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleiteten Erfolgsrechnung.

2. Vermögenslage und Kapitalstruktur (Bilanz)

44. In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2015 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2015 gegenübergestellt.

45. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

46. Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als fünf Jahre) bzw. mittel- und kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Aktiva	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	**2.495,7**	**1,9**	**2.536,1**	**1,9**	**-40,4**
Sachanlagen					
Grundstücke und Bauten	22.630,1	16,8	22.852,8	17,0	-222,7
Infrastrukturvermögen	25.080,8	18,6	26.048,5	19,3	-967,7
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.803,2	1,3	1.803,9	1,3	-0,7
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	521,8	0,4	552,2	0,4	-30,4
	50.035,9	**37,1**	**51.257,4**	**38,0**	**-1.221,5**
Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	60.119,6	44,6	60.119,6	44,6	0,0
Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	230,1	0,2	239,3	0,2	-9,2
Beteiligungen	10.445,5	7,8	10.418,1	7,7	27,4
Ausleihungen	550,4	0,4	531,7	0,4	18,7
	71.345,6	**53,0**	**71.308,7**	**52,9**	**36,9**
Langfristig gebundenes Vermögen	**123.877,2**	**92,0**	**125.102,2**	**92,8**	**-1.225,0**
Vorräte	12,7	0,0	8,7	0,0	4,0
Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen	1.449,6	1,1	1.644,4	1,2	-194,8
Forderungen aus Steuern und Abgaben	1.974,8	1,5	1.147,0	0,9	827,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	167,0	0,1	137,0	0,1	30,0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.459,3	1,1	1.289,2	1,0	170,1
sonstige Vermögensgegenstände und RAP	1.790,4	1,3	2.031,0	1,5	-240,6
Flüssige Mittel	3.976,3	3,0	3.426,4	2,5	549,9
Mittel- und kurzfristig gebundenes Vermögen	**10.830,1**	**8,0**	**9.683,7**	**7,2**	**1.146,4**
	134.707,3	**100,0**	**134.785,9**	**100,0**	**-78,6**

Passiva	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Nettoposition	82.402,5	61,2	88.905,3	66,0	-6.502,8
Sonderrücklagen	153,4	0,1	153,4	0,1	0,0
Ordentliches Ergebnis Vorjahr	-27.071,3	-20,1	-30.896,3	-22,9	3.825,0
Außerordentliches Ergebnis Vorjahr	5.206,1	3,8	4.933,5	3,6	272,6
Ordentliches Ergebnis Geschäftsjahr	-3.151,7	-2,3	-3.824,5	-2,8	672,8
Außerordentliches Ergebnis Geschäftsjahr	812,1	0,5	1.419,2	1,0	-607,1
Bilanzielles Eigenkapital	**58.351,1**	**43,3**	**60.690,6**	**45,0**	**-2.339,5**
Sonderposten	8.113,0	6,0	8.648,6	6,4	-535,6
Wirtschaftliches Eigenkapital	**66.464,1**	**49,3**	**69.339,2**	**51,4**	**-2.875,1**
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	12.390,7	9,2	12.417,1	9,2	-26,4
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (> 5 J.)	10.319,9	7,7	10.892,4	8,1	-572,5
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen (> 5 Jahre)	2.144,3	1,6	2.144,3	1,6	0,0
Langfristiges Fremdkapital	**24.854,9**	**18,5**	**25.453,8**	**18,9**	**-598,9**
Rückstellungen Finanzausgleich	1.383,6	1,0	1.261,9	0,9	121,7
sonstige Rückstellungen	1.751,7	1,3	1.715,9	1,3	35,8
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (< 5 J.)	35.787,8	26,6	32.758,8	24,3	3.029,0
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen u. Zuschüsse	59,9	0,0	59,5	0,0	0,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	604,2	0,4	649,3	0,5	-45,1
Verbindlichkeiten aus Steuern und Abgaben	5,0	0,0	6,2	0,0	-1,2
Verbindlichkeiten gegen verbund. Unternehmen	483,4	0,4	500,6	0,4	-17,2
Sonstige Verbindlichkeiten und RAP	3.312,7	2,5	3.040,7	2,3	272,0
Mittel- und kurzfristiges Fremdkapital	**43.388,3**	**32,2**	**39.992,9**	**29,7**	**3.395,4**
	134.707,3	**100,0**	**134.785,9**	**100,0**	**-78,6**

47. Die Vermögensstruktur ist geprägt von einem langfristig gebundenen Vermögen in Höhe von TEUR 123.877,2, der Anteil an der Bilanzsumme beträgt 92,0 %.

48. Bei der Kapitalstruktur zeigt sich eine Eigenkapitalquote von 43,3 %. Bezieht man den Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen mit in die Betrachtung ein, so hat das wirtschaftliche Eigenkapital einen Anteil von 49,3 % an der Bilanzsumme. Die langfristigen Fremdmittel haben einen Anteil von 18,5 % (Vorjahr 18,9 %) an der Bilanzsumme, sodass das langfristig zur Verfügung stehende Finanzierungskapital 67,8 % (Vorjahr 70,3 %) der Bilanzsumme ausmacht.

49. Die Deckungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar: Das langfristig gebundene Vermögen in Höhe von TEUR 123.877,2 wird in Höhe von TEUR 91.319,0 durch langfristiges Kapital und in Höhe von TEUR 32.558,2 durch mittel- bis kurzfristiges Kapital finanziert.

50. Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen Softwarelizenzen (TEUR 21,2) und geleistete Investitionszuschüsse (TEUR 2.474,4).

51. Das Sachanlagevermögen veränderte sich durch Zugänge in Höhe von TEUR 695,7, Abgänge in Höhe von TEUR 225,3 und Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.691,9 um TEUR -1.221,5. Des Weiteren wurden im Jahr 2015 TEUR 487,6 Anlagen im Bau fertiggestellt und auf die jeweiligen Sachanlagen umgebucht.

52. Die Zugänge sowie Umbuchungen beim Sachanlagevermögen betreffen im Wesentlichen mit TEUR 42,9 Kindergärten-, Jugend- und Freizeiteinrichtungen, mit TEUR 213,7 EDV-Anlagen und Büroausstattung.

53. Unter den Anlagen im Bau werden unter anderem die Ausstattung für die KiTa Helene Lange Schule (TEUR 95,6) und das Tanklöschfahrzeug für die Feuerwehr Oberroden (TEUR 96,6) ausgewiesen.

54. Die Änderungen der Finanzanlagen ergeben sich im Wesentlichen auf Grund der Kapitalerhöhung beim Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg um TEUR 27,3 und Zuführung der Versorgungsrücklage um TEUR 34,9.

55. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um TEUR 2.456,5 auf TEUR 46.107,7. Die Erhöhung betrifft mit TEUR 3.000,0 die Aufstockung der bestehenden Kassenkredite. Dem gegenüber wurden Tilgungsleistungen in Höhe von TEUR 543,5 erbracht.

3. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

56. Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von mir die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage der § 3 i.V.m. § 47 GemHVO erstellt:

		2015	2014
		TEUR	TEUR
1.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	534,7	505,4
2.	Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	2.352,9	2.210,0
3.	Kostenerstattungen und -umlagen	1.145,4	999,4
4.	Steuern und steuerähnliche Erträge	32.046,5	31.445,9
5.	Einzahlungen aus Transferleistungen	1.174,8	1.134,1
6.	Einzahlungen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	5.671,9	5.490,5
7.	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	518,9	498,8
8.	Sonstige ordentliche und außerordentliche Einzahlungen	1.200,0	1.516,9
9.	**Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**44.645,1**	**43.801,0**
10.	Personalauszahlungen	-13.247,3	-12.881,8
11.	Versorgungsauszahlungen	-620,5	-653,1
12.	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-10.093,8	-9.654,3
13.	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	-3.089,0	-2.495,4
14.	Auszahlungen für Steuern einschließlich gesetzl. Umlagen	-19.470,5	-18.932,9
15.	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-879,0	-946,2
16.	Sonstige ordentliche und außerordentliche Auszahlungen	-196,1	-319,9
17.	**Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-47.596,2**	**-45.883,6**
18.	**Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-2.951,1**	**-2.082,6**
19.	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge	434,2	671,2
20.	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen	1.491,4	1.881,3
21.	Einzahlungen aus Gewährung von Krediten	25,4	25,4
22.	**Summe Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit**	**1.951,0**	**2.577,9**
23.	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	-17,3	-73,8
24.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-235,7	-1.397,8
25.	Auszahlungen für Investitionen in das bewegliche Sachanlagevermögen	-515,4	-213,0
26.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-56,5	-55,8
27.	Auszahlungen für aktivierte Investitionsförderungsmaßnahmen und sonstige Investitionen	-106,9	-105,8
28.	**Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit**	**-931,8**	**-1.846,2**
29.	**Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag aus der Investitionstätigkeit**	**1.019,2**	**731,7**
30.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	3.000,0	57.702,0
31.	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-548,4	-55.037,7
32.	**Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag aus der Finanzierungstätigkeit**	**2.451,6**	**2.664,3**
33.	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	1.470,8	1.452,4
34.	Auszahlungen aus fremden Finanzmittel	-1.440,6	-1.442,5
35.	**Finanzmittelbestand aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen**	**30,2**	**9,9**
36.	Finanzmittelüberschuss des Haushaltsjahres	549,9	1.323,3
37.	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	3.426,4	2.103,1
38.	**Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres**	**3.976,3**	**3.426,4**

Der Finanzmittelbestand setzt sich wie folgt zusammen:

Guthaben bei Kreditinstituten	3.953,2	3.407,2
Kassenbestand	23,1	19,2
Kurzfristige Bankverbindlichkeiten	0,0	0,0
	3.976,3	3.426,4

57. Trotz gestiegener Steuereinnahmen hat sich der Finanzmittelfehlbetrag aus der laufenden Verwaltungstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr auf Grund gestiegener Auszahlungen (im Wesentlichen: Personal und Steuern) um TEUR 868,5 auf TEUR 2.951,1 erhöht. Die laufenden Einzahlungen reichen weiterhin nicht aus um die laufenden Auszahlungen zu decken.

58. Im Haushaltsjahr 2015 konnte trotz des Fehlbetrages aus laufender Verwaltungstätigkeit ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von TEUR 549,9 erzielt werden. Dieser resultiert insbesondere aus den Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten (TEUR 3.000,0) und den Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen (TEUR 1.491,4).

59. Durch die Aufnahme weiterer Darlehen (Kassenkredite) wurde der Kapitalbedarf der Stadt Rödermark gedeckt. Die Darlehensaufnahmen übersteigen die jährlichen Tilgungen, sodass der Verschuldungsgrad zunimmt.

60. Der Finanzmittelbestand aus haushaltsunwirksamen Zahlungen betrifft im Wesentlichen die Miete und die Müllgebühren.

61. Durch die Aufnahme von Kassenkrediten wurde die Zahlungsfähigkeit im Rahmen der Verwaltungstätigkeit gewährleistet.

4. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

62. Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Haushaltsjahre 2015 und 2014 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2015		2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	528,0	1,2	444,8	1,0	83,2	18,7
Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	2.532,6	5,5	2.345,9	5,4	186,7	8,0
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.143,1	2,5	1.047,5	2,4	95,6	9,1
Bestandsveränderungen	22,8	0,0	0,0	0,0	22,8	0,0
Steuern und ähnliche Erträge	32.954,4	71,8	30.974,3	71,6	1.980,1	6,4
Erträge aus Transferleistungen	1.174,8	2,6	1.134,1	2,6	40,7	3,6
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	5.668,9	12,4	5.409,8	12,5	259,1	4,8
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	760,5	1,7	879,6	2,0	-119,1	-13,5
Sonstige ordentliche Erträge	1.092,6	2,4	1.052,6	2,4	40,0	3,8
Summe ordentliche Erträge	45.877,7	100,0	43.288,6	100,0	2.589,1	6,0
Personalaufwand	-13.279,5	27,3	-12.869,6	27,6	-409,9	3,2
Versorgungsaufwand	-599,3	1,2	-443,2	1,0	-156,1	35,2
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.082,2	20,7	-9.560,1	20,5	-522,1	5,5
Abschreibungen auf Anlagevermögen und Forderungen	-2.130,4	4,4	-2.167,4	4,6	37,0	-1,7
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-3.045,5	6,3	-2.549,7	5,5	-495,8	19,4
Steueraufwand und Aufwand aus gesetzlichen Umlagen	-19.569,9	40,2	-19.047,7	40,8	-522,2	2,7
sonstige ordentliche Aufwendungen	-10,5	0,0	-10,9	0,0	0,4	-3,7
Summe ordentliche Aufwendungen	-48.717,3	100,0	-46.648,6	100,0	-2.068,7	4,4
Verwaltungsergebnis	**-2.839,6**	**90,1**	**-3.360,0**	**87,9**	**520,4**	**-15,5**
Finanzerträge	556,7	-178,4	483,9	-104,2	72,8	15,0
Finanzaufwendungen	-868,7	278,4	-948,4	204,2	79,7	-8,4
Finanzergebnis	**-312,0**	**9,9**	**-464,5**	**12,1**	**152,5**	**-32,8**
Ordentliches Ergebnis	**-3.151,6**	**100,0**	**-3.824,5**	**100,0**	**672,9**	**-17,6**
Außerordentliche Erträge	1.008,6	124,2	1.603,9	113,0	-595,3	-37,1
Außerordentliche Aufwendungen	-196,5	-24,2	-184,7	-13,0	-11,8	6,4
Außerordentliches Ergebnis	**812,1**	**100,0**	**1.419,2**	**100,0**	**-607,1**	**-42,8**
Jahresergebnis	**-2.339,5**		**-2.405,3**		**65,8**	

63. Im Haushaltsjahr 2015 wurde ein Haushaltsfehlbetrag in Höhe von TEUR 2.339,5 (Vorjahr TEUR 2.405,3) erzielt. Das Verwaltungsergebnis ist negativ und beträgt TEUR 2.839,6. Das Finanzergebnis ist auf Grund der Zinsaufwendungen für laufende Kredite mit TEUR 312,0 negativ.

64. Die ordentlichen Erträge decken weiterhin nicht die ordentlichen Aufwendungen. Das Verwaltungsergebnis bleibt weiterhin negativ. Es hat sich jedoch gegenüber dem Vorjahr um TEUR 520,4 verbessert. Grund hierfür sind höhere Steuereinnahmen (+ TEUR 1.980,1). Dem steht die Erhöhung der Aufwendungen aus Steuern und gesetzlichen Umlagen sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe von TEUR 522,2 bzw. TEUR 495,8 entgegen.

65. Durch außerordentliche Erträge konnte ein positives außerordentliches Ergebnis erzielt werden. Die außerordentlichen Erträge betreffen überwiegend Erträge aus Veräußerungen von Grundstücken in Höhe von TEUR 823,5.

66. Im Übrigen verweise ich auf den Anhang, Anlage 1.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht 2015

Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes

Stadt Rödermark

Jahresabschluss

2015

StadtRödermark

natürlich, ganz nah dran

1 Vorbemerkungen ---------- 4

2 Jahresabschluss der Stadt Rödermark ---------- 8

2.1 Vermögensrechnung ---------- 8
2.2 Ergebnisrechnung ---------- 10
2.2.1 Teilergebnisrechnung ---------- 11
2.3 Finanzrechnung ---------- 32
2.3.1 Teilfinanzrechnung ---------- 34

3 Anhang zum Jahresabschluss ---------- 45

3.1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss ---------- 45
3.2 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ---------- 45
3.3 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung ---------- 46
3.3.1 Immaterielle Vermögensgegenstände ---------- 46
3.3.2 Sachanlagevermögen ---------- 47
3.3.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten ---------- 47
3.3.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen ---------- 47
3.3.2.3 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung ---------- 48
3.3.2.4 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ---------- 49
3.3.3 Finanzanlagevermögen ---------- 50
3.3.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen ---------- 50
3.3.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen ---------- 50
3.3.3.3 Beteiligungen ---------- 51
3.3.3.4 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen) ---------- 51
3.3.4 Vorräte ---------- 51
3.3.5 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ---------- 52
3.3.5.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen ---------- 52
3.3.5.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben ---------- 53
3.3.5.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ---------- 53
3.3.5.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen ---------- 54
3.3.5.5 Sonstige Vermögensgegenstände ---------- 54
3.3.6 Flüssige Mittel ---------- 55
3.3.7 Rechnungsabgrenzungsposten ---------- 55
3.3.8 Eigenkapital ---------- 56
3.3.9 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge ---------- 56
3.3.10 Rückstellungen ---------- 57
3.3.10.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ---------- 57
3.3.10.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschulden ---------- 58
3.3.10.3 Sonstige Rückstellungen ---------- 59

3.3.11 Verbindlichkeiten ---------- 59
3.3.11.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ---------- 59
3.3.11.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen ---------- 60
3.3.11.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ---------- 60
3.3.11.4 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben ---------- 60
3.3.11.5 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen ---------- 60
3.3.11.6 Sonstige Verbindlichkeiten ---------- 61
3.3.12 Rechnungsabgrenzungsposten ---------- 61
3.4 Erläuterungen zu Posten der Ergebnisrechnung ---------- 62
3.5 Sonstige Angaben ---------- 66
3.5.1 Rechtliche Grundlagen ---------- 66
3.5.2 Organe ---------- 67
3.5.3 Bezüge der Organe und Anzahl Mitarbeiter ---------- 69
3.5.4 Steuerliche Verhältnisse ---------- 69
3.5.5 Haftungsverhältnisse ---------- 70
3.5.6 Sonstige finanzielle Verpflichtungen ---------- 71
3.6 Anlagen zum Anhang ---------- 72
3.6.1 Anlagenspiegel ---------- 73
3.6.2 Forderungsspiegel ---------- 74
3.6.3 Verbindlichkeitenspiegel ---------- 75
3.6.4 Eigenkapitalspiegel ---------- 76
3.6.5 Rückstellungsspiegel ---------- 77
3.6.6 Sonderpostenspiegel ---------- 78
3.6.7 Beteiligungsübersicht ---------- 79

4 Rechenschaftsbericht ---------- 81

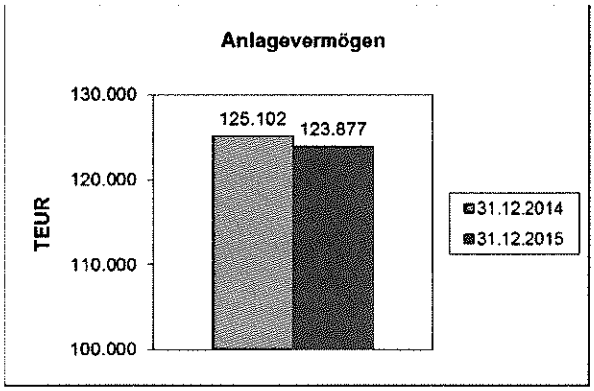
4.1 Vorbemerkung ---------- 81
4.2 Lage der Kommunen allgemein ---------- 81
4.3 Aufgabenentwicklung ---------- 82
4.4 Entwicklung der Vermögenslage ---------- 82
4.4.1 Entwicklungszahlen der Bilanz ---------- 82
4.4.2 Beurteilung der Vermögenslage ---------- 83
4.5. Entwicklung der Ergebnislage ---------- 85
4.5.1 Plan-Ist-Vergleich Ergebnisrechnung ---------- 85
4.5.2 Entwicklungszahlen der Ergebnisrechnung ---------- 92
4.5.3. Beurteilung der Ergebnislage ---------- 93
4.6 Entwicklung der Finanzlage ---------- 94
4.6.1 Plan-Ist-Vergleich der Investitionen ---------- 94
4.6.2 Entwicklungszahlen der Finanzrechnung ---------- 97
4.6.3. Beurteilung der Finanzlage ---------- 98
4.7 Rödermark als Schutzschirmkommune ---------- 98
4.8 Risikobewertung ---------- 103

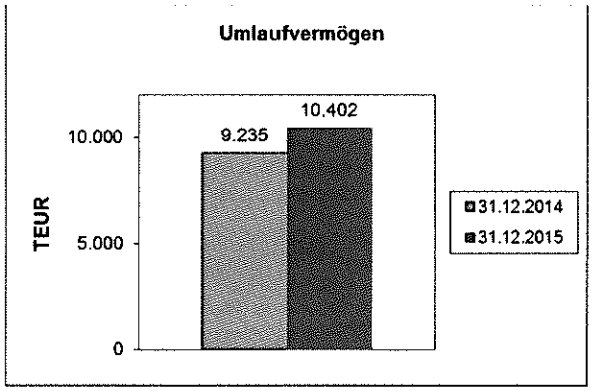
1 Vorbemerkungen

Die Stadt Rödermark legt nach der Umstellung ihres Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik mit dem Jahresabschluss 2015 den zehnten kaufmännischen Jahresabschluss vor, der die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Rödermark darstellt.

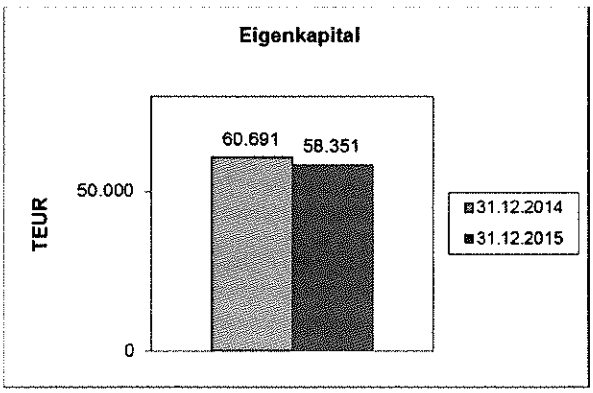
Die Entwicklung der Vermögenslage der Stadt Rödermark spiegelt sich in der Bilanz wider und stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

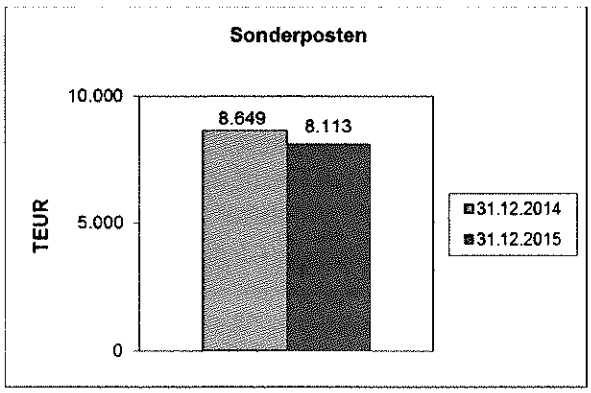
Aktiva

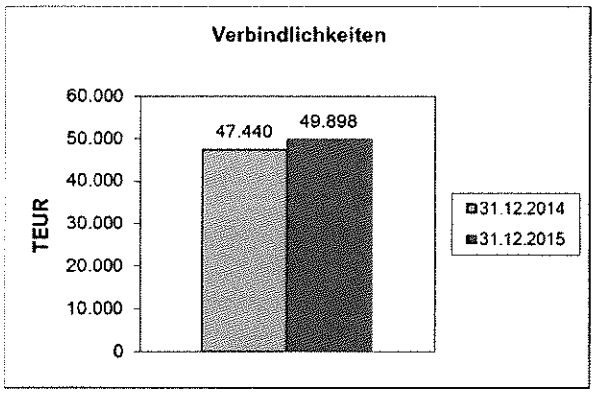


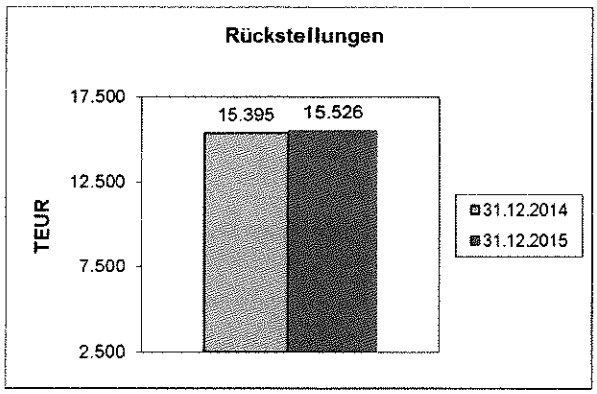


Passiva

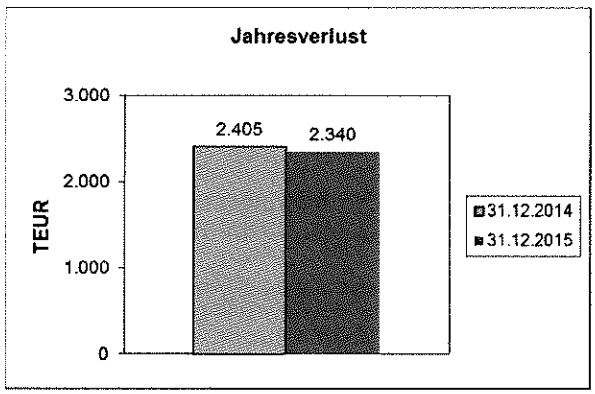








Jahresergebnis 2015



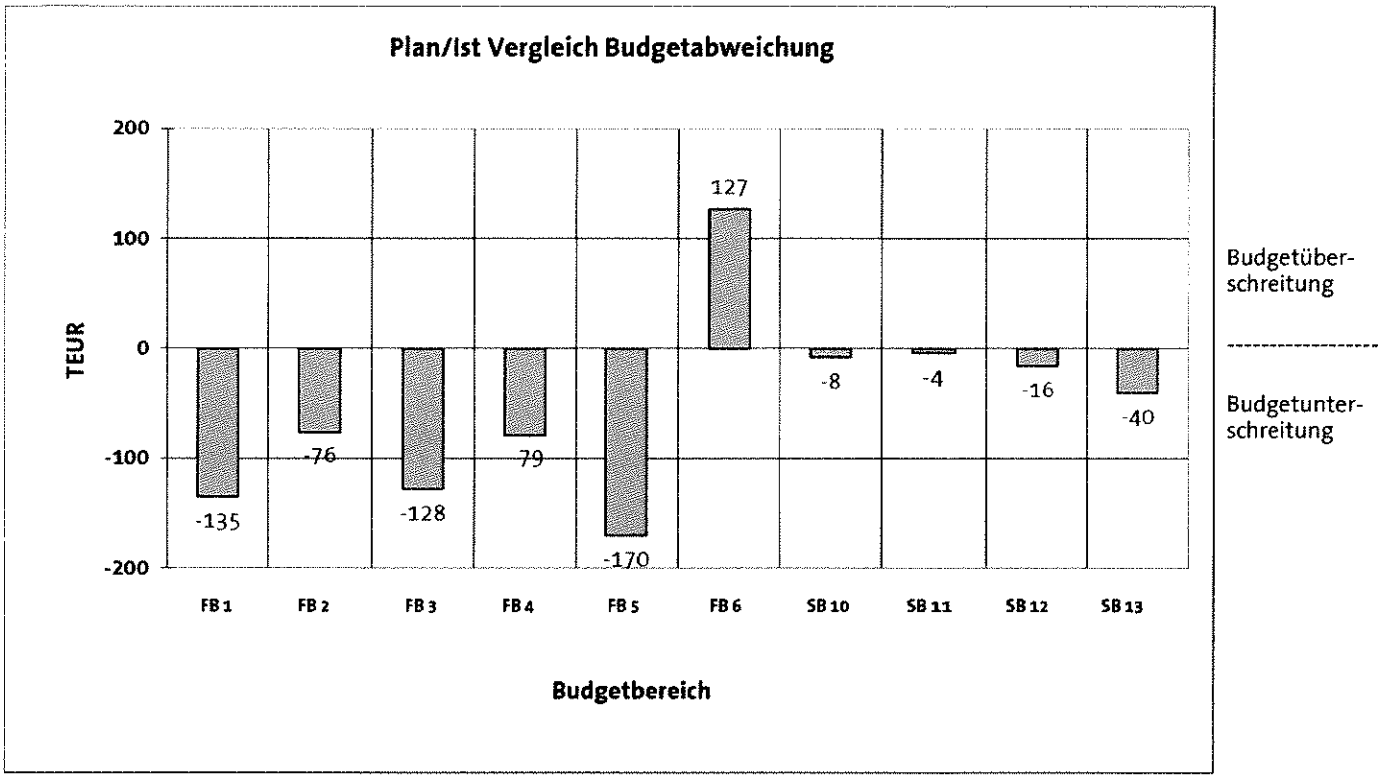
Die Veränderung der Vermögens- und Finanzstruktur zeigt sich in den nachstehenden Kennzahlen:

	31.12.2014	31.12.2015
Anlagenintensität Anlagevermögen/Gesamtkapital	92,8%	92,0%
Anlagendeckung I Wirtschaftliches Eigenkapital/Anlagevermögen	55,4%	53,7%
Eigenkapitalquote Wirtschaftliches Eigenkapital/Gesamtkapital	51,4%	49,3%
Verschuldungsgrad Fremdkapital/Wirtschaftliches Eigenkapital	94,4%	102,7%

Das wirtschaftliche Eigenkapital errechnet sich aus der Summe des Eigenkapitals und der Sonderposten.

Im Bereich der Ergebnislage hat sich das Jahresergebnis der einzelnen Fachbereiche und Sonderbudgets im Verhältnis zu den Planzahlen wie folgt entwickelt:

Fachbereich	**Plan 2015**	**Ist 2015**
Organisation und Gremien (FB 1)	2.921	2.786
Finanzen (FB 2)	898	822
Öffentliche Ordnung (FB 3)	1.399	1.271
Kinder, Jugend und Senioren (FB 4)	9.065	8.986
Kultur, Vereine, Ehrenamt (FB 5)	3.910	3.740
Bauverwaltung (FB 6)	3.500	3.627
Büro des Bürgermeister (SB 10)	292	284
Rechnungsprüfung (SB 11)	113	109
Stabsstelle BGM -Wirtschaftsförderung- (SB 12)	231	215
Stadtwald (SB 13)	-21	-61
Allgemeine Finanzmittel (SB 14)	-19.281	-19.438
Jahresergebnis	**3.027**	**2.340**



Die Darstellung bildet die Fachbereiche 1 bis 6 sowie die Sonderbudgets 10 bis 13 ab. Das Sonderbudget 14 (u. a. allgemeine Steuermittel und Umlagen), das als Gegengewicht zu den oben genannten Bereichen dient, ist nicht abgebildet.

2 Jahresabschluss der Stadt Rödermark

2.1 Vermögensrechnung

AKTIVA	31. Dezember 2014		31. Dezember 2015	
Positionen	EUR	EUR	EUR	EUR
1 Anlagevermögen				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	44.574,06		21.231,72	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.491.489,71	**2.536.063,77**	2.474.439,17	**2.495.670,89**
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	22.852.803,37		22.630.143,84	
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	26.048.538,57		25.080.813,63	
1.2.3 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.803.867,46		1.803.235,67	
1.2.4 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	552.153,70	**51.257.363,10**	521.775,30	**50.035.968,44**
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	60.119.573,51		60.119.573,51	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	239.297,19		230.116,40	
1.3.3 Beteiligungen	10.418.164,04		10.445.454,59	
1.3.4 Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	531.662,80	**71.308.697,54**	550.384,72	**71.345.529,22**
		125.102.124,41		**123.877.168,55**
2 Umlaufvermögen				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.716,50	**8.716,50**	12.664,90	**12.664,90**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.2.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.644.449,46		1.449.625,51	
2.2.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1.146.976,71		1.974.824,82	
2.2.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	137.009,93		166.995,05	
2.2.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	1.289.234,74		1.459.311,07	
2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	1.581.836,67	**5.799.507,51**	1.362.161,33	**6.412.917,78**
2.3 Flüssige Mittel	3.426.388,96	**3.426.388,96**	3.976.277,61	**3.976.277,61**
		9.234.612,97		**10.401.860,29**
3 Rechnungsabgrenzungsposten	449.137,40	**449.137,40**	428.282,20	**428.282,20**
		134.785.874,78		**134.707.311,04**

Passiva Positionen	31. Dezember 2014 EUR	EUR	31. Dezember 2015 EUR	EUR
1 Eigenkapital				
1.1 Nettoposition		**88.905.327,08**		**82.402.466,05**
1.2 Rücklagen				
1.2.1 Sonderrücklagen				
1.2.1.1 Stiftungskapital	153.387,06	**153.387,06**	153.387,56	**153.387,56**
1.3 Ergebnisverwendung				
1.3.1.1 Jahresfehlbetrag 2010		**-6.502.861,03**		
1.3.1.2 Jahresfehlbetrag 2011		**-7.553.163,32**		**-7.553.163,32**
1.3.1.3 Jahresfehlbetrag 2012		**-7.943.213,04**		**-7.943.213,04**
1.3.1.4 Jahresfehlbetrag 2013		**-3.963.551,28**		**-3.963.551,28**
1.3.1.5 Jahresfehlbetrag 2014		**-2.405.271,63**		**-2.405.271,63**
1.3.2 Jahresfehlbetrag 2015				**-2.339.578,32**
		60.690.653,84		**58.351.076,02**
2 Sonderposten				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen von öffentlichen und nicht öffentlichen Bereichen	5.345.460,61		5.008.643,09	
2.1.2 Investitionsbeiträge	3.303.104,10		3.104.355,97	
		8.648.564,71		**8.112.999,06**
3 Rückstellungen				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	12.417.092,00		12.390.762,00	
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	1.261.920,00		1.383.585,00	
3.3 Sonstige Rückstellungen	1.715.888,53		1.751.652,41	
		15.394.900,53		**15.525.999,41**
4 Verbindlichkeiten				
4.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.1.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	43.651.155,16		46.107.685,11	
4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	59.451,44		59.880,71	
4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	649.273,51		604.158,07	
4.4 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	6.244,27		4.992,07	
4.5 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	2.644.891,88		2.627.724,42	
4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	428.511,13		493.107,56	
		47.439.527,39		**49.897.547,94**
5 Rechnungsabgrenzungsposten	2.612.228,31	**2.612.228,31**	2.819.688,61	**2.819.688,61**
		134.785.874,78		**134.707.311,04**

2.2 Ergebnisrechnung

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
010	50	Privatrechltliche Leistungsentgelte	-444.843,37	-425.780,00	-527.970,40	-102.190,40
020	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.345.867,63	-2.600.407,54	-2.532.620,39	67.787,15
030	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-1.047.529,83	-977.696,00	-1.143.143,76	-165.447,76
040	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	-22.783,47	-22.783,47
050	55	Steuern und ähnliche Abgaben	-30.974.341,59	-32.799.343,00	-32.954.403,70	-155.060,70
060	47	Erträge aus Transferleistungen	-1.134.077,79	-1.029.500,00	-1.174.804,81	-145.304,81
070	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	-5.409.750,98	-5.662.445,00	-5.668.879,92	-6.434,92
080	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	-879.576,06	-854.775,30	-760.506,23	94.269,07
090	53	Sonstige ordentliche Erträge	-1.052.609,12	-1.146.910,00	-1.092.634,21	54.275,79
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-43.288.596,37**	**-45.496.856,84**	**-45.877.746,89**	**-380.890,05**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	12.869.606,93	13.399.168,47	13.279.536,74	-119.631,73
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	443.216,89	929.728,29	599.290,49	-330.437,80
125	110,120	**Personalaufwendungen**	**13.312.823,82**	**14.328.896,76**	**13.878.827,23**	**-450.069,53**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	9.560.130,20	10.210.467,63	10.082.211,03	-128.256,60
140	66	Abschreibungen	2.167.356,01	2.154.457,29	2.130.399,88	-24.057,41
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	2.549.670,72	3.319.395,21	3.045.528,26	-273.866,95
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	19.047.675,94	19.561.440,00	19.569.858,09	8.418,09
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.889,38	9.900,00	10.544,24	644,24
190		**Summe ordentlichen Aufwendungen**	**46.648.546,07**	**49.584.556,89**	**48.717.368,73**	**-867.188,16**
200		**Verwaltungsergebnis**	**3.359.949,70**	**4.087.700,05**	**2.839.621,84**	**-1.248.078,21**
210	56,57	Finanzerträge	-483.860,34	-1.105.900,00	-556.668,56	549.231,44
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	948.427,11	1.175.900,00	868.707,76	-307.192,24
230		**Finanzergebnis**	**464.566,77**	**70.000,00**	**312.039,20**	**242.039,20**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**3.824.516,47**	**4.157.700,05**	**3.151.661,04**	**-1.006.039,01**
250	59	Außerordentliche Erträge	-1.603.906,68	-1.138.700,00	-1.008.554,17	130.145,83
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	184.661,84	8.347,89	196.471,45	188.123,56
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**-1.419.244,84**	**-1.130.352,11**	**-812.082,72**	**318.269,39**
280		**Jahresergebnis**	**2.405.271,63**	**3.027.347,94**	**2.339.578,32**	**-687.769,62**

2.2.1 Teilergebnisrechnung

1 Organisation und Gremien

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-320,00	0,00	-47,00	-47,00
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-379.834,21	-428.190,54	-471.079,98	-42.889,44
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-277.696,10	-285.500,00	-297.714,57	-12.214,57
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	-2.196,29	-2.196,29
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	1.092,00	0,00	0,00	0,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	-18.926,09	-21.431,32	-18.351,06	3.080,26
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-12.528,80	-9.150,00	-10.824,58	-1.674,58
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-688.213,20**	**-744.271,86**	**-800.213,48**	**-55.941,62**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	1.523.795,69	1.586.802,80	1.527.088,43	-59.714,37
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	24.252,99	27.781,07	28.130,56	349,49
125		**Personalaufwendungen**	**1.548.048,68**	**1.614.583,87**	**1.555.218,99**	**-59.364,88**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	1.458.612,56	1.497.655,48	1.441.915,42	-55.740,06
140	66	Abschreibungen	277.169,25	291.231,96	284.846,84	-6.385,12
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	13.082,37	12.564,41	17.448,47	4.884,06
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	2.740,40	3.000,00	3.196,35	196,35
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.352,92	60,00	816,00	756,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.301.006,18**	**3.419.095,72**	**3.303.442,07**	**-115.653,65**
200		**Verwaltungsergebnis**	**2.612.792,98**	**2.674.823,86**	**2.503.228,59**	**-171.595,27**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**2.612.792,98**	**2.674.823,86**	**2.503.228,59**	**-171.595,27**
250	59	Außerordentliche Erträge	-93,11	0,00	-393,54	-393,54
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	8.681,29	0,00	1.905,68	1.905,68
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**8.588,18**	**0,00**	**1.512,14**	**1.512,14**
280		**Ergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.621.381,16**	**2.674.823,86**	**2.504.740,73**	**-170.083,13**
290		Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
300		Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	269.102,97	246.338,00	281.307,28	34.969,28
310		**Ergebnis interne Leistungsbeziehungen**	**269.102,97**	**246.338,00**	**281.307,28**	**34.969,28**
320		**Jahresergebnis**	**2.890.484,13**	**2.921.161,86**	**2.786.048,01**	**-135.113,85**

1 Organisation und Gremien		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
1.2 Organisation und Personal					
01.2.01 Personalmanagement	K01.2.01 Mitarbeiter-/innen	435	443	8	1,84%
	L1560 Planstellen	335	333	-3	-0,75%
	L1830 Stellenbewertungen	10	10	0	0,00%
01.2.02 Personalrat	K01.2.02 Mitarbeiter-/innen	435	443	8	1,84%
	L0342 Beratungsstunden	300	284	-16	-5,33%
	L1540 Personalratssitzungen	24	47	23	95,83%
01.2.03 Frauenbeauftragte intern	K01.2.03 Mitarbeiterinnen	324	338	14	4,32%
	L0322 Beratungen - Mitarbeiterinnen	40	39	-1	-2,50%
	L1841 Stellungnahmen	250	295	45	18,00%
01.2.04 Verwaltungssteuerung, Organisation	K01.2.04 Mitarbeiter-/innen	435	443	8	1,84%
	L0321 Beratungen	40	38	-2	-5,00%
	L1190 Konzepte	5	5	0	0,00%
1.3 Gremien-Büro u. Zentrale Dienste					
01.3.01 Ortsrecht	K01.3.01 Städtische Satzungen	61	61	0	0,00%
	L1720 Satzungsänd./Neufassungen	5	5	0	0,00%
01.3.02 Zentrale Dienstleistungen	K01.3.02 Mitarbeiter-/innen	430	443	13	3,02%
	L0800 Fahrten/Dienstgänge	1.000	1.366	366	36,60%
01.3.03 Betreuung der städtischen Gremien	K01.3.03 Tagesordnungspunkte	1.200	821	-379	-31,58%
	L1400 Mitglieder	300	247	-53	-17,67%
	L1780 Sitzungen	120	103	-17	-14,17%
1.4 Tul					
01.4.01 Anwendungsmanagement	K01.4.01 Mitarbeiter-/innen	435	443	8	1,84%
	L1945 Telekommunikationsendeinrichtungen	459	463	4	0,87%
	L1970 Tul-Anwendungen	52	56	4	7,69%
	L1980 Tul-Systeme	31	32	1	3,23%
01.4.02 Kundenbetreuung, Benutzerservice und Datenschutz	K01.4.02 Mitarbeiter-/innen	435	443	8	1,84%
	L0266 Bearbeitungen Grundsatzfragen Datenschutz	42	23	-19	-45,24%
	L0650 EDV-Arbeitsplätze	240	244	4	1,67%
	L1456 Nutzer	280	280	0	0,00%
	L1730 Schadensfälle	140	79	-61	-43,57%
	L1740 Schulungen	12	12	0	0,00%
	L1949 Telefonische und schriftliche Kontakte	80.000	83.000	3.000	3,75%
1.5 Standesamt					
01.5.01 Friedhofsbetrieb	K01.5.01 Bestehende Grabstätten	3.870	3.962	92	2,38%
	L0405 Bestattungen, Beisetzungen	240	252	12	5,00%
	L0773 Ersatzvornahmen	50	51	1	2,00%
	L0925 Genehmigungen	130	141	11	8,46%
01.5.02 Personenstandsangelegenheiten	K01.5.02 Beurkundungen	230	277	47	20,44%
	L0500 Abnahme von Erklärungen, Ausstellung Urkunden	430	436	6	1,40%
	L1944 Testamentskarteien, Fortschreibung Altregister	400	446	46	11,50%
1.6 Brandschutz					
01.6.01 Feuerwehr	K01.6.01 Einsatzstunden	3.600	4.008	408	11,32%
	L0680 Einsätze	350	228	-122	-34,86%
01.6.02 Dienstleistungen Feuerwehr	K01.6.02 Dienstleistungen	605	457	-148	-24,46%

2 Finanzen

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-190,00	-200,00	-193,00	7,00
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-160.075,61	-163.058,00	-161.775,76	1.282,24
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	62,84	-350,00	-6.424,83	-6.074,83
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-160.202,77**	**-163.608,00**	**-168.393,59**	**-4.785,59**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	849.591,93	849.766,10	837.245,54	-12.520,56
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	27.721,76	36.586,19	36.152,31	-433,88
125		**Personalaufwendungen**	**877.313,69**	**886.352,29**	**873.397,85**	**-12.954,44**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	162.770,53	169.379,19	155.618,59	-13.760,60
140	66	Abschreibungen	5.177,65	25.938,10	5.303,43	-20.634,67
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.045.261,87**	**1.081.669,58**	**1.034.319,87**	**-47.349,71**
200		**Verwaltungsergebnis**	**885.059,10**	**918.061,58**	**865.926,28**	**-52.135,30**
210	56,57	Finanzerträge	-24.550,64	-20.500,00	-43.614,18	-23.114,18
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	11,88	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**-24.538,76**	**-20.500,00**	**-43.614,18**	**-23.114,18**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**860.520,34**	**897.561,58**	**822.312,10**	**-75.249,48**
250	59	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	12,00	12,00
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**12,00**	**12,00**
320		**Jahresergebnis**	**860.520,34**	**897.561,58**	**822.324,10**	**-75.237,48**

2 Finanzen		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
2.1 Finanzverwaltung, Controlling					
02.1.01 Haushaltswirtschaft	K02.1.01 Aufwand pro Tausend Euro	51.774	50.600	-1.174	-2,27%
	L0610 Darlehen	77	75	-2	-2,60%
	L1453 Beteiligungen	6	6	0	0,00%
02.1.02 Controlling	K02.1.02 Aufwand pro Tausend Euro	51.774	50.600	-1.174	-2,27%
	L0281 Berichte	20	14	-6	-30,00%
	L0601 Einzelauswertungen	125	0	-125	-100,00%
2.2 Finanzbuchhaltung					
02.2.01 Buchhaltung, Jahresabschluss	K02.2.01 Buchungen	1.000.000	1.239.314	239.314	23,93%
	L1310 Mahnungen	3.000	3.754	754	25,13%
	L1895 Gewährte Stundungen	80	80	0	0,00%
	L2175 Vollstreckungen	350	418	68	19,43%
2.3 Steuerverwaltung					
02.3.01 Steuern, Gebühren, Beiträge	K02.3.01 Bescheide	41.900	41.891	-9	-0,02%
	L0371 Steuerbescheide	29.500	28.845	-655	-2,22%
	L0372 Gebühren- und Beitragsbescheide	12.400	13.046	646	5,21%

3 Öffentliche Ordnung

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-374.777,17	-391.600,00	-371.027,99	20.572,01
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-23.104,58	-1.200,00	-9.671,63	-8.471,63
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	-5.000,00	-5.000,00	0,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-4.643,67	-43.050,00	-45.273,51	-2.223,51
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-402.525,42**	**-440.850,00**	**-430.973,13**	**9.876,87**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	969.419,85	1.024.853,25	1.028.459,92	3.606,67
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	9.653,80	11.058,20	10.926,56	-131,64
125		**Personalaufwendungen**	**979.073,65**	**1.035.911,45**	**1.039.386,48**	**3.475,03**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	553.828,75	638.270,28	522.189,48	-116.080,80
140	66	Abschreibungen	77.548,92	82.762,26	83.943,46	1.181,20
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	56.201,33	83.000,00	56.171,00	-26.829,00
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	86,00	0,00	116,00	116,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.666.738,65**	**1.839.943,99**	**1.701.806,42**	**-138.137,57**
200		**Verwaltungsergebnis**	**1.264.213,23**	**1.399.093,99**	**1.270.833,29**	**-128.260,70**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**1.264.213,23**	**1.399.093,99**	**1.270.833,29**	**-128.260,70**
250	59	Außerordentliche Erträge	-9.327,42	0,00	-1.025,00	-1.025,00
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	314,32	0,00	830,68	830,68
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**-9.013,10**	**0,00**	**-194,32**	**-194,32**
320		**Jahresergebnis**	**1.255.200,13**	**1.399.093,99**	**1.270.638,97**	**-128.455,02**

3 Öffentliche Ordnung		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
3.1 Bürgerbüro					
03.1.01 Melde- und Ausweiswesen	K03.1.01 Bürgerbüro	1	1	0	0,00%
	L0253 Ausweise, Pässe	4.500	3.904	-596	-13,24%
03.1.02 Soziale Leistungen	K03.1.02 Wohngeldanträge	220	215	-5	-2,27%
03.1.03 Wahlen	K03.1.03 Wahlen	2	2	0	0,00%
	L2200 Wahlberechtigte	21.500	23.492	1.992	9,27%
	L2205 Anzahl Briefwähler	2.000	1.384	-616	-30,80%
03.1.04 Fundsachen	K03.1.04 Fundgegenstände	150	271	121	80,67%
	L0901 Fundsachen Eingang	150	201	51	34,00%
	L0902 Fundsachen Ausgabe	60	70	10	16,67%
03.1.05 Gefahrenabwehr	K03.1.05 Fälle	1.100	1.342	242	22,00%
	L0675 Einsatzstunden freiwilliger Polizeidienst	720	520	-200	-27,78%
	L1047 Hundefälle	350	297	-53	-15,14%
	L1341 Maßnahmen Gefahrenabwehr	750	1.045	295	39,33%
03.1.06 Gewerbe und Gaststätten	K03.1.06 Gewerbe- und Gaststättenan, -um- und -abmeldung	1.000	747	-253	-25,30%
3.2 Verkehr					
03.2.01 Straßenverkehr, Verkehrsausstattung	K03.2.01 Fälle	9.750	8.798	-952	-9,76%
	L0256 Austausch-/Ergänzungs-/Änderungsmaßnahmen	250	164	-86	-34,40%
	L2090 Verfahren	9.500	8.634	-866	-9,12%
03.2.02 Öffentlicher Personennahverkehr	K03.2.02 Siedlungsfläche ha	573	573	0	0,00%
	K03.2.02ALT Erschlossene Fläche ha	573	0	-573	-100,00%
	L0275 Beförderte Personen (Anzahl)	600	470	-130	-21,67%
03.2.03 Vollzugsdienst	K03.2.03 Einsatzstunden	500	472	-28	-5,52%
	L0770 Ermittlungsaufträge	450	590	140	31,11%
03.2.04 Gefahrgutüberwachung	K03.2.04 Gefahrgutbetriebe	38	38	0	0,00%
	L1344 Maßnahmen Gefahrgutüberwachung	36	35	-1	-2,78%

4 Kinder, Jugend u. Senioren

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.331,45	-2.800,00	-4.338,68	-1.538,68
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.426.645,40	-1.620.667,00	-1.513.196,60	107.470,40
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-402.942,37	-347.588,00	-470.648,61	-123.060,61
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	-1.170.025,27	-971.025,00	-935.188,70	35.836,30
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	-5.614,88	-5.688,33	-5.320,30	368,03
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-47.501,56	-48.660,00	-52.458,77	-3.798,77
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-3.057.060,93**	**-2.996.428,33**	**-2.981.151,66**	**15.276,67**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	6.902.559,34	7.334.909,19	7.373.360,45	38.451,26
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
125		**Personalaufwendungen**	**6.902.559,34**	**7.334.909,19**	**7.373.360,45**	**38.451,26**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	1.828.634,73	2.053.959,08	1.964.260,71	-89.698,37
140	66	Abschreibungen	110.764,29	109.755,76	134.040,58	24.284,82
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	1.834.654,02	2.556.342,80	2.369.834,20	-186.508,60
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	926,50	840,00	829,00	-11,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**10.677.538,88**	**12.055.806,83**	**11.842.324,94**	**-213.481,89**
200		**Verwaltungsergebnis**	**7.620.477,95**	**9.059.378,50**	**8.861.173,28**	**-198.205,22**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**7.620.477,95**	**9.059.378,50**	**8.861.173,28**	**-198.205,22**
250	59	Außerordentliche Erträge	-40.282,28	-2.500,00	-87.224,58	-84.724,58
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	92.849,62	8.347,89	181.267,94	172.920,05
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**52.567,34**	**5.847,89**	**94.043,36**	**88.195,47**
280		**Ergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**7.673.045,29**	**9.065.226,39**	**8.955.216,64**	**-110.009,75**
290		Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
300		Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	30.986,16	30.986,16
310		**Ergebnis interne Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**30.986,16**	**30.986,16**
320		**Jahresergebnis**	**7.673.045,29**	**9.065.226,39**	**8.986.202,80**	**-79.023,59**

4 Kinder, Jugend u. Senioren		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
4.1 Kinder					
04.1.01 Krabbelgruppen	K04.1.01 Bewilligte Plätze Krabbelgruppen	29	29	0	0,00%
	L0311 Krabbelgruppenplätze	29	29	0	0,00%
	L0311A Belegte Krabbelgruppenplätze	29	22	-7	-24,14%
04.1.02 Kindergarten	K04.1.02 Bewilligte Plätze Kindergarten	732	723	-9	-1,23%
	L0312 Bewilligte Halbtagsplätze	202	207	5	2,48%
	L0312A Belegte Halbtagsplätze	160	139	-21	-13,13%
	L0314 Zwei-Drittel-Plätze	90	90	0	0,00%
	L0314A Belegte Zwei-Drittel-Plätze	90	100	10	11,11%
	L0317 Bewilligte Ganztagsplätze	440	441	1	0,23%
	L0317A Belegte Ganztagsplätze	440	401	-39	-8,86%
04.1.03 Schulkinderbetreuung	K04.1.03 Plätze Schullkinderbetreuung	391	382	-9	-2,30%
	L0313 Belegte Plätze Schulkinderbetreuung	391	437	46	11,77%
	L2001 Unterstützung von Fördervereinen	2	6	4	200,00%
04.1.04 Mittagsverpflegung	K04.1.04 Essen Kinder	133.350	132.161	-1.189	-0,89%
	L1564 Plätze Mittagessen	641	629	-12	-1,87%
04.1.05 Einrichtungen freier Träger	K04.1.05 Plätze bei freien Trägern (null bis sechs Jahre)	340	340	0	0,00%
	L0875 Freie Träger	7	10	3	42,86%
	L1562 Plätze U-3 Betreuung	190	190	0	0,00%
	L1563 Plätze Kindergarten	150	150	0	0,00%
04.1.06 Familienservice RömKids	K04.1.06 Kinder von null bis zehn Jahre	2.300	2.306	6	0,26%
	L2308 Zahl der Geburten	200	198	-2	-1,00%
	L2309 Zahl der Besuche Willk.i.Leben	180	180	0	0,00%
04.1.07 Förderung freier Träger	K04.1.07 Betreute Personen	300	300	0	0,00%
	L2323 Tagespflegepersonen	17	13	-4	-23,53%
	L2326 Betreute Kinder Tagespflege	31	42	11	35,48%
4.2 Jugend					
04.2.01 Jugendarbeit in Einrichtungen	K04.2.01 Erreichte Jugendliche	250	452	202	80,80%
	L0421 Besucher pro Öffnungstag	40	39	-1	-3,10%
	L1490 Öffnungszeiten in Std.	1.200	1.242	42	3,50%
	L1611 Projekte	30	34	4	13,33%
04.2.02 Jugendarbeit, Jugendhilfeplanung	K04.2.02 Teilnehmer Freizeit und Bildungsangebote	450	524	74	16,44%
	L1346 Maßnahmen, Ferienprojekte	20	24	4	20,00%
	L2110 Vermietungen	15	24	9	60,00%
04.2.03 Jugendsozialarbeit	K04.2.03 Betreute Jugendliche	385	443	58	15,07%
	L0777 Erreichte Schüler/innen	1.025	1.864	839	81,85%
	L1625 Projekte/Veranstaltungen	25	42	17	68,00%
4.3 Senioren, Sozialer Dienst					
04.3.01 Sozial- und Lebensberatung	K04.3.01 Betreute Klienten	400	410	10	2,50%
	L0141 Anträge an die Stiftung Rödermark	20	15	-5	-25,00%
	L2002 Unterstützung freier Träger	15	12	-3	-20,00%
04.3.02 Seniorenarbeit	K04.3.02 Erreichte Teilnehmer über 60 Jahre	3.400	3.560	160	4,71%
	L0321 Beratungen	500	481	-19	-3,80%
	L0421 Besucher pro Öffnungstag	45	45	0	0,00%
	L1941 Teilnehmer - Veranstaltungen	3.650	3.795	145	3,97%
04.3.03 Unterkünfte für Wohnungslose und Flüchtlinge	K04.3.03 Fälle	60	42	-18	-30,00%
	L0321 Beratungen	120	135	15	12,50%
	L0323 Fälle Flüchtlinge	80	218	138	172,50%

5 Kultur, Vereine, Ehrenamt

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-185.927,57	-202.950,00	-275.749,23	-72.799,23
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-147.316,26	-150.500,00	-167.239,63	-16.739,63
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-100,00	0,00	-945,11	-945,11
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	-8.350,00	0,00	-21.300,00	-21.300,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	-942,71	0,00	-2.263,50	-2.263,50
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-48.493,21	-43.750,00	-52.759,31	-9.009,31
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-391.129,75**	**-397.200,00**	**-520.256,78**	**-123.056,78**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	773.633,72	765.169,45	763.311,21	-1.858,24
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	16.023,21	18.354,15	18.135,89	-218,26
125		**Personalaufwendungen**	**789.656,93**	**783.523,60**	**781.447,10**	**-2.076,50**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	2.525.996,07	2.878.804,65	2.819.225,32	-59.579,33
140	66	Abschreibungen	58.021,79	56.112,14	74.553,98	18.441,84
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	593.500,00	588.500,00	584.909,09	-3.590,91
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	29,00	0,00	29,00	29,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.967.203,79**	**4.306.940,39**	**4.260.164,49**	**-46.775,90**
200		**Verwaltungsergebnis**	**3.576.074,04**	**3.909.740,39**	**3.739.907,71**	**-169.832,68**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**3.576.074,04**	**3.909.740,39**	**3.739.907,71**	**-169.832,68**
250	59	Außerordentliche Erträge	-2.071,60	0,00	-262,83	-262,83
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	24,00	24,00
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**-2.071,60**	**0,00**	**-238,83**	**-238,83**
320		**Jahresergebnis**	**3.574.002,44**	**3.909.740,39**	**3.739.668,88**	**-170.071,51**

5 Kultur, Vereine, Ehrenamt		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
5.1 Kultur					
05.1.01 Kulturhalle	K05.1.01 Mögliche Veranstaltungstage Jahr	365	365	0	0,00%
	L0347 Bereitstellungen Kulturhalle Halle und Foyer (Vermietung)	105	122	17	16,19%
	L0348 Bereitstellungen Kulturhalle Halle und Foyer (unentgeltlich)	40	57	17	42,50%
	L0349 Bereitstellungen Nebenräume	360	654	294	81,67%
05.1.02 Kulturelle Veranstaltungen	K05.1.02 Verkaufte Eintrittskarten	6.300	10.740	4.440	70,48%
	L2051 Veranstaltungen	15	21	6	40,00%
5.2 Vereine, Ehrenamt					
05.2.01 Räume für Sport und Vereine	K05.2.01 Belegstunden Vermietung	11.700	11.188	-512	-4,38%
	L0300 Belegstunden	6.900	6.669	-231	-3,35%
	L0301 Belegstunden - Vereine/Schulen	4.800	4.519	-281	-5,85%
	L2118 Vermietungen Kelterscheune	80	91	11	13,75%
05.2.02 Stadtbücherei	K05.2.02 Ausleihen	79.000	72.081	-6.919	-8,76%
	L1457 Nutzungen	9.100	9.051	-49	-0,54%
	L2051 Veranstaltungen	70	80	10	14,29%
05.2.03 Vereinsförderung	K05.2.03 Vereinsmitglieder	17.000	16.397	-603	-3,55%
	L2063 Aktive Vereinsmitglieder	6.500	6.493	-7	-0,11%
	L2321 Zuschussanträge VFR	80	89	9	11,25%
	L2322 Basisförderung VFR	73	65	-8	-10,96%
05.2.04 Kultur- und Heimatpflege	K05.2.04 Veranstaltungen jahreszeitliche Feste	16	12	-4	-25,00%
	L1947 Teilnehmer Vorträge, Kurse, Aussstellungen	600	582	-18	-3,00%
	L2173 Vorträge, Kurse, Ausstellungen	20	18	-2	-10,00%

6 Bauverwaltung

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-50.923,75	-56.000,00	-49.535,95	6.464,05
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.104,59	-9.250,00	-9.883,19	-633,19
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-47.529,28	-60.300,00	-56.597,19	3.702,81
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	-20.587,18	-20.587,18
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	-42.687,00	-56.020,00	-59.078,00	-3.058,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	-698.431,16	-678.368,15	-569.168,14	109.200,01
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-15.942,90	-13.450,00	-17.729,71	-4.279,71
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-872.618,68**	**-873.388,15**	**-782.579,36**	**90.808,79**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	656.987,29	712.153,72	702.545,59	-9.608,13
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	5.799,74	6.643,44	8.971,69	2.328,25
125		**Personalaufwendungen**	**662.787,03**	**718.797,16**	**711.517,28**	**-7.279,88**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	2.686.923,63	2.588.877,21	2.793.588,21	204.711,00
140	66	Abschreibungen	1.375.871,86	1.350.631,80	1.255.423,32	-95.208,48
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	3.988,00	3.988,00	3.988,00	0,00
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	942,00	1.990,00	968,85	-1.021,15
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.494,96	9.000,00	8.754,24	-245,76
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.739.007,48**	**4.673.284,17**	**4.774.239,90**	**100.955,73**
200		**Verwaltungsergebnis**	**3.866.388,80**	**3.799.896,02**	**3.991.660,54**	**191.764,52**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**3.866.388,80**	**3.799.896,02**	**3.991.660,54**	**191.764,52**
250	59	Außerordentliche Erträge	-291.077,23	-53.900,00	-56.314,72	-2.414,72
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	28.909,61	0,00	3.897,10	3.897,10
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**-262.167,62**	**-53.900,00**	**-52.417,62**	**1.482,38**
280		**Ergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**3.604.221,18**	**3.745.996,02**	**3.939.242,92**	**193.246,90**
290		Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	-269.102,97	-246.338,00	-312.293,44	-65.955,44
300		Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
310		**Ergebnis interne Leistungsbeziehungen**	**-269.102,97**	**-246.338,00**	**-312.293,44**	**-65.955,44**
320		**Jahresergebnis**	**3.335.118,21**	**3.499.658,02**	**3.626.949,48**	**127.291,46**

6 Bauverwaltung		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
6.1 Stadtplanung					
06.1.01 Städtebau	K06.1.01 Verfahren	5	3	-2	-40,00%
06.1.02 Bauberatung	K06.1.02 Stellungnahmen, Fälle	420	398	-22	-5,24%
	L0221 Auskünfte	3.500	2.315	-1.185	-33,86%
06.1.03 Erhebung von Beiträgen	K06.1.03 Bescheide	5	0	-5	-100,00%
6.2 Liegenschaften					
06.2.01 Grundstücksverwaltung	K06.2.01 Betreute städtische Grundstücke	2.850	2.851	1	0,04%
	L1510 Betreute Pachtverträge	545	545	0	0,00%
	L2151 Verträge Grundstücksgeschäfte	20	7	-13	-65,00%
6.3 Tiefbau					
06.3.01 Öffentliche Verkehrsflächen	K06.3.01 Fläche Verkehrsfläche qm	1.018.908	1.018.922	14	0,00%
	L0935 Gemeindestraßen (m)	97.460	97.460	0	0,00%
06.3.02 Öffentliche Gewässer	K06.3.02 Gewässerlänge Meter	53.080	53.080	0	0,00%
6.4 Umwelt					
06.4.01 Grünflächen und Spielplätze	K06.4.01 Fläche Grünflächen qm	128.600	128.600	0	0,00%
	L1005 Grün- u. Parkanlagen (Anzahl)	17	17	0	0,00%
	L1805 Spielflächen u. Freizeitanlagen	44	44	0	0,00%
06.4.02 Altablagerungen, Altlasten	K06.4.02 Illegale Ablagerungen	320	331	11	3,44%
	L1347 Maßn./Konzepte/Veranstalt.	1	1	0	0,00%
	L1985 Überwachungen, Untersuchungen	2	2	0	0,00%
06.4.03 Umwelt-/Natur-u. Klimaschutz	K06.4.03 Maßnahmen	7	7	0	0,00%
	L0321 Beratungen	96	96	0	0,00%

10 Büro des Bürgermeisters

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.271,00	-7.800,00	-7.514,81	285,19
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-3.100,00	0,00	-6.875,00	-6.875,00
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	-4.500,00	0,00	-21.910,00	-21.910,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	-237,50	-237,50	-579,52	-342,02
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-142,00	0,00	-3.498,64	-3.498,64
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-10.250,50**	**-8.037,50**	**-40.377,97**	**-32.340,47**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	196.080,56	207.114,48	199.660,16	-7.454,32
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	9.653,84	11.058,20	10.926,63	-131,57
125		**Personalaufwendungen**	**205.734,40**	**218.172,68**	**210.586,79**	**-7.585,89**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	71.697,00	77.626,47	97.941,20	20.314,73
140	66	Abschreibungen	4.584,36	4.244,53	2.256,90	-1.987,63
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	0,00	0,00	13.177,50	13.177,50
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**282.015,76**	**300.043,68**	**323.962,39**	**23.918,71**
200		**Verwaltungsergebnis**	**271.765,26**	**292.006,18**	**283.584,42**	**-8.421,76**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**271.765,26**	**292.006,18**	**283.584,42**	**-8.421,76**
250	59	Außerordentliche Erträge	-600,00	-300,00	0,00	300,00
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	44,00	0,00	16,45	16,45
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**-556,00**	**-300,00**	**16,45**	**316,45**
320		**Jahresergebnis**	**271.209,26**	**291.706,18**	**283.600,87**	**-8.105,31**

10 Büro des Bürgermeisters		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
10.1 Büro des Bürgermeisters					
10.1.01 Büroleiter	K10.1.01 Veranstaltungen	10	11	1	10,00%
	L0170 Pressemeldungen	500	680	180	36,00%
	L1590 Pressekonferenzen	30	23	-7	-23,33%
	L1810 Städtepartnerschaftsbegegnungen	2	3	1	50,00%
	L2390 Teilnehmer Veranstaltungen	14.000	18.000	4.000	28,57%
	L2395 Publikationen	10	8	-2	-20,00%
10.1.02 Förderung der Integration	K10.1.02 Ausländische Einwohner-/innen	3.187	3.801	614	19,27%
	L1063 Bewerbungen Integrationsförderpreis	3	2	-1	-33,33%
	L1064 Einbürgerungen	60	58	-2	-3,33%
	L1065 Integrationsprojekte	4	6	2	50,00%
	L2051 Veranstaltungen	12	16	4	33,33%
	L2390 Teilnehmer Veranstaltungen	3.000	3.200	200	6,67%
10.1.03 Frauenbeauftragte extern	K10.1.03 Beratene und unterstützte Frauen	70	73	3	4,29%
	L1780 Sitzungen	26	25	-1	-3,85%
	L2051 Veranstaltungen	30	31	1	3,33%

11 Sonderbudget Rechnungsprüfung

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-17.233,35	-18.400,00	-17.423,76	976,24
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-500,00	0,00	-366,98	-366,98
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-17.733,35**	**-18.400,00**	**-17.790,74**	**609,26**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	81.795,15	81.739,86	82.099,47	359,61
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	12.264,01	14.048,08	13.880,99	-167,09
125		**Personalaufwendungen**	**94.059,16**	**95.787,94**	**95.980,46**	**192,52**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	41.933,10	35.462,45	30.019,84	-5.442,61
140	66	Abschreibungen	818,16	536,33	645,61	109,28
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**136.810,42**	**131.786,72**	**126.645,91**	**-5.140,81**
200		**Verwaltungsergebnis**	**119.077,07**	**113.386,72**	**108.855,17**	**-4.531,55**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**119.077,07**	**113.386,72**	**108.855,17**	**-4.531,55**
250	59	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
320		**Jahresergebnis**	**119.077,07**	**113.386,72**	**108.855,17**	**-4.531,55**

11 Sonderbudget Rechnungsprüfung		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
11.1 Rechnungsprüfung					
11.1.01 Rechnungsprüfung	K11.1.01 Prüfungen	3.500	3.458	-42	-1,20%
	L2340 Belegprüfungen HGO §131	2.500	2.535	35	1,40%
11.1.02 Prüfung von Baumaßnahmen	K11.1.02 Submissionen	20	28	8	40,00%
	L0287 Bietergespräche	20	5	-15	-75,00%
	L1900 Prüfungen Leistungsverzeichnisse	300	175	-125	-41,67%

12 Sonderbudget Stabsstelle Bürgermeister - Wirtschaftsförderi

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-333,34	-3.000,00	-200,00	2.800,00
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-284,50	0,00	0,00	0,00
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-6.642,83	0,00	-530,00	-530,00
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-7.260,67**	**-3.000,00**	**-730,00**	**2.270,00**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	178.353,06	183.268,21	183.303,06	34,85
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
125		**Personalaufwendungen**	**178.353,06**	**183.268,21**	**183.303,06**	**34,85**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	43.845,87	47.350,98	27.842,07	-19.508,91
140	66	Abschreibungen	3.866,07	3.584,00	3.080,81	-503,19
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**226.065,00**	**234.203,19**	**214.225,94**	**-19.977,25**
200		**Verwaltungsergebnis**	**218.804,33**	**231.203,19**	**213.495,94**	**-17.707,25**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**218.804,33**	**231.203,19**	**213.495,94**	**-17.707,25**
250	59	Außerordentliche Erträge	-69,56	0,00	0,00	0,00
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	1.061,14	1.061,14
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**-69,56**	**0,00**	**1.061,14**	**1.061,14**
320		**Jahresergebnis**	**218.734,77**	**231.203,19**	**214.557,08**	**-16.646,11**

12 Sonderbudget Stabsstelle Bürgermeister -Wirtschaftsförderung-		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
12.1 Stabsstelle 1 Wirtschaftsförderung					
12.1.01 Wirtschaftsförderung	K12.1.01 Beratungsgespräche	925	893	-33	-3,51%
	L0943 Beratungsgespräche mit Betrieben	350	341	-10	-2,71%
	L0944 Beratungsgespräche mit Existenzgründern	200	140	-60	-30,00%
	L0945 Gespräche zur Neuansiedlung von Betrieben	85	64	-21	-24,71%
	L0946 Gespräche z. Verkauf/Vermietung v.Gewerbeflächen	220	277	57	25,91%
	L0947 Gespräche zur Personalberatung (Stellenbörse)	70	71	1	1,43%

13 Sonderbudget Stadtwald

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-200.736,26	-153.230,00	-190.584,73	-37.354,73
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-901,16	0,00	-267,42	-267,42
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
60	47	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	-4.000,00	0,00	4.000,00
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-10.239,49	-14.500,00	-13.226,94	1.273,06
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-211.876,91**	**-171.730,00**	**-204.079,09**	**-32.349,09**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	5.810,70	6.057,27	6.055,73	-1,54
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
125		**Personalaufwendungen**	**5.810,70**	**6.057,27**	**6.055,73**	**-1,54**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	129.074,91	145.001,07	130.929,68	-14.071,39
140	66	Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**134.885,61**	**151.058,34**	**136.985,41**	**-14.072,93**
200		**Verwaltungsergebnis**	**-76.991,30**	**-20.671,66**	**-67.093,68**	**-46.422,02**
210	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
230		**Finanzergebnis**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**-76.991,30**	**-20.671,66**	**-67.093,68**	**-46.422,02**
250	59	Außerordentliche Erträge	-219,49	0,00	0,00	0,00
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	4.680,08	0,00	6.103,96	6.103,96
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**4.460,59**	**0,00**	**6.103,96**	**6.103,96**
320		**Jahresergebnis**	**-72.530,71**	**-20.671,66**	**-60.989,72**	**-40.318,06**

13 Sonderbudget Stadtwald		Plan Anzahl 2015	Ist Anzahl 2015	Abweichung absolut 2015	Abweichung in Prozent 2015
13.1 Stadtwald					
13.1.01 Waldbewirtschaftung	K13.1.01 Verkaufte Efm	4.100	3.934	-166	-4,06%
13.1.02 Waldpflege/Walderhaltung	K13.1.02 Waldfläche ha	1.071	1.071	0	0,00%

14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel

Pos.	Konten	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ 2015
10	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
20	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
30	548-549	Kostenerstattungen und Umlagen	-114.562,88	-101.650,00	-121.224,71	-19.574,71
40	52	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
50	55	Steuern und ähnliche Abgaben	-30.974.341,59	-32.799.343,00	-32.954.403,70	-155.060,70
60	47	Erträge aus Transferleistungen	-1.134.077,79	-1.029.500,00	-1.174.804,81	-145.304,81
70	540-543	Zuwendungen f.lfd. Zwecke u.allg.Umlagen	-4.185.280,71	-4.626.400,00	-4.626.403,22	-3,22
80	546	Aufgelöste Investitionszuwendungen	-155.423,72	-149.050,00	-164.823,71	-15.773,71
90	53	Sonstige ordentliche Erträge	-906.037,50	-974.000,00	-889.540,94	84.459,06
100		**Summe ordentliche Erträge**	**-37.469.724,19**	**-39.679.943,00**	**-39.931.201,09**	**-251.258,09**
110	62,63,640-643,647-	Personalaufwendungen	731.579,64	647.334,14	576.407,18	-70.926,96
120	644-646	Versorgungsaufwendungen	337.847,54	804.198,96	472.165,86	-332.033,10
125		**Personalaufwendungen**	**1.069.427,18**	**1.451.533,10**	**1.048.573,04**	**-402.960,06**
130	60,61	Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen	56.813,05	78.080,77	98.680,51	20.599,74
140	66	Abschreibungen	253.533,66	229.660,41	286.304,95	56.644,54
150	71	Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse	48.245,00	75.000,00	0,00	-75.000,00
160	73	Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen	19.043.993,54	19.556.450,00	19.565.692,89	9.242,89
170	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
180	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
190		**Summe ordentliche Aufwendungen**	**20.472.012,43**	**21.390.724,28**	**20.999.251,39**	**-391.472,89**
200		**Verwaltungsergebnis**	**-16.997.711,76**	**-18.289.218,72**	**-18.931.949,70**	**-642.730,98**
210	56,57	Finanzerträge	-459.309,70	-1.085.400,00	-513.054,38	572.345,62
220	77	Zinsen und ähnl. Aufwendungen	948.415,23	1.175.900,00	868.707,76	-307.192,24
230		**Finanzergebnis**	**489.105,53**	**90.500,00**	**355.653,38**	**265.153,38**
240		**Ordentliches Ergebnis**	**-16.508.606,23**	**-18.198.718,72**	**-18.576.296,32**	**-377.577,60**
250	59	Außerordentliche Erträge	-1.260.165,99	-1.082.000,00	-863.333,50	218.666,50
260	79	Außerordentliche Aufwendungen	49.182,92	0,00	1.352,50	1.352,50
270		**Außerordentliches Ergebnis**	**-1.210.983,07**	**-1.082.000,00**	**-861.981,00**	**220.019,00**
320		**Jahresergebnis**	**-17.719.589,30**	**-19.280.718,72**	**-19.438.277,32**	**-157.558,60**

2.3 Finanzrechnung

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
010	Privatrechtliche Leistungsentgelte	505.398,18	425.780,00	534.742,20	108.962,20
020	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.209.964,40	2.450.317,00	2.352.869,16	-97.447,84
030	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	999.375,18	977.696,00	1.145.416,69	167.720,69
040	Steuern und steuerähnliche Erträge	31.445.943,44	32.799.343,00	32.046.552,19	-752.790,81
050	Einzahlungen aus Transferleistungen	1.134.077,79	1.029.500,00	1.174.804,81	145.304,81
060	Zuweisungen u. Zuschüsse lfd. Zwecke	5.490.539,83	5.662.445,00	5.671.916,17	9.471,17
070	Zinsen u. sonstige Finanzeinzahlungen	498.816,64	1.108.400,00	518.875,31	-589.524,69
080	Sonst. ordentliche u. außerordentl. Einzahlungen	1.516.919,25	1.206.110,00	1.199.962,93	-6.147,07
090	**Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**43.801.034,71**	**45.659.591,00**	**44.645.139,46**	**-1.014.451,54**
100	Personalauszahlungen	-12.881.844,43	-13.397.168,47	-13.247.265,77	149.902,70
110	Versorgungsauszahlungen	-653.058,89	-718.205,29	-620.514,99	97.690,30
120	Auszahlungen Sach- und Dienstleistungen	-9.654.446,95	-10.195.627,63	-10.093.843,31	101.784,32
130	Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
140	Zuweisungen und Zuschüssse lfd. Zwecke, bes. Ausz	-2.495.355,38	-3.246.395,21	-3.088.992,93	157.402,28
150	Steuern und gesetzliche Umlageverpflichtungen	-18.932.896,25	-19.561.440,00	-19.470.534,11	90.905,89
160	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-946.196,66	-1.139.900,00	-878.998,93	260.901,07
170	Sonstige ordentliche u. außerordentl. Auszahlungen	-319.890,29	-18.247,89	-196.146,04	-177.898,15
180	**Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-45.883.688,85**	**-48.276.984,49**	**-47.596.296,08**	**680.688,41**
190	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-2.082.654,14**	**-2.617.393,49**	**-2.951.156,62**	**-333.763,13**
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	671.260,87	647.658,00	434.292,22	-213.365,78
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.881.291,85	1.940.000,00	1.491.373,66	-448.626,34
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	25.380,79	25.400,00	25.380,79	-19,21
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.577.933,51**	**2.613.058,00**	**1.951.046,67**	**-662.011,33**

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	-73.849,98	-293.649,02	-17.278,67	276.370,35
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.397.783,00	-1.002.415,38	-235.691,34	766.724,04
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-213.033,08	-1.568.093,40	-515.391,50	1.052.701,90
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	-105.772,15	-796.254,45	-106.938,20	689.316,25
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-55.752,99	-47.100,00	-56.504,17	-9.404,17
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-1.846.191,20**	**-3.707.512,25**	**-931.803,88**	**2.775.708,37**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**731.742,31**	**-1.094.454,25**	**1.019.242,79**	**2.113.697,04**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	202.000,00	477.886,00	0,00	-477.886,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	57.500.000,00	0,00	3.000.000,00	3.000.000,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-537.673,75	-499.100,00	-548.391,41	-49.291,41
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	-54.500.000,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**2.664.326,25**	**-21.214,00**	**2.451.608,59**	**2.472.822,59**
330	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	1.452.433,81	0,00	1.470.758,13	1.470.758,13
340	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	-1.442.523,64	0,00	-1.440.564,24	-1.440.564,24
350	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen**	**9.910,17**	**0,00**	**30.193,89**	**30.193,89**
360	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag des Haushaltsjahres**	**1.323.324,59**	**-3.733.061,74**	**549.888,65**	**4.282.950,39**
370	**Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres**	**2.103.064,37**	**-3.733.061,74**	**3.426.388,96**	**4.282.950,39**
380	**Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres**	**3.426.388,96**	**-3.733.061,74**	**3.976.277,61**	**4.282.950,39**

2.3.1 Teilfinanzrechnung

1 Organisation und Gremien

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	8.037,75	15.358,00	7.500,00	-7.858,00
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	275.442,00	290.000,00	394.584,89	104.584,89
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**283.479,75**	**305.358,00**	**402.084,89**	**96.726,89**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-86.011,12	-222.003,67	-61.274,50	160.729,17
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-93.205,63	-890.862,01	-340.201,47	550.660,54
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-179.216,75**	**-1.112.865,68**	**-401.475,97**	**711.389,71**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**104.263,00**	**-807.507,68**	**608,92**	**808.116,60**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

2 Finanzen

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	0,00	0,00	0,00	0,00
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-6.480,73	-12.264,69	-2.118,13	10.146,56
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-6.480,73**	**-12.264,69**	**-2.118,13**	**10.146,56**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**-6.480,73**	**-12.264,69**	**-2.118,13**	**10.146,56**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

3 Öffentliche Ordnung

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	0,00	134.800,00	4.301,22	-130.498,78
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**134.800,00**	**4.301,22**	**-130.498,78**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-37.704,60	0,00	-5.285,54	-5.285,54
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-22.195,02	-88.540,75	-14.035,53	74.505,22
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	-212.254,45	0,00	212.254,45
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-59.899,62**	**-300.795,20**	**-19.321,07**	**281.474,13**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**-59.899,62**	**-165.995,20**	**-15.019,85**	**150.975,35**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

4 Kinder, Jugend u. Senioren

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	17.850,00	75.000,00	0,00	-75.000,00
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**17.850,00**	**75.000,00**	**0,00**	**-75.000,00**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	-7.321,69	-37.899,02	-6.229,52	31.669,50
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-10.184,23	0,00	0,00	0,00
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-41.104,38	-477.198,89	-122.729,07	354.469,82
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	-64.103,71	-500.000,00	-50.000,00	450.000,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-122.714,01**	**-1.015.097,91**	**-178.958,59**	**836.139,32**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**-104.864,01**	**-940.097,91**	**-178.958,59**	**761.139,32**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

5 Kultur, Vereine, Ehrenamt

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	9.050,00	0,00	0,00	0,00
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	8.050,11	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**17.100,11**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-10.086,62	0,00	0,00	0,00
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-43.264,01	-65.268,24	-24.647,22	40.621,02
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	-41.668,44	-84.000,00	-56.938,20	27.061,80
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-95.019,07**	**-149.268,24**	**-81.585,42**	**67.682,82**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**-77.918,96**	**-149.268,24**	**-81.585,42**	**67.682,82**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

6 Bauverwaltung

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	491.799,17	328.500,00	254.550,05	-73.949,95
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.597.719,25	1.650.000,00	1.096.788,77	-553.211,23
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.089.518,42**	**1.978.500,00**	**1.351.338,82**	**-627.161,18**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	-66.528,29	-255.750,00	-11.049,15	244.700,85
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.253.796,43	-775.411,71	-154.600,73	620.810,98
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-2.449,56	-16.671,96	-2.569,03	14.102,93
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-1.322.774,28**	**-1.047.833,67**	**-168.218,91**	**879.614,76**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**766.744,14**	**930.666,33**	**1.183.119,91**	**252.453,58**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

10 Büro des Bürgermeisters

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	0,00	0,00	16.417,00	16.417,00
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**16.417,00**	**16.417,00**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-5.000,00	-14.530,57	-9.530,57
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-1.910,33	-4.081,99	-4.926,43	-844,44
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-1.910,33**	**-9.081,99**	**-19.457,00**	**-10.375,01**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**-1.910,33**	**-9.081,99**	**-3.040,00**	**6.041,99**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

11 Sonderbudget Rechnungsprüfung

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	0,00	0,00	0,00	0,00
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-214,80	-3.463,79	-522,41	2.941,38
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-214,80**	**-3.463,79**	**-522,41**	**2.941,38**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**-214,80**	**-3.463,79**	**-522,41**	**2.941,38**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

12 Sonderbudget Stabsstelle Bürgermeister -Wirtschaftsförderung-

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	0,00	0,00	0,00	0,00
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-392,68	-6.045,40	-2.557,10	3.488,30
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-392,68**	**-6.045,40**	**-2.557,10**	**3.488,30**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**-392,68**	**-6.045,40**	**-2.557,10**	**3.488,30**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

13 Sonderbudget Stadtwald

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	0,00	0,00	0,00	0,00
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	0,00	0,00	0,00	0,00
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ANSATZ 2015	ERGEBNIS 2015	VERGLEICH ANSATZ/ ERGEBNIS 2015
200	Investitionszuweisungen,-zuschüsse u. -beiträge	144.523,95	94.000,00	151.523,95	57.523,95
210	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	80,49	0,00	0,00	0,00
220	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
221	Einzahlung aus der Gewährung von krediten	25.380,79	25.400,00	25.380,79	-19,21
230	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**169.985,23**	**119.400,00**	**176.904,74**	**57.504,74**
240	Auszahlungen Erwerb Grundstücke und Gebäude	0,00	0,00	0,00	0,00
250	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
260	Auszahlungen für Erwerb v. bewegl. Sachvermögen u. immaterielle Anlageverm.	-1.815,94	-3.695,68	-1.085,11	2.610,57
261	Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisung zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
270	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-55.752,99	-47.100,00	-56.504,17	-9.404,17
271	Auszahlung aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
280	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-57.568,93**	**-50.795,68**	**-57.589,28**	**-6.793,60**
290	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**	**112.416,30**	**68.604,32**	**119.315,46**	**50.711,14**
300	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	202.000,00	477.886,00	0,00	-477.886,00
301	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	57.500.000,00	0,00	3.000.000,00	3.000.000,00
310	Auszahlung für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-537.673,75	-499.100,00	-548.391,41	-49.291,41
311	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	-54.500.000,00	0,00	0,00	0,00
320	**Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit**	**2.664.326,25**	**-21.214,00**	**2.451.608,59**	**2.472.822,59**

3 Anhang zum Jahresabschluss

3.1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss 2015

Gemäß § 112 HGO ist die Kommune verpflichtet, für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, der die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage darstellt.

Der Jahresabschluss umfasst gemäß § 112 HGO i. V. m. §§ 44 ff. GemHVO:

1. Vermögensrechnung (Bilanz)
2. Ergebnisrechnung
3. Finanzrechnung
4. Rechenschaftsbericht
5. Anlagen-, Verbindlichkeiten- und Rückstellungsübersicht

Zusätzlich erfolgt eine Übersicht des Eigenkapitals, der Sonderposten sowie der Beteiligungen.

Die Darstellung der Vermögensrechnung des Jahresabschlusses 2015 wird auf Basis des § 49 GemHVO fortgeführt. Die Gliederung der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung entspricht den Vorgaben der §§ 46 und 47 GemHVO.

Die Gesamtergebnisrechnung stellt das Jahresergebnis der Stadt Rödermark (ohne verbundene Unternehmen) dar. Die Teilergebnisrechnungen bilden das Jahresergebnis der einzelnen Organisationseinheiten ab. Zusätzlich zu den vereinbarten Budgets und den Budgetergebnissen werden die Leistungsmengen und Kennzahlen zu den Teilhaushalten dargestellt.

Ein zusammengefasster Jahresabschluss (Konzernbilanz) wurde erstmalig zum 31.12.2010 erstellt.

3.2 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung der Vermögensrechnung erfolgte nach den Vorschriften zu § 49 GemHVO.

Nach § 41 GemHVO sind vorhandene Vermögensgegenstände höchstens mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, anzusetzen.

Zugänge im Anlagevermögen sind grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzgl. Abschreibungen bewertet. Als Abschreibungsmethode findet ausschließlich die lineare Abschreibung Anwendung.

Die Zugänge an geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) wurden mit Anschaffungskosten von über 150 € bis 410 € netto in das Anlagevermögen übernommen und bis Jahresende abgeschrieben.

Der Wert der Beteiligungen wurde zu Anschaffungskosten angesetzt, wobei sich diese in der Eröffnungsbilanz aus dem anteiligen Eigenkapital ergeben haben.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit ihrem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert (Niederstwertprinzip) angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit Risiken versehen ist, werden angemessene Wertberichtigungen vorgenommen.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die Pensions- und Beihilferückstellungen sowie Altersteilzeitrückstellungen wurden nach dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % bis 6 % und der Sterbetafel 2005 G von Prof. Heubeck bewertet.

Erhaltene Investitionszuwendungen werden in der Höhe der bewilligten Zuwendung als Sonderposten passiviert und entsprechend über den Nutzungszeitraum der bezuschussten Anlagen aufgelöst.

Verbindlichkeiten werden mit den Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

3.3 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Wert 31.12.15
(Wert 31.12.14)

Die Entwicklung des Anlagevermögens kann aus dem Anlagespiegel (Anlage 1 zum Anhang) entnommen werden. Nachfolgend werden unter den einzelnen Bilanzpositionen die wesentlichen Zu- und Abgänge ohne Abschreibungen erläutert.

3.3.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

EUR 2.495.670,89
(EUR 2.536.063,77)

Zu den immateriellen Vermögensgegenständen zählen Softwarelizenzen und -programme und an Dritte gegebene Investitionszuschüsse.

Im Falle der geleisteten Investitionszuschüsse handelt es sich um Investitionszuschüsse an Vereine und Kirchen und Baukostenzuschüsse für den S-Bahn-Anschluss in Höhe von 604.478,67 Euro.

Weiterhin beinhaltet diese Position den geleisteten Investitionszuschuss für die Sanierung und Modernisierung des Alten- und Pflegeheims Haus Morija in Höhe von 151.200,00 Euro sowie den Investitionszuschuss an den Eigenbetrieb Kommunale Betriebe Rödermark in Höhe von 1.213.242,45 Euro im Rahmen des Konjunkturprogramms.

3.3.2 Sachanlagevermögen

EUR 50.035.968,44
(EUR 51.257.363,10)

3.3.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

EUR 22.630.143,84
(EUR 22.852.803,37)

Im Jahr 2015 fanden Grundstückskäufe (Zugänge) und Grundstücksverkäufe (Abgänge) in folgender Höhe statt:

Erwerb unbebauter Grundstücke	179,50
Veräußerung unbebauter Grundstücke	222.331,03

3.3.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen

EUR 25.080.813,63
(EUR 26.048.538,57)

Es wurden folgende Maßnahmen durchgeführt (Zugänge einschl. Umbuchungen von Anlagen im Bau):

Zugänge/Umbuchungen aus Anlagen im Bau Kindergärten/Jugend- und Freizeiteinrichtungen:		EUR 42.886,77
Außenanlagen der Kinderbetreuungseinrichtungen	32.016,12	
Öffentliche Spielplätze	10.870,65	

Infrastrukturvermögen gesamt:

Zugänge/Umbuchungen aus Anlagen im Bau Gemeindestraßen		EUR 35.704,84
Erich-Kästner-Straße	1.711,22	
Parkplatz Keltendenkmal	211,67	
OD Waldacker	170,61	
Dieburger Straße	337,89	
Fichtenweg	423,33	
Trinkbrunnenstraße	506,84	
Kurt-Schumacher-Straße	32.343,28	
Zugänge/Umbuchungen aus Anlagen im Bau Wege, Plätze		EUR 109.145,84
Beleuchtung Scatepark Urberach	2.711,97	
Beleuchtung Parkplatz Glockengasse	2.711,97	
Festplatz Entenweiher	14.530,57	

Wirtschaftsweg Jügesheimer Weg	965,40	
Bahnhofsvorplatz Ober-Roden	1.072,24	
P+R-Anlage Bahnhof Ober-Roden	3.558,18	
Ausbau Feld- und Wirtschaftswege	30.386,18	
Gehweg Festplatz / Hallhüttenweg	53.209,33	
Zugänge/Umbuchungen aus Anlagen im Bau sonstiges allg. Infrastrukturvermögen		EUR 10.705,17
Pflanzkübel Frankfurter Straße	948,71	
Pflanzkübel Heitkämperstraße	948,71	
Pflanzkübel Pfarrgasse	948,71	
Pflanzkübel Schulstraße	948,69	
Hundekotstationen im Stadtgebiet	6.910,35	
Zugänge/Umbuchungen aus Anlagen im Bau Öffentliche Grünflächen		EUR 116.330,70
Ausgleichsmaßnahme An den Rennwiesen	116.330,70	
Zugänge/Umbuchungen aus Anlagen im Bau Friedhöfe		EUR 27.247,90
Neukonzeption Friedhof O.-R.	12.151,69	
Neukonzeption Friedhof Urb.	15.096,21	

3.3.2.3 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

EUR 1.803.235,67
(EUR 1.803.867,46)

Im Jahr 2015 wurden folgende Anschaffungen getätigt:

Zugänge Werkzeuge, Prüf- und Messmittel		EUR 20.685,94
MSA Prüfgerät	20.685,94	
Zugänge/Umbuchungen aus Anlagen im Bau sonstige Betriebsausstattung		EUR 106.091,47
Kulturhalle	11.115,81	
Kindergärten	23.583,21	
Feuerwehr	51.151,58	
Friedhöfe	4.578,21	
Verwaltung	4.481,54	
Stadtbücherei	1.366,12	
Halle Urberach	9.815,00	

Zugänge/Umbuchungen aus Anlagen im Bau
Büromaschinen/EDV-Anlagen EUR 213.724,27

PC's/Notebooks, Verwaltung	16.172,10
PC's/Notebooks, Kulturhalle	1.317,00
PC's/Notebooks, Kindergärten	2.848,86
iPhone, Verwaltung	796,11
Passdrucker, Bürgerbüro	6.487,38
Nummernaufrufsystem, Bürgerbüro	8.139,95
Verkehrsstatistikgerät	1.962,31
Firewall	11.840,50
Serverfarm Virtualisierung	163.545,27
Sonstiges	614,79

Zugänge Büromöbel/sonstige Geschäftsausstattung EUR 7.090,87

Büroausstattung, Verwaltung	6.554,21
Büroausstattung, Kindergärten	536,66

Zugänge Geringwertige Wirtschaftsgüter EUR 36.288,28

Beschaffung von Ausstattungsgegenständen in der gesamten Verwaltung zu einem Nettoeinzelwert zwischen 150 Euro und 410 Euro.

Abgänge Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung EUR 2.830,44

Die Abgänge resultieren aus unterjährigen Abgängen.

3.3.2.4 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

EUR 521.775,30
(EUR 552.153,70)

Grundstücksanspruch HEAG	33.732,00
Straße Am Schwimmbad	28.862,35
Umrüstung Digitalfunk FW Urb.	29.264,87
Umrüstung Digitalfunk FW O.-R.	70.810,51
Digitaler Posteingang	8.499,58
Muslimisches Grabfeld Friedhof Urb.	10.092,51
Bauleitplanung Eisenbahnstraße	6.541,66
Bauleitplanung Bahnhofstraße	14.831,85
Grabgemeinschaftsanlage Friedhof O.-R.	41.777,08
Grabgemeinschaftsanlage Friedhof Urb.	8.635,99
Erweiterung Zeiterfassung	14.725,30
Um- und Ausbau Spielplätze	2.877,82
Umbeschilderung Tempo-30 Zonen	10.851,49
Baumgräber Friedhof Urberach	18.458,74
Ausstattung Kita Helene-Lange-Schule	95.557,05
Tanklöschfahrzeug Feuerwehr OR	96.611,34
Installation Tagesstättenverwaltung	3.654,80

Rasengräber alter Teil Friedhof Urb.	1.819,72
Urnengemeinschaftsanlage Friedhof OR	1.008,16
Planung Sanierung Wirtschaftswege	4.311,68
Planung Instandsetzung Verkehrsflächen OR	1.724,67
Planung Instandsetzung Verkehrsflächen Urb.	3.021,43
Grundhafte Erneuerung Gehwege	2.558,31
Ausbau Rad- und Wirtschaftswege	1.255,02
Brückenbauwerk BW 20A	6.236,86
Sonstiges	4.054,51

3.3.3 Finanzanlagevermögen

EUR 71.345.529,22
(EUR 71.308.697,54)

3.3.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

EUR 60.119.573,51
(EUR 60.119.573,51)

Die **Anteile an den verbundenen Unternehmen** und den **Sondervermögen** (wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, hier: Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark") wurden in der Eröffnungsbilanz unter Anwendung der Eigenkapital-Spiegelmethode erstmals angegeben.

Die Beteiligung hat sich in 2015 wie folgt entwickelt:

Eigenbetrieb:

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Kommunale Betriebe Rödermark	59.929.087,11	59.929.087,11
	59.929.087,11	**59.929.087,11**

Kapital- und Personengesellschaften:

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Berufsakademie Rhein-Main GmbH	165.486,40	165.486,40
BreitbandRödermark GmbH	25.000,00	25.000,00
	190.486,40	**190.486,40**

3.3.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen

EUR 230.116,40
(EUR 239.297,19)

Im Rahmen des Konjunkturprogramms erhielt der Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark" ein Darlehen in Höhe von 275.463,78 Euro. Aufgrund der Tilgungsrate verringert sich das Darlehen entsprechend.

3.3.3.3 Beteiligungen

EUR 10.445.454,59
(EUR 10.418.164,04)

Zweckverbände:

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Sparkassenzweckverband Dieburg	8.726.307,99	8.726.307,99
Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg	1.691.856,05	1.719.146,60
	10.418.164,04	**10.445.454,59**

Die Beteiligung am Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg wurde durch die jährliche Kapitalaufstockung erhöht.

3.3.3.4 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)

EUR 550.384,72
(EUR 531.662,80)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Darlehen Haus Morija	275.400,00	259.200,00
Versorgungsrücklage, VK Darmstadt	254.422,80	289.344,72
Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH	1.790,00	1.790,00
Vereinigte Volksbank Maingau eG	50,00	50,00
	531.662,80	**550.384,72**

3.3.4 Vorräte

EUR 12.664,90
(EUR 8.716,50)

Im Rahmen des Jahresabschlusses muss grundsätzlich zum Schluss des Haushaltsjahres eine neue Bestandsaufnahme erfolgen. Zum Jahresende stellt sich der Vorratsbestand wie folgt dar:

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
EDV-Zubehör	7.510,50	7.456,90
Holzvorräte	1.206,00	5.208,00
	8.716,50	**12.664,90**

3.3.5 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

EUR 6.412.917,78
(EUR 5.799.507,51)

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit dem Nennwert abzüglich angemessener Wertberichtigung ausgewiesen. Die Forderungen sind durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Höhe der kurz- und langfristigen Forderungen können dem im Anhang beigefügtem Forderungsspiegel entnommen werden.

Die Gesamtlaufzeit der Forderungen aus dem Konjunkturprogramm beträgt 30 Jahre. Die Forderungshöhe wird unter Punkt 3.3.5.1 „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen" separat ausgewiesen.

3.3.5.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

EUR 1.449.625,51
(EUR 1.644.449,46)

Die Forderungen resultieren aus Zuschüssen von öffentlichen Bereichen. Die größte Position ist die Landeszuwendung für die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr Ober-Roden in Höhe von 78.000 Euro.

Im Rahmen des Konjunkturprogramms ergeben sich folgende Forderungen.

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Forderungen gegenüber dem Land:		
Landesdarlehen (Tilgung zu 5/6)	1.343.624,36	1.291.589,55
Bundesdarlehen (Anteil Land)	65.142,90	62.730,20
	1.408.767,26	**1.354.319,75**

3.3.5.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

EUR 1.974.824,82
(EUR 1.146.976,71)

	31.12.14 EUR	31.12.15 Euro
Forderungen aus Steuern und Abgaben		
lt. Personenkonten und offenen Posten	964.491,25	1.075.029,87
Wertberichtigungen	-482.667,36	-342.201,46
	481.823,89	**732.828,41**
Städtischer Anteil am Einkommen- und Umsatzsteueraufkommen sowie Gewerbesteueraufkommen IV. Quartal;	**556.858,32**	**899.794,95**
Erschließungsbeiträge Kläranlage	604.980,85	604.980,85
Wertberichtigungen	-604.980,85	-604.980,85
	0,00	**0,00**
	1.146.976,71	**1.974.824,82**

Die Wertberichtigung im Bereich Forderungen aus Steuern und Abgaben wurde auf Basis der Bewertungsvorschrift aus der Gesamtabschlussrichtlinie vom 22.11.2011 (Ziffer E IV 3. d) vorgenommen. Somit ergibt sich eine Einzelwertberichtigung in Höhe von 337.602,95 Euro. Daneben erfolgt eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % auf den um die einzelwertberichtigten Forderungen bereinigten Forderungsbestand ausgehend von der Offenen-Posten-Liste zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung (4.598,51 Euro).

Die Erschließungsbeiträge der Kläranlage sind in voller Höhe wertberichtigt worden, da mit dem Eingang der Forderungen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

3.3.5.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

EUR 166.995,05
(EUR 137.009,93)

Der Ausweis betrifft im Wesentlichen Forderungen aus der Endabrechnung Konzessionsabgaben Strom 2014.

3.3.5.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen

EUR 1.459.311,07
(EUR 1.289.234,74)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Kommunale Betriebe Rödermark	1.289.234,74	1.459.311,07
	1.289.234,74	**1.459.311,07**

Die Forderungen gegen die Kommunale Betriebe Rödermark resultieren hauptsächlich aus der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1993 (eingelegte Grundstücke, ehemals Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft).

3.3.5.5 Sonstige Vermögensgegenstände

EUR 1.362.161,33
(EUR 1.581.836,67)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Umsatzsteuer 2014	0,00	262,83
Körperschaftssteuer 2014	0,00	533,81
Umsatzsteuer-Voranmeldung IV. Quartal	142.514,38	50.745,27
Forderungen aus Grundstücksverkäufen	1.229.569,99	1.146.000,00
Kreis, Integrationsprojekte	25.520,32	7.125,00
Kreis, Förderung Schulsozialarbeit	1.256,07	347,33
Kostenausgleich Kinderbetreuung	62.909,21	67.182,54
Kreis, Berufswegebegleitung	26.644,91	1.981,43
Kreis, Pauschale Stützpunkt FFW	35.000,00	35.000,00
Kreis, sonstige	0,00	600,00
Kaution, SchillerHaus	6.600,00	6.600,00
Kaution	0,00	600,00
Notunterkünfte	23.109,70	29.862,31
Nachlasspflege	0,00	5.936,79
ZVG Dieburg, Winterschäden	27.290,55	0,00
Forderungen aus Versicherungsleistungen	8.846,93	3.229,60
Forderungen gegen Mitarbeiter	1.584,70	1.583,88
Sonstige Forderungen	12.959,90	5.988,52
Wertberichtigung	-21.969,99	-51.298,97
	1.581.836,67	**1.362.161,33**

3.3.6 Flüssige Mittel

EUR 3.976.277,61
(EUR 3.426.388,96)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Sparkasse Dieburg, Girokonto	1.000,00	1.000,00
Sparkasse Dieburg, Tagegeld	2.009.298,69	3.009.506,39
Sparkasse Dieburg, Girokonto EONIA	982.828,37	663.658,35
Sparkasse Dieburg, Stiftungskapital	136.792,83	138.070,60
Sparkasse Dieburg, Sperrkonto	39.998,00	40.574,87
Vereinigte Volksbank Maingau eG, Girokonto	61.323,74	6.179,82
Vereinigte Volksbank Maingau eG, Stiftungskapital	20.451,68	20.451,68
Postbank, Girokonto	27.019,78	34.378,07
Postbank, Girokonto Bußgelder	128.443,83	39.390,46
Barkasse	6.482,04	8.967,37
Nebenkassen	12.750,00	14.100,00
	3.426.388,96	**3.976.277,61**

3.3.7 Rechnungsabgrenzungsposten

EUR 428.282,20
(EUR 449.137,40)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Anspardarlehen	352.971,29	353.256,74
Besoldung Beamte Januar des Folgejahres	75.316,74	74.556,65
Übrige	20.849,37	468,81
	449.137,40	**428.282,20**

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Zahlungen ausgewiesen, die vor dem 1. Januar 2016 geleistet wurden, aber erst einen Aufwand in zukünftigen Perioden darstellen.

Bei dem Anspardarlehen werden Ansparraten geleistet, die den Anspruch auf ein zinsfreies Darlehen begründen. Die Zahlungen sind als vorweggenommene Zinszahlungen zu betrachten.

3.3.8 Eigenkapital

EUR 58.351.076,02
(EUR 60.690.653,84)

Das Eigenkapital teilt sich grundsätzlich auf in die Nettoposition, die gesetzlichen und freien Rücklagen, Verlustvorträge aus den Vorjahren und das Jahresergebnis.

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Nettoposition	88.905.327,08	82.402.466,05
Rücklagen	153.387,06	153.387,56

Der hier ausgewiesene Betrag entspricht dem Stiftungskapital der Stiftung Rödermark, der als Sonderrücklage auszuweisen ist.

Ergebnis Vorjahre	-25.962.788,67	-21.865.199,27
Jahresverlust	-2.405.271,63	-2.339.578,32

In diesem Jahr findet wieder der § 25 Abs. 3 GemHVO Anwendung. Der Jahresverlust aus 2010 (EUR -6.502.861,03) wird mit der Nettoposition verrechnet. Die Jahresverluste der folgenden Jahre 2011-2015 werden gemäß den Regelungen zum Haushaltsausgleich fünf Jahre auf neue Rechnung vorgetragen.

3.3.9 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

EUR 8.112.999,06
(EUR 8.648.564,71)

Als Sonderposten werden Zuweisungen und Zuschüsse passiviert, welche die Stadt Rödermark zur Förderung von Investitionen von anderen staatlichen, öffentlichen oder privaten Stellen erhalten hat. Bezüglich der Zusammensetzung wird auf den als Anlage beigefügten Spiegel zur Entwicklung der Sonderposten verwiesen.

Alle passivierten Investitionszuweisungen wurden dem jeweils geförderten Anlagegut als Sonderposten zugeordnet. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt über den gleichen Zeitraum (Nutzungsdauer) wie die Abschreibung des bezuschussten Anlagegutes.

Zugänge Zuweisungen vom öffentlichen Bereich **EUR 99.000,00**

Bund:	
Ausbau Kita U3-Betreuung HLS	5.000,00
Land:	
Allgemeine Investitionspauschale	94.000,00

Abgänge Zuweisungen vom öffentlichen Bereich **EUR 2.564,42**

Land:
EDV-Anschaffungen Bücherei 1,00

Der Abgang ergibt sich aufgrund Inventur immaterielles Anlagevermögen.

Kreis:
Ausstattung Flüchtlingsunterkunft 2.563,42

Der Abgang ergibt sich, da Ausweis in der Ergebnisrechnung.

Zugänge Zuweisungen vom privaten Bereich **EUR 16.417,00**

Leitbildprojekt Entenweiher 16.417,00

Zugänge aus Beiträgen **EUR 112.087,00**

Erschließungsbeiträge 112.087,00

3.3.10 Rückstellungen

Nach § 114 m HGO i. V. m. § 39 GemHVO sind Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und Aufwendungen in angemessener Höhe zu bilden.

3.3.10.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

EUR 12.390.762,00
(EUR 12.417.092,00)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Pensionsrückstellungen	9.912.172,00	10.008.307,00

Als Rückstellungen für Pensionen sind zunächst Verpflichtungen der Stadt Rödermark für Versorgungsansprüche der Beamtinnen und Beamten und deren Hinterbliebene ausgewiesen. Die Bewertung der Verpflichtung der Stadt erfolgte durch ein versicherungsmathematisches Gutachten unter Anwendung des Teilwertverfahrens gem. § 6a Abs. 3 Nr. 1 EStG. Als Rechnungszinsfuß wurden 6 % p. a. unter Anwendung der Richtwerttafeln 2005 G von Prof. Heubeck zugrunde gelegt. Der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Abzinsungszinssatz beträgt 3,89 %. Der nicht passivierte Unterschiedsbetrag beträgt 1.770.496,00 Euro.

Für die Passivierungspflicht trotz der Mitgliedschaft in einer Versorgungskasse ist ausschlaggebend, dass die Stadt Rödermark gegenüber den Beamtinnen und Beamten zur Pensionszahlung rechtlich verpflichtet bleibt.

Rückstellung für Altersteilzeitregelungen	154.964,00	51.711,00

Auch hier wurde ein finanzmathematisches Gutachten erstellt. Die versicherungsmathematische Berechnung der Verpflichtungen berücksichtigt sowohl den finanzmathematischen Wert der laufenden Verpflichtungen unter Berücksichtigung der Richttafeln von Prof. Heubeck 2005 G mit einem Zinssatz von 5,5 % als auch den Barwert der zukünftigen Verpflichtungen aus der Altersteilzeit.

Rückstellung für Beihilfeverpflichtung	2.349.956,00	2.330.744,00

Für Beihilfeansprüche von Versorgungsempfängern/innen (Beamtinnen/Beamten) wurden Rückstellungen gebildet. Es wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Als Rechnungszinsfuß wurden 5,5 % p. a. unter Anwendung der Richtwerttafeln 2005 G von Prof. Heubeck zugrunde gelegt.

3.3.10.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschulden

EUR 1.383.585,00
(EUR 1.261.920,00)

In den Jahren, in denen die Steuerkraft im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, ist es zur periodengerechten Darstellung der Kreis- und der Schulumlage erforderlich, Rückstellungen zu bilden, da der Zahlbetrag der Umlagen nach dem Steueraufkommen der Vorjahre berechnet wird. Bei der Berechnung werden das zweite Halbjahr des Vorvorjahres und das erste Halbjahr des Vorjahres zugrunde gelegt.

Die Rückstellung errechnet sich aus der Differenz der entsprechenden Halbjahresbeträge zu den tatsächlich abzuführenden Umlagen aus den Steuereinnahmen des betreffenden Jahres. Die Berechnung für den Jahresabschluss 2015 hat ergeben, dass eine Rückstellung in Höhe von 1.383.585 Euro für die Folgejahre erfolgen muss, so dass der Differenzbetrag von 121.665 Euro zugeführt wurde.

3.3.10.3 Sonstige Rückstellungen

EUR 1.751.652,41
(EUR 1.715.888,53)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Urlaub	544.789,32	525.183,64
Überstunden	64.597,55	74.776,69
Jubiläumsverpflichtungen	33.366,00	35.520,00
Aufbewahrung Buchhaltungsunterlagen	34.300,00	34.300,00
Umlage Regionalverkehr	76.196,21	60.000,00
Prozesskosten	57.604,60	63.788,81
Erstellung und Prüfung Jahresabschluss/Konzernbilanz	34.927,00	24.840,00
BreitbandRödermark GmbH	25.725,85	20.725,85
Unterlassene Instandhaltung	17.200,00	44.711,86
Sanierung Altlasten	250.000,00	250.000,00
Baulandanspruch	554.182,00	554.182,00
Buslinie U	23.000,00	23.000,00
Abriss-/Entsorgungsverpflichtung	0,00	40.000,00
Sonstige	0,00	623,56
	1.715.888,53	**1.751.652,41**

Nähere Angaben können dem Rückstellungsspiegel (siehe Anlage 4 zum Anhang) entnommen werden.

3.3.11 Verbindlichkeiten

EUR 49.897.547,94
(EUR 47.439.527,39)

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Verbindlichkeiten sind durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Höhe der kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten können dem im Anhang beigefügtem Verbindlichkeitenspiegel entnommen werden.

3.3.11.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR 46.107.685,11
(EUR 43.651.155,16)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Darlehen	10.321.239,98	11.432.317,36
Darlehen, Konjunkturprogramm	1.742.634,94	1.675.367,75
Kassenkredite	30.000.000,00	33.000.000,00
	43.651.155,16	**46.107.685,11**

Es bestehen Kassenkredite bei der Sparkasse Dieburg in Höhe von 15.000.000 Euro, bei der Bayern LB in Höhe von 12.000.000 Euro und bei der Deutschen Bank in Höhe von 6.000.000 Euro.

3.3.11.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

EUR 59.880,71
(EUR 59.451,44)

Die Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen aus dem Kostenausgleich für Kinderbetreuungskosten und Vereinszuschüssen.

3.3.11.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

EUR 604.158,07
(EUR 649.273,51)

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen in 2015 eingegangene Rechnungen aus erbrachten Leistungen.

3.3.11.4 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

EUR 4.992,07
(EUR 6.244,27)

Dies betrifft im Wesentlichen die Umsatzsteuerzahllast aus dem 4. Quartal 2015

3.3.11.5 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen

EUR 2.627.724,42
(EUR 2.644.891,88)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Kommunale Betriebe Rödermark	2.644.891,88	2.627.724,42
	2.644.891,88	**2.627.724,42**

Die Position Kommunale Betriebe Rödermark beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der Eröffnungsbilanz des ehemaligen Eigenbetriebes Entsorgung und Dienstleistung (2.144.292,30 Euro) sowie Verbindlichkeiten aus Leistungen des Betriebshofes.

3.3.11.6 Sonstige Verbindlichkeiten

EUR 493.107,56
(EUR 428.511,13)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Kautionen	28.070,00	26.420,00
Jagdpacht	12.960,85	8.369,60
Sperrkonto Nachlassregelung	39.998,00	40.574,87
Sitzungsgelder	27.359,40	24.096,75
Zinsen	71.176,28	66.425,72
Personalleistungen	231.849,00	289.272,09
Symposium Nell-Breuning-Schule	1.141,51	1.141,51
Kreditorische Debitoren	15.955,89	36.707,02
Übrige	0,00	100,00
	428.511,13	**493.107,56**

3.3.12 Rechnungsabgrenzungsposten

EUR 2.819.688,61
(EUR 2.612.228,31)

	31.12.14 EUR	31.12.15 EUR
Nutzungsrechte Friedhöfe	2.327.33,71	2.588.011,45
Einnahmen aus Kartenverkauf	156.039,75	132.953,98
Sonstige Nutzungsgebühren	128.854,85	98.723,18
	2.612.228,31	**2.819.688,61**

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen auszuweisen, die vor dem 01. Januar 2016 geleistet wurden und Erträge für einen späteren Zeitraum darstellen.

Die abgegrenzten Friedhofsgebühren sind Entgelte für Nutzungsrechte, die im Falle einer Bestattung im Voraus zu entrichten sind. Die Dauer der Nutzungsrechte beträgt für Urnengräber 20 Jahre und für Erdgräber 30 Jahre. Die Nutzungsgebühren für die Gräber werden in einer Anlagenbuchhaltung erfasst und über ihre Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst.

3.4 Erläuterungen zu Posten der Ergebnisrechnung

Im Anschluss werden die *wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen* erläutert. Detaillierte Angaben zu wesentlichen Plan/Ist-Abweichungen erfolgen im Rechenschaftsbericht.

- **Ordentliche Erträge**

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ERGEBNIS 2015
10	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-444.843,37	-527.970,40
20	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.345.867,63	-2.532.620,39
30	Kostenerstattungen und Umlagen	-1.047.529,83	-1.143.143,76
40	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	-22.783,47
50	Steuern und ähnliche Abgaben	-30.974.341,59	-32.954.403,70
60	Erträge aus Transferleistungen	-1.134.077,79	-1.174.804,81
70	Zuwendungen f. lfd. Zwecke u. allg. Umlagen	-5.409.750,98	-5.668.879,92
80	Aufgelöste Investitionszuwendungen	-879.576,06	-760.506,23
90	Sonstige ordentliche Erträge	-1.052.609,12	-1.092.634,21
100	**Summe ordentliche Erträge**	**-43.288.596,37**	**-45.877.746,89**

10 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Erträge wurden im Wesentlichen aus Holzverkäufen in Höhe von 191 T€, aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 51 T€ sowie aus Veranstaltungen und Kartenverkäufe von insgesamt in Höhe von 286 T€ erzielt.

20 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte beinhalten im Wesentlichen Kinderbetreuungsgebühren in Höhe von 1.513 T€, Verwaltungsgebühren und Bußgelder in Höhe von 423 T€ und Benutzungsgebühren in Höhe von 585 T€.

30 Kostenerstattungen und Umlagen

Die Kostenerstattungen ergeben sich aus Landes- und Kreiszuweisungen in Höhe von 487 T€, Erstattungen des Eigenbetriebes für Personal- und Sachaufwendungen in Höhe von 532 T€ und sonstigen Kostenerstattungen in Höhe von 124 T€.

50 Steuern und ähnliche Abgaben

Die wesentlichen Steuereinnahmen sind der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 16.079 T€, Grundsteuer B in Höhe von 5.380 T€ und Gewerbesteuer in Höhe von 10.247 T€.

60 Erträge aus Transferleistungen

Diese Position beinhaltet den Familienleistungsausgleich in Höhe von 1.175 T€.

70 Zuwendungen f. lfd. Zwecke u. allg. Umlagen

Diese Position beinhaltet Zuweisungen des Landes. Wesentliche Positionen sind die Schlüsselzuweisung in Höhe von 4.413 T€, die Zuweisungen für Kinderbetreuung in Höhe von 901 T€ sowie Zinsdiensthilfen des Landes im Rahmen der Schutzschirmvereinbarung in Höhe von 213 T€.

80 Aufgelöste Investitionszuwendungen

In diesem Bereich sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten verbucht. Erschließungsbeiträge 311 T€, Landeszuwendungen 350 T€ und sonstige Zuwendungen 100 T€.

90 Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus den Konzessionsabgaben in Höhe von 889 T€ sowie aus allgemeinen Kostenerstattungen wie z. B. Erstattungen der Vereine und Schulen für Hausmeisteraufwendungen von 122 T€.

- **Ordentliche Aufwendungen**

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ERGEBNIS 2015
110	Personalaufwendungen	12.869.606,93	13.279.536,74
120	Versorgungsaufwendungen	443.216,89	599.290,49
130	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	9.560.130,20	10.082.211,03
140	Abschreibungen	2.167.356,01	2.130.399,88
150	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	2.549.670,72	3.045.528,26
160	Steueraufwendungen, gesetzl. Umlage	19.047.675,94	19.569.858,09
180	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.889,38	10.544,24
190	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**46.648.546,07**	**48.717.368,73**

110 Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen betreffen im Wesentlichen die Gehälter, Aushilfslöhne und die Beamtenbesoldung in Höhe von 12.360 T€, die Zusatzversorgung in Höhe von 772 T€, die Beihilfen in Höhe von 43 T€ sowie sonstige Personalaufwendungen in Höhe von 103 T€.

120 Versorgungsaufwendungen

Die Versorgungsaufwendungen beinhalten Rückstellungen für Pensionen von 96 T€, Beihilfen für Versorgungsempfänger von 66 T€ sowie Beiträge an die Versorgungskassen in

Höhe von 560 T€. Im Bereich der Altersteilzeitrückstellungen konnte eine Aufwandsreduzierung (Inanspruchnahme) in Höhe von 123 T€ erzielt werden.

130 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen betreffen insbesondere:

Beschreibung	ERGEBNIS 2014	ERGEBNIS 2015
Wasser, Abwasser, Energie	609.101,63	650.818,60
Berufsbekleidung, Reinigungsmaterial	26.664,82	27.815,11
Geräte, Ausstattung und EDV	79.015,12	87.773,79
Aufwendungen für Lebensmittel und Spielmaterial	261.759,51	283.490,30
Materialaufwand	22.375,97	35.897,94
DV-Benutzerentgelte	74.381,22	70.453,33
Aufwendungen für ehrenamtl. Tätigkeiten	70.148,26	90.293,46
Aufwendungen für Veranstaltungen	347.642,81	401.401,22
Aufwendungen für bezogene Leistungen	211.933,17	160.166,74
Miete und Nebenkosten Gebäude	4.270.291,45	4.398.415,00
Instandhaltung und Wartung	776.681,89	871.234,11
Kostenerstattungen an verb. Unternehmen	1.616.470,80	1.770.868,45
Leasing	17.535,45	14.029,83
Gebühren	88.838,09	79.905,42
Rechts- und Beratungskosten	161.060,23	137.584,78
Aufwandsentschädigungen Mandatsträger	101.249,65	96.042,15
Erstattungen an Bund, Land und Kreis	117.699,42	122.253,69
Büromaterial, Zeitschriften und Porto	103.562,21	106.649,40
Reisekosten	27.366,16	25.094,72
Aufwendungen für amtliche Bekanntmachungen, Öffentlichkeitsarbeit und Marketing	88.989,48	102.461,42
Versicherungen und Mitgliedsbeiträge	301.004,29	300.863,89
Sonstiges	186.358,57	248.697,68
Gesamt	**9.560.130,20**	**10.082.211,03**

140 Abschreibungen

Die Höhe der Abschreibungen kann aus dem als Anlage 1 beigefügten Anlagespiegel entnommen werden.

Des Weiteren beinhaltet die Position folgende Aufwandskonten:

Abschreibungen auf Forderungen wegen Uneinbringlichkeit	34 T€
Einzelwertberichtigungen	210 T€

150 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse

Die Aufwendungen betreffen im Wesentlichen die geleistete Zuschüsse und Zuwendungen im Bereich soziale und kirchliche Institutionen von 2.139 T€, private Vereine und Verbände von 301 T€, ortsfremde Kinderbetreuung von 13 T€ sowie einen Betriebskostenzuschuss Schwimmbad von 350 T€.

160 Steueraufwendungen einschl. gesetzliche Umlagen

Die Kostenerstattungen betreffen im Wesentlichen die Kreisumlage von 10.696 T€, die Schulumlage von 6.453 T€, die Kompensationsumlage von 528 T€ sowie die Gewerbesteuerumlage von 1.763 T€.

180 Sonstige ordentliche Aufwendungen

In diesem Bereich sind Aufwendungen für betriebliche Steuern in Höhe von 11 T€ verbucht.

- **Finanzergebnis**

Pos.	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ERGEBNIS 2015
210	Finanzerträge	-483.860,34	-556.668,56
220	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	948.427,11	868.707,76

210 Finanzerträge

Die Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus einem Gewinnanteil an der Sparkasse in Höhe von 194 T€, Bürgschaftsprovisionen in Höhe von 20 T€ und Zinseinnahmen in Höhe von 314 T€.

220 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Zinsen für laufende Kredite in Höhe von 794 T€.

250 u. 260 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Die wesentlichen Positionen sind:

Konto	Bezeichnung	ERGEBNIS 2014	ERGEBNIS 2015
591201	Erträge aus den Abgängen im Anlagevermögen	-114.791,74	-51.964,21
591001	Erträge aus Veräußerung von Grundstücken	-1.216.494,54	-823.531,76
591003	Erträge aus Ausgleichsleistungen	-167.120,02	-4.008,53
598900	periodenfremde Erträge	-46.217,97	-82.057,72
599095	Erträge aus der Auflösung Wertberichtigung	-43.212,24	-33.551,22
794102	Verluste aus Veräußerung von Grundstücken	74.755,41	0,00
797001	periodenfremde Aufwendungen	106.275,58	191.571,45

Die periodenfremden Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

Rückzahlung Zuschuss U 3 2014/Rappelkiste	24.370,09 €
Rückzahlung Betriebskostenzuschuss 2014/Kath. Kirche O-Ro.	23.244,77 €
Rückzahlung Betriebskostenzuschuss 2014/Kath. Kirche Urb.	23.316,75 €

Die periodenfremden Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

Kostenausgleich für betreute Kinder 2014	75.515,27 €
Betriebskostenzuschuss U 3 2012-14/Johanniter	52.762,75 €
Betriebskostenzuschuss U 3 2014/AWO	10.631,22 €
Betriebskostenzuschuss Schülerkiste 2014	32.000,00 €

280 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis ist negativ und beträgt 2.339.578,32 €.

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Rechtliche Grundlagen

Die Stadt Rödermark ist eine kreisangehörige Gebietskörperschaft im Kreis Offenbach, bestehend aus den Stadtteilen Ober-Roden, Urberach, Waldacker, Messenhausen und Bulau.

Die Stadt Rödermark hat 28.561 Einwohner (inkl. Zweitwohnsitze) und die Fläche beträgt rd. 3.000 Hektar.

Gemäß § 6 Abs. 1 i. V. m. § 92 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark am 22. März 2005 die Hauptsatzung der Stadt beschlossen. Diese Hauptsatzung trat mit der Feststellung der Umstellung des Haushaltswesens am 1. April 2005 in Kraft und die bisherige Hauptsatzung trat außer Kraft.

3.5.2 Organe

Die Stadt Rödermark hat folgende Organe:

- Stadtverordnetenversammlung
- Magistrat

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der Stadt und hat 39 Mitglieder.

Diese verteilen sich wie folgt:

CDU-Fraktion	16 Sitze	16 Sitze zum 31.12.2015
Andere Liste/Die Grünen	13 Sitze	13 Sitze zum 31.12.2015
SPD-Fraktion	6 Sitze	6 Sitze zum 31.12.2015
FDP	2 Sitze	2 Sitze zum 31.12.2015
FWR	2 Sitze	2 Sitze zum 31.12.2015

Der Stadtverordnetenversammlung gehörten zum 31. Dezember 2015 die folgenden Personen an:

CDU		
1	Beetz, Sebastian	
2	Billing, Stefan	
3	Drescher, Bernd	
4	Erkelenz, Adrienne	
5	Gensert, Michael (Frakt.-Vorsitz.)	
6	Görlich, Alexander Dr.	
7	Hartung, Ralph	
8	Keck, Franz	
9	Knapp, Horst-Peter	
10	Rebel, Dieter	
11	Reusch, Mona	
12	Schneider, Herbert	
13	Spieß, Michael	
14	Steiger, Maximilian	
15	Sulzmann, Hans	
16	Weiland, Jochen	

Andere Liste / Die Grünen		
1	Baumer, Michael	
2	Beldermann, Brigitte	
3	Butz, Reimund	
4	Daum, Hans-Jürgen	
5	Daum, Nina	
6	Demirdöven, Perihan (Frakt.-Vorsitz.)	
7	Gerl, Stefan (Frakt.-Vorsitz.)	
8	Graf, Thomas	
9	Lotz, Christiane	

10	Mersmann, Friedhelm	
11	Röhrig, Hannelore	
12	Schäfer, Karl	
13	Schickel, Gerhard	

SPD		
1	Burkhard, Liane	
2	Karademir, Hidir	
3	Lauer, Armin (Frakt.-Vorsitz.)	
4	Schultheis, Norbert	
5	Weber, Gerhard	Nachrücker für Junge ab 23.06.2015
6	Zeller, Jochen	

FDP		
1	Kruger, Tobias (Frakt.-Vorsitz.)	
2	Dr. Werner, Rüdiger	

Freie Wähler Rödermark		
1	Gries, Gerd	Nachrücker für Rädlein ab 23.03.2015
2	Schröder, Peter (Frakt.-Vorsitz.)	

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt und überwacht die gesamte Verwaltung und die Geschäftsführung des Magistrates.

Die Stadtverordnetenversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse folgende Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur
- Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie
- Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Der Magistrat besorgt die laufende Verwaltung. Der Haushaltsplan ermächtigt ihn Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Bürgermeister und dem Ersten Stadtrat sowie sechs ehrenamtlichen Stadträten. Er setzt sich zum 31. Dezember 2015 aus den folgenden Mitgliedern zusammen:

1	Kern, Roland	Bürgermeister
2	Rotter, Jörg	Erster Stadtrat
3	Baumer, Sylvia	
4	Gierszewski, Anna-Monika	
5	Hente, Hans-Peter	
6	Popp, Werner	
7	Sulzmann, Sven	
8	von der Lühe, Karin	

3.5.3 Bezüge der Organe und Anzahl Mitarbeiter

Die Mitglieder der städtischen Gremien erhalten als Entschädigung für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten Leistungen nach der Entschädigungssatzung der Stadt.

Die gewährten Entschädigungen setzen sich zusammen aus Monatspauschalen, Sitzungspauschalen und Funktionspauschalen. Insgesamt wurden folgende Fraktionsmittel ausgezahlt:

	EUR
Sitzungsgelder	96.042,15
Zuschüsse an die Fraktionen	9.382,06
	105.424,21

Der durchschnittliche Bestand an Mitarbeitern der Verwaltung beläuft sich in 2015 auf:

Beamte	17
Angestellte/Arbeiter	291
Auszubildende/Praktikanten	10
Gesamt	**318**

3.5.4 Steuerliche Verhältnisse

Die Stadt Rödermark ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts und daher grundsätzlich als solche nicht steuerpflichtig.

Dieser Grundsatz wird durchbrochen, wo juristische Personen des öffentlichen Rechts Betriebe gewerblicher Art unterhalten. Mit diesen Betrieben gewerblicher Art ist die Kommune nach § 4 KStG (Körperschaftssteuergesetz) unbeschränkt steuerpflichtig.

Zum Zeitpunkt 31. Dezember 2015 unterhält die Stadt folgende Betriebe gewerblicher Art:

- Mehrzweckhallen
- Parkeinrichtungen für Fahrzeuge

Nach § 1 i. V. m. § 2 Abs. 3 UStG (Umsatzsteuergesetz) sind juristische Personen des öffentlichen Rechts mit ihren Betrieben gewerblicher Art auch umsatzsteuerpflichtig. Gemäß § 18 Abs. 2 UStG ist die Stadt Rödermark zur Abgabe von vierteljährlichen Umsatzsteuervoranmeldungen verpflichtet.

3.5.5 Haftungsverhältnisse

Altersversorgung

Die Zusatzversorgungskassen gewähren Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst aufgrund der Mitgliedschaft des Arbeitgebers in der Zusatzversorgungskasse eine Pensionszusage. Diese stellen mittelbare Versorgungsverpflichtungen des Arbeitgebers (Stadt Rödermark) dar. Ein bilanzieller Ansatz ist aber nicht zulässig. Von daher erfolgt lediglich ein Hinweis dieser möglichen Verpflichtung im Anhang.

Sparkassenzweckverband Dieburg

Rödermark ist Teil des Sparkassenzweckverbandes Dieburg. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie 15 kreisangehörige Städte und Gemeinden, überwiegend aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie den Städten Rodgau und Rödermark aus dem Landkreis Offenbach, bilden den Verband, der Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen Thüringen ist. Der Verband ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 Abs. 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Dieburg).

Der Verband ist Gewährträger der Sparkasse Dieburg. Er haftet für die Verbindlichkeiten der Sparkasse unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Zweckverband nur in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden. Für die Verbindlichkeiten des Zweckverbandes haften untereinander der Landkreis Darmstadt mit 51 %, im Übrigen die weiteren Mitglieder untereinander im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen.

Berufsakademie Rhein-Main GmbH

Für die unbefristete staatliche Anerkennung der Berufsakademie wurde zur Auflage gemacht, dass der Bestand der Akademie für die Dauer der Ausbildung der jeweiligen Studierenden finanziell abgesichert sein muss. Die Stadt Rödermark gewährt der Berufsakademie Rhein-Main GmbH zur Erlangung der Anerkennung eine „Patronatserklärung mit Rangrücktritt". Der Sicherungsbetrag ist auf 1.487.500 € begrenzt.

Die Stadt Rödermark übernimmt zur Sicherstellung der Investitionsmaßnahme „Aufbau des Schulungsgebäudes" eine Ausfallbürgschaft der Berufsakademie in Höhe von 2.000.000 € befristet bis zum 31.01.2041.

MTV Urberach

Die Stadt Rödermark übernimmt zur Sicherstellung der Investitionsmaßnahme „Kauf einer Photovoltaikanlage" eine Ausfallbürgschaft des MTV Urberach in Höhe von 300.000 € befristet bis zum 30.06.2032.

3.5.6 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es erfolgten Übertragungen von Haushaltsermächtigungen nach 2016 in folgenden Bereichen:

I. Finanzhaushalt

Ausgaben

Software/Lizenzrechte	97.926,48 EUR
Investitionszuschüsse	827.654,45 EUR
Infrastrukturvermögen	983.972,05 EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	686.304,35 EUR
	2.595.857,33 EUR

Einnahmen

Investitionszuweisungen	135.358,00 EUR
Veräußerung von Grundstücken	397.963,01 EUR
Kreditaufnahmen	250.000,00 EUR
	783.321,01 EUR

II. Ergebnishaushalt

Außerordentlicher Aufwand	11.691,29 EUR

Der Haushaltsplan 2015 enthält eine Kreditermächtigung in Höhe von

Haushaltsansatz 2015	327.886,00 EUR
Haushaltsreste	150.000,00 EUR
GESAMT	**477.886,00 EUR**

Es bestehen zum 31. Dezember 2015 Leasingverträge für vier Dienstfahrzeuge, aus denen sich Leasingkosten von rd. 10.000 EUR pro Jahr ergeben.

3.6 Anlagen zum Anhang

3.6.1 Anlagenspiegel

3.6.2 Forderungsspiegel

3.6.3 Verbindlichkeitenspiegel

3.6.4 Eigenkapitalspiegel

3.6.5 Rückstellungsspiegel

3.6.6 Sonderpostenspiegel

3.6.7 Beteiligungsübersicht

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31.12.2015

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Nettowerte	
	Stand 01.01.2015	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	Stand 31.12.2015	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Software/Lizenzrechte	371.356,04	294,65	0,00	130.032,63	241.618,06	326.781,98	23.619,99	130.015,63	220.386,34	21.231,72	44.574,06
geleistete Investitionszuschüsse	3.657.361,05	156.649,42	0,00	4.301,22	3.809.709,25	1.165.871,34	169.398,74	0,00	1.335.270,08	2.474.439,17	2.491.489,71
	4.028.717,09	**156.944,07**	**0,00**	**134.333,85**	**4.051.327,31**	**1.492.653,32**	**193.018,73**	**130.015,63**	**1.555.656,42**	**2.495.670,89**	**2.536.063,77**
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken											
unbebaute Grundstücke	22.729.148,88	179,50	-508,00	222.331,03	22.506.489,35	0,00	0,00	0,00	0,00	22.506.489,35	22.729.148,88
bebaute Grundstücke	123.654,49	0,00	0,00	0,00	123.654,49	0,00	0,00	0,00	0,00	123.654,49	123.654,49
	22.852.803,37	**179,50**	**-508,00**	**222.331,03**	**22.630.143,84**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**22.630.143,84**	**22.852.803,37**
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen											
Kindergarten, Jugendeinrichtungen	794.613,50	17.100,17	25.786,60	4,00	837.496,27	263.827,11	85.531,03	0,00	349.358,14	488.138,13	530.786,39
Bürgerhäuser, Büchereien	5.753,40	0,00	0,00	0,00	5.753,40	4.920,62	287,67	0,00	5.208,29	545,11	832,78
sonstige Gebäude	85.078,00	0,00	0,00	0,00	85.078,00	10.209,36	1.701,56	0,00	11.910,92	73.167,08	74.868,64
Gemeindestrassen	25.457.378,41	3.361,56	32.343,28	0,00	25.493.083,25	14.705.391,36	830.488,39	0,00	15.535.879,75	9.957.203,50	10.751.987,05
Wege, Plätze	2.370.261,45	7.461,58	101.684,26	0,00	2.479.407,29	353.626,59	88.350,63	0,00	441.977,22	2.037.430,07	2.016.634,86
sonstige Infrastruktur	11.164.054,58	3.794,82	6.910,35	7.335,23	11.167.424,52	9.804.829,83	260.415,94	7.316,23	10.057.929,54	1.109.494,98	1.359.224,75
Kulturgüter	79.217,64	0,00	0,00	0,00	79.217,64	38.831,89	3.911,23	0,00	42.743,12	36.474,52	40.385,75
öffentliche Grünflächen	43.704,45	0,00	116.330,70	0,00	160.035,15	16.095,22	3.235,97	0,00	19.331,19	140.703,96	27.609,23
Friedhöfe	1.168.376,60	0,00	27.247,90	16.386,97	1.179.237,53	573.416,84	25.667,86	16.385,43	582.699,27	596.538,26	594.959,76
Hochwasserschutzbauten	319.180,09	0,00	0,00	0,00	319.180,09	33.691,23	10.639,34	0,00	44.330,57	274.849,52	285.488,86
Wald	10.365.760,50	0,00	508,00	0,00	10.366.268,50	0,00	0,00	0,00	0,00	10.366.268,50	10.365.760,50
	51.853.378,62	**31.718,13**	**310.811,09**	**23.726,20**	**52.172.181,64**	**25.804.840,05**	**1.310.229,62**	**23.701,66**	**27.091.368,01**	**25.080.813,63**	**26.048.538,57**
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung											
Medienbestand der Büchereien	91.156,00	0,00	0,00	0,00	91.156,00	45.156,00	10.000,00	0,00	55.156,00	36.000,00	46.000,00
sonst. Anlagen, Maschinen, Geräte	36.473,50	0,00	0,00	0,00	36.473,50	12.803,78	4.559,19	0,00	17.362,97	19.110,53	23.669,72
Werkstatteinrichtungen	246.443,03	0,00	0,00	0,00	246.443,03	239.943,98	4.272,61	0,00	244.216,59	2.226,44	6.499,05
Werkzeuge, Prüf- und Messmittel	62.476,23	20.685,94	0,00	0,00	83.162,17	60.419,35	252,78	0,00	60.672,13	22.490,04	2.056,88
Lager, Transporteinrichtungen	25.100,07	0,00	0,00	0,00	25.100,07	25.032,32	57,24	0,00	25.089,56	10,51	67,75
Fuhrpark	2.694.542,39	0,00	0,00	0,00	2.694.542,39	1.779.164,33	95.914,15	0,00	1.875.078,48	819.463,91	915.378,06
sonstige betriebliche Ausstattungen	2.054.778,34	92.383,14	13.708,33	7.026,32	2.153.843,49	1.618.740,03	77.456,49	4.372,17	1.691.824,35	462.019,14	436.038,31
Büromaschinen, EDV	814.419,11	50.179,00	163.545,27	7.403,67	1.020.739,71	563.877,22	105.274,31	7.390,67	661.760,86	358.978,85	250.541,89
Büromöbel, Ausstattungen	1.097.340,41	7.090,87	0,00	912,74	1.103.518,54	1.050.253,45	7.768,29	911,74	1.057.110,00	46.408,54	47.086,96
Geringwertige Anlagegüter	681.937,29	36.288,28	0,00	2.981,75	715.243,82	605.408,45	76.127,12	2.819,46	678.716,11	36.527,71	76.528,84
	7.804.666,37	**206.627,23**	**177.253,60**	**18.324,48**	**8.170.222,72**	**6.000.798,91**	**381.682,18**	**15.494,04**	**6.366.987,05**	**1.803.235,67**	**1.803.867,46**
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	552.153,70	457.178,29	-487.556,69	0,00	521.775,30	0,00	0,00	0,00	0,00	521.775,30	552.153,70
	83.063.002,06	**695.703,15**	**0,00**	**264.381,71**	**83.494.323,50**	**31.805.638,96**	**1.691.911,80**	**39.195,70**	**33.458.355,06**	**50.035.968,44**	**51.257.363,10**
Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen											
Kommunale Betriebe Rödermark	59.929.087,11	0,00	0,00	0,00	59.929.087,11	0,00	0,00	0,00	0,00	59.929.087,11	59.929.087,11
Berufsakademie Rhein-Main GmbH	165.486,40	0,00	0,00	0,00	165.486,40	0,00	0,00	0,00	0,00	165.486,40	165.486,40
BreitbandRödermark GmbH	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	25.000,00
	60.119.573,51	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**60.119.573,51**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**60.119.573,51**	**60.119.573,51**
Ausleihungen an verbundene Unternehmen											
Konj. Programm Kommunale Betriebe	239.297,19	0,00	0,00	9.180,79	230.116,40	0,00	0,00	0,00	0,00	230.116,40	239.297,19
	239.297,19	**0,00**	**0,00**	**9.180,79**	**230.116,40**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**230.116,40**	**239.297,19**
Beteiligungen											
Sparkassenzweckverband Dieburg	8.726.307,99	0,00	0,00	0,00	8.726.307,99	0,00	0,00	0,00	0,00	8.726.307,99	8.726.307,99
Zweckverband Gr.wasserwerk Dieburg	1.691.856,05	27.290,55	0,00	0,00	1.719.146,60	0,00	0,00	0,00	0,00	1.719.146,60	1.691.856,05
	10.418.164,04	**27.290,55**	**0,00**	**0,00**	**10.445.454,59**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**10.445.454,59**	**10.418.164,04**
Sonstige Ausleihungen											
Versorgungsrücklage	254.422,80	34.921,92	0,00	0,00	289.344,72	0,00	0,00	0,00	0,00	289.344,72	254.422,80
Haus Morija	275.400,00	0,00	0,00	16.200,00	259.200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	259.200,00	275.400,00
Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH	1.790,00	0,00	0,00	0,00	1.790,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.790,00	1.790,00
Vereinigte Volksbank eG	50,00	0,00	0,00	0,00	50,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50,00	50,00
	531.662,80	**34.921,92**	**0,00**	**16.200,00**	**550.384,72**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**550.384,72**	**531.662,80**
	71.308.697,54	**62.212,47**	**0,00**	**25.380,79**	**71.345.529,22**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**71.345.529,22**	**71.308.697,54**
	158.400.416,69	**914.859,69**	**0,00**	**424.096,35**	**158.891.180,03**	**33.298.292,28**	**1.884.930,53**	**169.211,33**	**35.014.011,48**	**123.877.168,55**	**125.102.124,41**

3.6.2 Forderungsspiegel

Bezeichnung	bis 1 Jahr EUR	2 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Investitionszuweisungen,-zuschüssen und Investitionsbeiträgen	140.523,51	230.095,80	1.079.006,20	1.449.625,51	1.644.449,46
Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1.974.824,82			1.974.824,82	1.146.976,71
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	166.995,05			166.995,05	137.009,93
Forderungen gegen Sondervermögen und Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	183.796,70		1.275.514,37	1.459.311,07	1.289.234,74
Sonstige Forderungen	516.161,33	720.000,00	126.000,00	1.362.161,33	1.581.836,67
	2.982.301,41	**950.095,80**	**2.480.520,57**	**6.412.917,78**	**5.799.507,51**

3.6.3 Verbindlichkeitenspiegel

Bezeichnung	bis 1 Jahr EUR	2 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	33.556.511,73	2.231.283,71	10.319.889,67	46.107.685,11	43.651.155,16
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	59.880,71			59.880,71	59.451,44
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	604.158,07			604.158,07	649.273,51
Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.992,07			4.992,07	6.244,27
Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen und Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	483.432,12		2.144.292,30	2.627.724,42	2.644.891,88
Sonstige Verbindlichkeiten	493.107,56			493.107,56	428.511,13
	35.202.802,26	**2.221.283,71**	**12.464.181,97**	**49.897.547,94**	**47.439.527,39**

3.6.4 Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital-Position	31.12.2014 EUR	31.12.2015 EUR
Nettoposition	-88.905.327,08	-88.905.327,08
Verrechnung gemäß § 25 Abs.3 GemHVO-Doppik (Jahresergebnis 2010)		6.502.861,03
	-88.905.327,08	**-82.402.466,05**
Rücklagen		
Zweckgebundene Rücklagen	0	0
Freie Rücklagen	0	0
Sonderrücklagen		
Stiftungskapital	-153.387,06	-153.387,56
Verluste Vorjahr		
2010		
Ordentliches Ergebnis	7.649.446,86	
Außerordentliches Ergebnis	-1.146.585,83	
Jahresergebnis	**6.502.861,03**	
2011		
Ordentliches Ergebnis	8.261.156,03	8.261.156,03
Außerordentliches Ergebnis	-707.992,71	-707.992,71
Jahresergebnis	**7.553.163,32**	**7.553.163,32**
2012		
Ordentliches Ergebnis	8.947.925,03	8.947.925,03
Außerordentliches Ergebnis	-1.004.711,99	-1.004.711,99
Jahresergebnis	**7.943.213,04**	**7.943.213,04**
2013		
Ordentliches Ergebnis	6.037.730,59	6.037.730,59
Außerordentliches Ergebnis	-2.074.179,31	-2.074.179,31
Jahresergebnis	**3.963.551,28**	**3.963.551,28**
2014		
Ordentliches Ergebnis		3.824.516,47
Außerordentliches Ergebnis		-1.419.244,84
Jahresergebnis		**2.405.271,63**
Ordentliches Ergebnis	3.824.516,47	3.151.661,04
Außerordentliches Ergebnis	-1.419.244,84	-812.082,72
Jahresergebnis	**2.405.271,63**	**2.339.578,32**
Eigenkapital	**-60.690.653,84**	**-58.351.076,02**

3.6.5 Rückstellungsspiegel

	Stand 01.01.2015	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2015
Pensionsrückstellung					
Beamte	9.912.172,00	0,00	0,00	96.135,00	10.008.307,00
Altersteilzeit	154.964,00	103.253,00	0,00	0,00	51.711,00
Beihilfen	2.349.956,00	19.212,00	0,00	0,00	2.330.744,00
	12.417.092,00	122.465,00	0,00	96.135,00	12.390.762,00
Steuerrückstellungen					
Kreis- und Schulumlage	1.261.920,00	0,00	0,00	121.665,00	1.383.585,00
	1.261.920,00	0,00	0,00	121.665,00	1.383.585,00
sonstige Rückstellungen					
Überstunden Beamte	10.564,35	10.564,35	0,00	11.587,44	11.587,44
Überstunden Angestellte	54.033,20	54.033,20	0,00	63.189,25	63.189,25
	64.597,55	64.597,55	0,00	74.776,69	74.776,69
Urlaub Beamte	116.332,70	116.332,70	0,00	139.375,00	139.375,00
Urlaub Angestellte	428.456,62	428.456,62	0,00	385.808,64	385.808,64
	544.789,32	544.789,32	0,00	385.808,64	525.183,64
Dienstjubiläum	33.366,00	789,00	319,00	3.262,00	35.520,00
Prozesskosten	57.604,60	13.815,79	5.000,00	25.000,00	63.788,81
Jahresabschluss und Prüfungskosten	34.927,00	34.566,79	360,21	24.840,00	24.840,00
Beratung Breitband Rödermark GmbH	25.725,85	5.000,00	0,00	0,00	20.725,85
Baulandanspruch	554.182,00	0,00	0,00	0,00	554.182,00
unterlassene Instandhaltung	17.200,00	16.858,02	341,98	44.711,86	44.711,86
Sanierung Altlasten	250.000,00	0,00	0,00	0,00	250.000,00
Sonstige	133.496,21	25.058,55	44.137,66	93.623,56	157.923,56
	1.715.888,53	705.475,02	50.158,85	791.397,75	1.751.652,41
	15.394.900,53	827.940,02	50.158,85	1.009.197,75	15.525.999,41

3.6.6 Sonderpostenspiegel

	Anfangs-stand	Zugänge	Planmäßige Auflösung	Abgang	Endstand
	01.01.2015	2015	2015	2015	31.12.2015
1. Sonderposten aus Investitionszuweisungen					
Sopo Bund	455.565,09	5.000,00	21.388,90	0,00	439.176,19
Sopo Land	4.691.084,94	94.000,00	412.673,80	1,00	4.372.410,14
Sopo Kreis	56.169,65	0,00	4.067,46	2.563,42	49.538,77
Sopo Sonstige	142.640,93	16.417,00	11.539,94	0,00	147.517,99
	5.345.460,61	115.417,00	449.670,10	2.564,42	5.008.643,09
2. Sonderposten aus Beiträgen					
Sopo Beiträge	3.303.104,10	112.087,00	310.835,13	0,00	3.104.355,97
	3.303.104,10	112.087,00	310.835,13	0,00	3.104.355,97
Summe Sonderposten	**8.648.564,71**	**227.504,00**	**760.505,23**	**2.564,42**	**8.112.999,06**

3.6.7 Beteiligungsübersicht

Name des Unternehmens	Stammkapital/ Einlagen zum 31.12.15 EUR	Eigenkapital zum 31.12.15 EUR	Jahresergebnis 2015 EUR	Anteil Stadt %
1. Eigenbetriebe				
Eigenbetrieb Kommunale Betriebe Rödermark	12.298.990	60.644.406	898.221	100,00
2. Kapital- und Personengesellschaften				
Berufsakademie Rhein-Main GmbH	35.000	2.170.243	57.782	85,29
BreitbandRödermark GmbH	25.000	2.461	-4.3.71	100,00
3. Zweckverbände[1]				
Gruppenwasserwerk Dieburg	20.246.969	23.408.667	1.231.152	16,00
Sparkassenzweckverband Dieburg		185.901.101	7.000.000	15,77

[1] In der Beteiligungsübersicht werden bei den Zweckverbänden die Zahlen aus dem Vorjahr, Stand 31.12.2014 abgebildet, da aufgrund der unterschiedlichen Aufstellungstermine eine Gesamtdarstellung der Zahlen zum 31.12.2015 nicht möglich ist.

Rödermark, den 01.06.2016

Stadt Rödermark
Magistrat

Roland Kern
Bürgermeister

Jörg Rotter
Erster Stadtrat

4 Rechenschaftsbericht

4.1 Vorbemerkung

Gemäß § 51 GemHVO sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild entsteht. Dabei sind die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll weiterhin Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien abbilden. Auch sollen Vorgänge mit besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, aufgezeigt werden. Weiter soll der Rechenschaftsbericht auch die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken und wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen darstellen.

4.2 Lage der Kommunen allgemein

Die Steuerschätzung aus dem November 2015 prognostiziert auch für die kommenden Jahre eine Steigerung bei den Steuereinnahmen für die Kommunen. Allerdings werden die Kommunen im Jahr 2016 mit einer vergleichsweisen geringen Steigerung ihrer Steuereinnahmen auskommen müssen. Dabei bezieht sich „vergleichsweise" sowohl auf den Vergleich der gemeindlichen Steuereinnahmen in Relation zu den Einnahmen von Bund und Ländern, als auch auf den Vergleich der gemeindlichen Einnahmen 2016 im Vergleich zu den gemeindlichen Einnahmen im übrigen Betrachtungszeitraum der Jahre 2013 bis 2016.

Insgesamt ist zu bemerken, dass die Steuerschätzung für alle Ebenen von grundlegender Zuversicht geprägt ist. Entwickeln sich die Steuererträge tatsächlich vom aktuellen Steuerjahr 2015 bis zum Jahr 2020 auf 18,6 Prozentpunkte, so haben die deutschen Kommunen zumindest im Durchschnitt kein signifikantes Einnahmeproblem.

Die Alarmsignale für die Städte und Gemeinden befinden sich in erster Linie auf der Ausgabenseite, die bei der Betrachtung der Einnahmeseite nicht vernachlässigt werden darf.

Angesichts ohnehin schon in den letzten Jahrzehnten unaufhaltsam gestiegener Sozialaufwendungen müssen Bund und Länder die dringenden Mahnungen der kommunalen Spitzenverbände beachten, die Kommunen bei der Finanzierung der Flüchtlingsbetreuung und Flüchtlingsintegration nicht im Stich zu lassen.

So erklärt zum Beispiel der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Dr. Stephan Articus: „Flüchtlings- und Integrationspolitik darf sich nicht an der kurzfristigen Kassenlage orientieren. Wir gehen davon aus, dass es darüber einen breiten politischen Konsens gibt. Größtes Augenmerk müssen wir nach der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge auf die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive in unsere

Gesellschaft legen. Bund und Länder müssen erheblich dazu beitragen dass ausreichende Ressourcen für die Integration gesichert werden." [2]

Ergänzend zu der Unsicherheit bei den Steuereinnahmen, den steigenden Sozialausgaben und den Kosten für die Flüchtlingsarbeit, kommt in Hessen die unklare Situation bei der Erhebung von Kreis- und Schulumlage durch die Landkreise hinzu.

Vor der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs in Hessen (KFA) galt das ungeschriebene Gesetz, dass der Hebesatz für die Kreis- und Schulumlage in der Summe die Grenze von 58 Punkten nicht übersteigen darf. Bei der Einführung der Neuregelungen zum KFA galt für den Landkreis Offenbach ein „Gesamthebesatz" für Kreis- und Schulumlage von rund 53 Prozent.

Nach der Neuordnung des KFA sind die Landkreise dazu verpflichtet, die Schulumlage kostendeckend zu erheben. Sollte nun seitens des hessischen Gesetzgebers keine Regelung zur „Deckelung" des Hebesatzes bei etwa 53 Prozent für den Landkreis getroffen werden, so wären eventuelle Steuermehreinnahmen zu großen Teilen an den Landkreis abzuführen und die Kommunen wären nicht in der Lage, die Ihnen zusätzlich aufgebürdeten Lasten zu tragen.

4.3 Aufgabenentwicklung

Bei der Aufgaben- und Leistungsstruktur der Stadt Rödermark gab es im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Änderungen.

4.4 Entwicklung der Vermögenslage

4.4.1 Entwicklungszahlen der Bilanz

	2014	2015	Veränderung
	T€	T€	T€
Anlagevermögen	125.102	123.877	-1.225
Umlaufvermögen	9.234	10.402	1.168
Eigenkapital	60.691	58.351	-2.340
Jahresverlust	2.405	2.340	-65
Sonderposten	8.648	8.113	535
Rückstellungen	15.395	15.526	-131
Verbindlichkeiten	47.440	49.898	2.458
PRAP	2.612	2.820	208
Bilanzsumme	134.786	134.707	-79

Der Betrag des Anlagevermögens hat sich um 1.225 T€ verringert. Es erfolgten Zugänge in Höhe von 915 T€. Diesen stehen Abgänge in Höhe von 255 T€ sowie Abschreibung als Werteverzehr in Höhe von 1.885 T€ gegenüber.

[2] Quelle: Rundschreiben 709-2015 des Hessischen Städtetags: Ergebnis der 147. Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung vom 3. bis 05. November 2015 in Nürnberg

Das Umlaufvermögen hat sich zum Vorjahr um 1.168 T€ erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Forderungsbestandes in Höhe von 614 T€ sowie den Flüssigen Mitteln in Höhe von 550 T€.

Das Eigenkapital verringert sich aufgrund des Jahresfehlbetrages um 2.340 T€.

Die Veränderung der Sonderposten resultiert aus den Zugängen im Bereich Investitionen und Beiträgen in Höhe von 228 T€ abzüglich der Auflösung über die Nutzungsdauer in Höhe von 761 T€ sowie Abgängen aus Minderbescheiden in Höhe von 3 T€.

Die Rückstellungen erhöhen sich im Wesentlich aufgrund der Rückstellung aus dem Finanzausgleich (Kreis- und Schulumlage). Die Berechnung für den Jahresabschluss 2015 hat ergeben, dass aufgrund höherer Steuereinnahmen eine Rückstellung in Höhe von 122 T€ für die Folgejahre erfolgen muss.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten ergibt sich aus den Veränderungen im Bereich der Kreditaufnahme.

4.4.2 Beurteilung der Vermögenslage

Die Veränderung der Vermögensstruktur zeigt sich in den nachstehenden Kennzahlen

Anlagenintensität:

Die Anlagenintensität ermittelt den Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen der Kommune. Die Kennzahl liefert eine Aussage über den Vermögensaufbau. Eine hohe Anlagenintensität führt zu hohen Abschreibungen und geringerer Liquidität, da das Kapital langfristig gebunden ist. Bei Kommunen ist der Wert regelmäßig sehr hoch, da man aufgrund des Infrastrukturvermögens immer einen anlageintensiven Bereich hat.

	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Anlagevermögen	125.768,7	125.102,1	123.877,2
Bilanzsumme	134.901,2	134.785,9	134.707,3
Anlagenintensität in %	93,2	92,8	92,0

Anlagendeckungsgrad I:

Der Anlagendeckungsgrad gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens mit wirtschaftlichem Eigenkapital finanziert werden. Bei einer Quote von 100 Prozent wäre das Anlagevermögen vollständig mit dem wirtschaftlichen Eigenkapital finanziert. Je geringer der Prozentsatz ist, umso höher ist die Fremdfinanzierung.

	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Wirtschaftl. Eigenkapital	72.154,1	69.339,2	66.464,1
Anlagevermögen	125.768,7	125.102,1	123.877,2
Anlagendeckungsgrad I in %	57,4	55,4	53,7

Eigenkapitalquote II:

Die Eigenkapitalquote II zeigt das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Eigenkapital und der Bilanzsumme an. Je niedriger die Eigenkapitalquote, umso höher die Fremdfinanzierung. Hieraus resultieren ein höher Zinsaufwand und eine sinkende Kreditwürdigkeit.

	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Wirtschaftl. Eigenkapital	72.154,1	69.339,2	66.464,1
Bilanzsumme	134.901,2	134.785,9	134.707,3
Eigenkapitalquote II in %	53,5	51,4	49,3

Verschuldungsgrad:

Die Kennzahl zeigt die Höhe des Fremdkapitals an. Je höher die Verschuldung, umso höher ist die zu tragende Kapitallast.

	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Fremdkapital	62.747,1	65.446,7	68.243,2
Wirtschaftl. Eigenkapital	72.154,1	69.339,2	66.464,1
Verschuldungsgrad in %	87,0	94,4	102,7

Der Verschuldungsgrad hat sich aufgrund neuer Kassenkredite im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

4.5 Entwicklung der Ergebnislage

4.5.1 Plan-Ist-Vergleich Ergebnisrechung

Nachfolgend werden die wesentlichen Abweichungen der Ergebnisrechnung erläutert

010 Privatrechtliche Leistungsentgelte

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-425.780**	**-527.970**	**-102.190**
1 Organisation und Gremien	0	-47	-47
2 Finanzen	0	0	0
4 Kinder, Jugend u. Senioren	-2.800	-4.339	-1.539
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	-202.950	-275.749	-72.799
6 Bauverwaltung	-56.000	-49.536	6.464
10 Büro des Bürgermeisters	-7.800	-7.515	285
12 Stabsstelle Bürgermeister -Wirtschaftsförderung-	-3.000	-200	2.800
13 Sonderbudget Stadtwald	-153.230	-190.585	-37.355

Die Mehrerträge im Fachbereich 5 (-72.799 €) resultieren aus Kartenverkauf, die Mehrerträge im Sonderbudget Stadtwald aus Holzverkäufen (-37.355 €)

020 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-2.600.408**	**-2.532.733**	**67.675**
1 Organisation und Gremien	-428.191	-471.192	-43.002
2 Finanzen	-200	-193	7
3 Öffentliche Ordnung	-391.600	-371.028	20.572
4 Kinder, Jugend u. Senioren	-1.620.667	-1.513.197	107.470
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	-150.500	-167.240	-16.740
6 Bauverwaltung	-9.250	-9.883	-633

Die Mehrerträge im Fachbereich 1 resultieren zum einen aus den Benutzungsgebühren der beiden Feuerwehren (-27.324 €) sowie aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren des Standesamtes und der Friedhöfe (-15.133 €). Die Mindererträge im Fachbereich 4 resultieren aus den Benutzungsgebühren der Fachabteilung Kinder (107.470 €).

030 Kostenerstattungen und Umlagen

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-977.696**	**-1.143.144**	**-165.448**
1 Organisation und Gremien	-285.500	-297.715	-12.215
2 Finanzen	-163.058	-161.776	1.282

3 Öffentliche Ordnung	-1.200	-9.672	-8.472
4 Kinder, Jugend u. Senioren	-347.588	-470.649	-123.061
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	0	-945	-945
6 Bauverwaltung	-60.300	-56.597	3.703
10 Büro des Bürgermeisters	0	-6.875	-6.875
11 Sonderbudget Rechnungsprüfung	-18.400	-17.424	976
13 Sonderbudget Stadtwald	0	-267	-267
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	-101.650	-121.225	-19.575

Die Mehrerträge im Fachbereich 4 resultieren im Wesentlichen aus Zuweisungen des Kreises für Einzelintegrationen behinderter Kinder (-104.192 €), Zuweisungen des Landeswohlfahrtsverbandes (-14.976 €) sowie aus Kostenausgleich zwischen Kommunen für die Betreuung ortsfremder Kinder (-26.858 €). Dem entgegen stehen Mindererträge aus Kostenerstattungen des Kreises (24.850 €).

040 Bestandsveränderungen

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**0**	**-22.783**	**-22.783**
1 Organisation und Gremien	0	-2.196	-2.196
6 Bauverwaltung	0	-20.587	-20.587

Die Mehrerträge im Fachbereich 1 sowie Fachbereich 6 ergeben sich aus regelmäßig nicht planbaren aktivierten Eigenleistungen für selbsterstellte Anlagen im Bereich Straßenbau und Friedhöfe (aktivierte Personalaufwendungen).

050 Steuern und ähnliche Abgaben

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-32.799.343**	**-32.954.404**	**-155.061**
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	-32.799.343	-32.954.404	-155.061

Die Mehrerträge ergeben sich aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (-108.569 €), der Grundsteuer B (-70.474 €) sowie den sonstigen Steuern (-22.782 €). Dem stehen Mindererträge bei der Gewerbesteuer (39.678 €) sowie aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (6.581 €) entgegen.

060 Erträge aus Transferleistungen

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-1.029.500**	**-1.174.805**	**-145.305**
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	-1.029.500	-1.174.805	-145.305

Der Mehrertrag ergibt sich aus dem Familienleistungsausgleich.

070 Zuwendungen f. lfd. Zwecke u. allg. Umlagen	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-5.662.445**	**-5.668.880**	**-6.435**
3 Öffentliche Ordnung	-5.000	-5.000	0
4 Kinder, Jugend u. Senioren	-971.025	-935.189	35.836
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	0	-21.300	-21.300
6 Bauverwaltung	-56.020	-59.078	-3.058
10 Büro des Bürgermeisters	0	-21.910	-21.910
13 Sonderbudget Stadtwald	-4.000	0	4.000
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	-4.626.400	-4.626.403	-3

Die Mindererträge im Fachbereich 4 resultieren im Wesentlichen aus geringeren Zuweisungen des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr (34.800 €). Die Mehrerträge im Fachbereich 5 ergeben sich aus Zuweisungen des Landes für diverse Projekte im Bereich Ehrenamtsbüro (-8.800 €) sowie für Medienbeschaffungen der Büchereien (-12.500 €). Die Mehrerträge im Büro des Bürgermeisters ergeben sich aus Zuweisungen des Landes für Integrationslotsen (-21.910 €).

080 Aufgelöste Investitionszuwendungen	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-854.775**	**-760.505**	**94.270**
1 Organisation und Gremien	-21.431	-18.351	3.080
3 Öffentliche Ordnung	0	0	0
4 Kinder, Jugend u. Senioren	-5.688	-5.320	368
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	0	-2.263	-2.263
6 Bauverwaltung	-678.368	-569.168	109.200
10 Büro des Bürgermeisters	-238	-580	-342
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	-149.050	-164.824	-15.774

Mehrerträge/Mindererträge ergeben sich aus der periodengerechten Auflösung von erhaltenen Investitionszuweisungen. Es wurden mehr (Fachbereich 5, Sonderbudget 10 sowie Sonderbudget 14) bzw. weniger Zuweisungen (Fachbereich 1, 4 und 6) erzielt.

090 Sonstige ordentliche Erträge	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-1.146.910**	**-1.092.819**	**54.091**
1 Organisation und Gremien	-9.150	-10.825	-1.675
2 Finanzen	-350	-6.425	-6.075
3 Öffentliche Ordnung	-43.050	-45.274	-2.224
4 Kinder, Jugend u. Senioren	-48.660	-52.644	-3.984
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	-43.750	-52.759	-9.009
6 Bauverwaltung	-13.450	-17.730	-4.280
10 Büro des Bürgermeisters	0	-3.499	-3.499
11 Sonderbudget Rechnungsprüfung	0	-367	-367
12 Stabsstelle Bürgermeister -Wirtschaftsförderung-	0	-530	-530

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
13 Sonderbudget Stadtwald	-14.500	-13.227	1.273
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	-974.000	-889.541	84.459

Die Mindererträge im Sonderbudget 14 resultieren aus den Konzessionsabgaben der Versorgungsunternehmen.

110 Personalaufwendungen	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**13.399.168**	**13.280.049**	**-119.120**
1 Organisation und Gremien	1.586.803	1.527.088	-59.714
2 Finanzen	849.766	837.246	-12.521
3 Öffentliche Ordnung	1.024.853	1.028.460	3.607
4 Kinder, Jugend u. Senioren	7.334.909	7.373.872	38.963
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	765.169	763.311	-1.858
6 Bauverwaltung	712.154	702.546	-9.608
10 Büro des Bürgermeisters	207.114	199.660	-7.454
11 Sonderbudget Rechnungsprüfung	81.740	82.099	360
12 Stabsstelle Bürgermeister - Wirtschaftsförderung-	183.268	183.303	35
13 Sonderbudget Stadtwald	6.057	6.056	-2
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	647.334	576.407	-70.927

Die Minderaufwendungen im Fachbereich 1 (59.714 €) resultieren hauptsächlich aus Änderungen im Personaleinsatz sowie der lediglich teilweisen Wiederbesetzung einer Stelle eines ausgeschiedenen Mitarbeiters. Die Einsparungen im Fachbereich 2 (-12.521 €) konnten im Wesentlichen durch Arbeitszeitveränderungen sowie Veränderungen von persönlichen Verhältnissen erzielt werden. Im Fachbereich 4 wurden in der Fachabteilung Kinder 70.307 € mehr, in der Fachabteilung Jugend -32.017 € weniger verausgabt, als ursprünglich veranschlagt. Im Sonderbudget 14 waren mehr Personalaufwendungen veranschlagt, als benötigt wurden.

120 Versorgungsaufwendungen	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**929.728**	**599.290**	**-330.438**
1 Organisation und Gremien	27.781	28.131	349
2 Finanzen	36.586	36.152	-434
3 Öffentliche Ordnung	11.058	10.927	-132
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	18.354	18.136	-218
6 Bauverwaltung	6.643	8.972	2.328
10 Büro des Bürgermeisters	11.058	10.927	-132
11 Sonderbudget Rechnungsprüfung	14.048	13.881	-167
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	804.199	472.166	-332.033

Die Einsparung im Sonderbudget 14 ergibt sich aus nicht ausgeschöpften Mitteln für die Bildung von Rückstellungen (-237.853 €), Minderausgaben für Beihilfen (-54.422 €) sowie Einsparungen bei Beiträgen für die Versorgungskassen (-39.758 €).

130 Aufwendungen für Sach-u. Dienstleistungen

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**10.210.468**	**10.042.700**	**-167.768**
1 Organisation und Gremien	1.497.655	1.441.915	-55.740
2 Finanzen	169.379	156.107	-13.272
3 Öffentliche Ordnung	638.270	522.189	-116.081
4 Kinder, Jugend u. Senioren	2.053.959	1.964.261	-89.698
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	2.878.805	2.819.225	-59.579
6 Bauverwaltung	2.588.877	2.793.588	204.711
10 Büro des Bürgermeisters	77.626	97.941	20.315
11 Sonderbudget Rechnungsprüfung	35.462	30.020	-5.443
12 Stabsstelle Bürgermeister - Wirtschaftsförderung-	47.351	27.842	-19.509
13 Sonderbudget Stadtwald	145.001	130.930	-14.071
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	78.081	58.681	-19.400

Aufgrund der hohen Anzahl von Einzelpositionen erfolgt die Erläuterung der wesentlichen Abweichungen nicht nach Fachbereichen, sondern für die Gesamtverwaltung:

Minderaufwendungen in Höhe von 421.900 € ergeben sich aus:
EDV-Kosten (-106.045 €)
Stadtbus (-115.509 €)
Gebäudekosten (-111.480 €)
Fortbildung/Reisekosten (-47.272 €)
Geräte/Instandhaltung Einrichtungen (-41.594 €)

Mehraufwendungen in Höhe von 253.880 € ergeben sich aus:
Stromkosten (96.487 €)
Bauliche Unterhaltung Tiefbau (80.757 €)
Kostenerstattungen an KBR (28.221 €)
Rückstellung Prozesskosten (25.000 €)
Aufwand f. Veranstaltungen (23.415 €)

140 Abschreibungen

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**2.154.457**	**2.078.937**	**-75.520**
1 Organisation und Gremien	291.232	275.812	-15.420
2 Finanzen	25.938	5.297	-20.641
3 Öffentliche Ordnung	82.762	84.463	1.701
4 Kinder, Jugend u. Senioren	109.756	131.392	21.636
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	56.112	64.496	8.383

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
6 Bauverwaltung	1.350.632	1.249.334	-101.298
10 Büro des Bürgermeisters	4.245	4.510	266
11 Sonderbudget Rechnungsprüfung	536	646	109
12 Stabsstelle Bürgermeiste -Wirtschaftsförderung-	3.584	3.081	-503
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	229.660	259.908	30.247

Die Veränderungen in den Fachbereichen ergeben sich aus den Abschreibungen des Anlagevermögens. Die Mehraufwendungen im Sonderbudget 14 ergeben sich im Wesentlichen aus Einzelwertberichtigungen (61.645 €). Dem stehen Minderaufwendungen bei den uneinbringlichen Forderungen (-20.754 €) gegenüber.

150 Aufwendungen für Zuwend. u. Zuschüsse			
	Ansatz 2015	**Ergebnis 2015**	**Differenz 2015**
Gesamtverwaltung	**3.319.395**	**3.045.528**	**-273.867**
1 Organisation und Gremien	12.564	17.448	4.884
3 Öffentliche Ordnung	83.000	56.171	-26.829
4 Kinder, Jugend u. Senioren	2.556.343	2.369.834	-186.509
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	588.500	584.909	-3.591
6 Bauverwaltung	3.988	3.988	0
10 Büro des Bürgermeisters	0	13.178	13.178
12 Stabsstelle Bürgermeister -Wirtschaftsförderung-	0	0	0
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	75.000	0	-75.000

Die Minderaufwendungen im Fachbereich 4 (-186.509 €) ergeben sich aus nicht ausgezahlten Zuschüssen und Erstattungen an Dritte. Im Sonderbudget standen Zuschüsse in Höhe von 75.000 € für Passiv-/Nullenergiehäuser zur Verfügung, welche nicht abgerufen wurden.

160 Steueraufwendungen inkl. Aufw. gesetzl. Umlagen			
	Ansatz 2015	**Ergebnis 2015**	**Differenz 2015**
Gesamtverwaltung	**19.561.440**	**19.569.858**	**8.418**
1 Organisation und Gremien	3.000	3.196	196
6 Bauverwaltung	1.990	969	-1.021
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	19.556.450	19.565.693	9.243

Im Sonderbudget 14 ergeben sich bei der Gewerbesteuerumlage Minderaufwendungen (-107.758 €). Darüber hinaus musste die Rückstellung für unbestimmte Aufwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz aufgestockt werden (121.665 €).

180 Sonstige ordentliche Aufwendungen

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**9.900**	**10.544**	**644**
1 Organisation und Gremien	60	816	756
3 Öffentliche Ordnung	0	116	116
4 Kinder, Jugend u. Senioren	840	829	-11
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	0	29	29
6 Bauverwaltung	9.000	8.754	-246

Es gibt keine nennenswerten Abweichungen.

210 Finanzerträge

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-1.105.900**	**-556.669**	**549.231**
2 Finanzen	-20.500	-43.614	-23.114
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	0	0	0
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	-1.085.400	-513.054	572.346

Die Mindererträge im Sonderbudget 14 ergeben sich aus nicht in Anspruch genommenen Erträgen aus Beteiligungen (444.292 €) sowie nicht realisierten Erträgen aus Zinssicherungsgeschäften (217.500 €). Dem stehen Mehrerträge bei den Zinseinnahmen aus Gewerbesteuer (-90.641 €) gegenüber.

220 Zinsen und ähnl. Aufwendungen

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**1.175.900**	**868.708**	**-307.192**
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	1.175.900	868.708	-307.192

Bei den Zinsausgaben für Kontokorrentzinsen (-315.129 €) sowie Anspardarlehen (-8.785 €) ergeben sich Minderaufwendungen. Dem stehen Mehraufwendungen aus Zinsaufwand für Gewerbesteuer, die aus Gutschriftsverzinsungen resultieren, gegenüber (19.917 €).

250 Außerordentliche Erträge

	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Differenz 2015
Gesamtverwaltung	**-1.138.700**	**-1.008.554**	**130.146**
1 Organisation und Gremien	0	-394	-394
3 Öffentliche Ordnung	0	-1.025	-1.025
4 Kinder, Jugend u. Senioren	-2.500	-87.225	-84.725
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	0	-263	-263
6 Bauverwaltung	-53.900	-56.315	-2.415
10 Büro des Bürgermeisters	-300	0	300
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	-1.082.000	-863.334	218.666

Mehrerträge ergeben sich aus periodenfremden Erträgen (-82.057 €) sowie Wertberichtigungen (-33.551 €). Die Mindererträge resultieren im Wesentlichen aus Grundstücksverkäufen (253.468 €).

260 Außerordentliche Aufwendungen			
	Ansatz	**Ergebnis**	**Differenz**
	2015	**2015**	**2015**
Gesamtverwaltung	**8.348**	**196.471**	**188.124**
1 Organisation und Gremien	0	1.906	1.906
2 Finanzen	0	12	12
3 Öffentliche Ordnung	0	831	831
4 Kinder, Jugend u. Senioren	8.348	181.268	172.920
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt	0	24	24
6 Bauverwaltung	0	3.897	3.897
10 Büro des Bürgermeisters	0	16	16
12 Stabsstelle Bürgermeister - Wirtschaftsförderung-	0	1.061	1.061
13 Sonderbudget Stadtwald	0	6.104	6.104
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel	0	1.353	1.353

Die Mehraufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus periodenfremden Aufwendungen (191.571 €).

4.5.2 Entwicklungszahlen der Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2015 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.340 T€ ab. Gegenüber dem geplanten Jahresergebnis in Höhe von 3.027 T€ entspricht dies einer Ergebnisverbesserung um 22,7 %.

	2014	**2015**
Verwaltungsergebnis	3.360 T€	2.840 T€
Finanzergebnis	465 T€	312 T€
Ordentliches Ergebnis	3.825 T€	3.152 T€
Außerordentliches Ergebnis	-1.420 T€	-812 T€
Jahresergebnis	2.405 T€	2.340 T€

In den nächsten Jahren sind folgende Haushaltsansätze geplant:

	2016	**2017**
Verwaltungsergebnis	2.011 T€	452 T€
Finanzergebnis	479 T€	472 T€
Ordentliches Ergebnis	2.490 T€	924 T€
Außerordentliches Ergebnis	-199 T€	-199 T€
Jahresergebnis	2.291 T€	725 T€

4.5.3 Beurteilung der Ergebnislage

Die Veränderung der Ergebnisstruktur zeigt sich in den nachstehenden Kennzahlen

Steuerertragsquote:

Die Kennzahl zeigt den Anteil der selbst erwirtschafteten Finanzmittel aus Steuern und ähnlichen Abgaben (Grundsteuer, Hundesteuer, Gewerbesteuer, Spielapparatesteuer) an. Je geringer der Quotient ist, desto höher ist der Anteil der selbst erwirtschafteten Finanzmittel.

	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Steuern u. ähnl. Abgaben	12.833,7	14.129,4	15.885,4
Ordentliche Erträge	40.547,8	43.288,6	45.877,7
Steuerertragsquote in %	31,7	32,6	34,6

Durch Mehrerträge bei der Grundsteuer (991 T€) und der Gewerbesteuer (760 T€) ist die Quote um 2 % gestiegen.

Die Steuerertragsquote wird in den Folgejahren von der Entwicklung der Steuereinnahmen abhängig sein.

Sach- und Dienstleistungsquote:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind nach den Personalaufwendungen der zweitgrößte Ausgabenfaktor. Die Quote zeigt den prozentualen Anteil an den ordentlichen Aufwendungen.

	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Aufwand Sach- und Dienstleistungen	9.893,1	9.560,1	10.082,2
Ordentliche Aufwendungen	46.252,3	46.648,5	48.717,4
Sach- und Dienstleistungsquote in %	21,4	20,5	20,7

In diesem Bereich werden auch weiterhin Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen eingeplant werden.

Zinslastquote:

Die Zinslastquote zeigt den Anteil der Zinsaufwendungen an den gesamten Aufwendungen.

	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Zinsaufwendungen	713,8	948,4	868,7
Gesamte Aufwendungen	47.091,9	47.781,6	49.782,5
Zinslastquote in %	1,5	2,0	1,7

Die Zinslastquote hat sich aufgrund der günstigen Zinslage zum Vorjahr um 0,3% verbessert.

Die Zinsentwicklung wird auch in den nächsten Jahren eine wesentliche Rolle bei der Veränderung der Zinslastquote spielen.

4.6 Entwicklung der Finanzlage

4.6.1 Plan-Ist-Vergleich der Investitionen

	Plan 2015 €	Ist 2015 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		
Investitionszuweisungen, -zuschüsse u. -beiträge	647.658	434.292
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.940.000	1.491.374
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0
Einzahlungen aus der Gewährung von Krediten	25.400	25.381
Summe	**2.613.058**	**1.951.047**
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		
Auszahlungen für Erwerb Grundstücke und Gebäude	-293.649	-17.279
Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.002.415	-235.691
Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Sachvermögen und immateriellem Anlagevermögen	-1.568.093	-515.392
Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungszuschüsse	-796.254	-106.938
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-47.100	-56.504
Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten	0	0
Summe	**-3.707.512**	**-931.804**

Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge

Die geplante grundhafte Erneuerung der Straße Am Schwimmbad wurde noch nicht durchgeführt. Die im Plan veranschlagte Refinanzierung in Höhe von 160.000 EUR ist

folglich nicht eingegangen.
Der Ansatz der Kostenerstattung für Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2015 betrug 70.000 EUR. Da die Maßnahme über die Kommunalen Betriebe abgewickelt wurde, kam es im städtischen Haushalt zu keiner Einzahlung.

Für die investiven Ausgaben des Leitbildprojektes „Park am Entenweiher" konnten Spenden in Höhe von 16.470 EUR über Sponsoring akquiriert werden.

Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen

Für die „Veräußerung von Grundstücken" waren Einzahlungen in Höhe von 1,65 Mio. EUR veranschlagt. Obwohl mehr Grundstücke verkauft werden konnten als geplant, ist nur ein Zahlungseingang in Höhe von 1,1 Mio. EUR zu verzeichnen. Grund hierfür ist, dass die Kaufpreisfälligkeiten einiger Grundstückskaufverträge erst in 2016 liegen.

Bei der Position „Investitionserlöse aus dem Verkauf von Grabnutzungsrechten" sind Einzahlungen in Höhe von 394.585 EUR geflossen (Plan 290.000 EUR).

Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Für den Um- und Ausbau der Außenanlagen der Kindertagesstätten sowie der Spielplätze und Freizeitanlagen sind Mittel in Höhe von rd. 226.000 EUR nicht abgeflossen (Plan 243.649 EUR).

Der für den Kauf von Grundstücken vorsorglich bereitgestellte Ansatz in Höhe von 50.000 EUR wurde nicht in Anspruch genommen.

Auszahlungen für Baumaßnahmen

Für die grundhafte Erneuerung der Straße Am Schwimmbad standen 300.000 EUR zur Verfügung. Die Maßnahme wurde in das Jahr 2016 geschoben, die verfügbaren Mittel als Haushaltsrest übertragen.

Im Bereich der Straßen, Wege, Plätze wurden folgende Mittel nicht verausgabt:

- Straßenbau – Allgemein Urberach (118.000 EUR)
- Straßenbau – Allgemein Ober-Roden (57.000 EUR)
- Ausbau von Feld- und Wirtschaftswegen (91.000 EUR)

Bei den Positionen „Städteplanung/Bauleitplanung" und „Ingenieurleistungen/Bodenordnungsmaßnahmen" ist eine Abweichung von insgesamt 31.500 EUR zu verzeichnen. Für die Prüfung und Erneuerung von Drainagenetzen wurden 10.000 EUR nicht in Anspruch genommen.

Für die Erweiterung und den Um- u. Ausbau der Friedhöfe Ober-Roden und Urberach kamen in 2015 160.000 EUR nicht zur Auszahlung.

Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen und immateriellem Anlagevermögen

Für den Erwerb eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr Ober-Roden sind Mittel in Höhe von rd. 210.000 EUR noch nicht abgeflossen. Für die Beschaffung digitaler Funkmeldeempfänger für die Feuerwehren Ober-Roden und Urberach wurden 105.000 EUR nicht verausgabt, da die Freigabe zur Lieferung durch das Land Hessen noch nicht erfolgt ist.
Für Lizenzen/Softwareanschaffungen wurden 95.000 EUR nicht ausgezahlt. Für EDV-Hardwarebeschaffungen sind 155.000 EUR und für Büroausstattung 45.500 EUR nicht geflossen (Ansparmechanismus).

In der Fachabteilung Verkehr wurden 24.500 EUR nicht ausgezahlt, die für die Erweiterung der Videoüberwachung an den Bahnhöfen bereitgestellt wurden. Die Haushaltsmittel werden nach 2016 übertragen.

Von den Mitteln für bewegliches Anlagevermögen im Fachbereich 5 (Kulturhalle, Stadtbücherei, Halle Urberach, Sporthalle Ober-Roden, Bürgertreff, Kelterscheune) wurden 23.800 EUR nicht verausgabt. Auch im Bereich der Feuerwehr wurden die Mittel für bewegliches Anlagevermögen nicht vollständig ausgeschöpft (Abweichung 77.400 EUR). Für sonstiges Anlagevermögen kamen 9.500 EUR nicht zur Auszahlung.

Von den bereitgestellten 100.000 EUR für die Neuausstattung des Kindergartens „Villa Kunterbunt" in der ehemaligen Helene-Lange-Schule kamen nur 57.500 EUR zur Auszahlung. Für „Maßnahmen zur Kita-Betreuung" wurde der Haushaltsansatz in Höhe von 200.000 EUR noch nicht verausgabt.

Für die Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften standen im Haushalt 2015 Mittel in Höhe von 70.000 EUR zur Verfügung. Da die Maßnahme über die Kommunalen Betriebe abgewickelt wurde, kam es im städtischen Haushalt zu keiner Auszahlung.

Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen

Die Baukostenzuschüsse für die Dreieichbahn und die S-Bahn werden seit Jahren mitgeführt, da die Maßnahmen seitens der verantwortlichen Stellen nicht bzw. nur teilweise abgerechnet werden. Die Haushaltsreste für beide Maßnahmen wurden in das Jahr 2016 übertragen (212.000 EUR).

Der für den Bau der Mensa an der Schule an den Linden vorgesehene Investitionskostenzuschuss an die Kommunalen Betriebe in Höhe von 400.000 EUR wurde noch nicht ausgezahlt. Die Mittel sind in das Jahr 2016 übertragen worden.

Von den bereitgestellten Mitteln für Investitionskostenzuschüsse an Vereine wurden rd. 27.000 EUR nicht verausgabt. Es wurde ein Haushaltsrest in Höhe von 15.400 EUR übertragen.

4.6.2 Entwicklungszahlen der Finanzrechnung

	2014	2015
Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	43.801 T€	44.645 T€
Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	45.884 T€	47.596 T€
Überschuss/Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit	**-2.083 T€**	**-2.951 T€**
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.578 T€	1.951 T€
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.846 T€	932 T€
Überschuss/Fehlbetrag aus Investitionstätigkeit	**732 T€**	**1.019 T€**
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Kassenkredite	57.702 T€	3.000 T€
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen und Kassenkredite	55.038 T€	548 T€
Überschuss/Fehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit	**2.664 T€**	**2.452 T€**
Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln, durchlaufende Gelder	1.452 T€	1.471 T€
Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln, durchlaufende Gelder	1.443 T€	1.441 T€
Überschuss/Fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungen	**10 T€**	**30 T€**
Überschuss/Fehlbetrag des Haushaltsjahres	**1.323 T€**	**550 T€**
Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	**3.426 T€**	**3.976 T€**

Der Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr (2.083 T€) um 868 T€ auf 2.951 T€ erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen an den höheren Auszahlungen im Bereich der gesetzlichen Umlagen.

Der Investitionsbereich verzeichnet einen Überschuss in Höhe von 1.019 T€. Aufgrund der geringen Investitionsmaßnahmen in Höhe von 932 T€ (Vorjahr 1.846 T€) und den gegenüberstehenden Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen und Erschließungsbeträgen in Höhe von 1.926 T€, konnte ein Überschuss erzielt werden.

Im Rahmen der Finanzierungstätigkeit wurden keine neuen Darlehen aufgenommen. Für die ordentliche Tilgung der laufenden Darlehen wurden 548 T€ ausgezahlt.

Der Fehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 2.452 T€ ergibt sich aus der Neuaufnahme von Kassenkrediten in Höhe von 3.000 T€ sowie der Tilgungsrate der laufenden Investitionskredite.

Der Finanzmittelbestand weist einen Betrag von 3.976 T€ aus.

4.6.3 Beurteilung der Finanzlage

Die Veränderung der Finanzstruktur zeigt sich in der nachstehenden Kennzahl:

Liquidität I:

Die Kennzahl zeigt, wieweit das kurzfristige Fremdkapital mit den vorhandenen liquiden Mitteln zurückgezahlt werden kann.

	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Flüssige Mittel	2.103,0	3.426,3	3.976,3
Kurzfristiges Fremdkapital	34.523,0	37.777,6	38.337,3
Liquidität I in %	6,1	9,1	10,4

Aufgrund des hohen Kassenkreditvolumens, ist auch künftig eine bessere Liquidität nicht zu erzielen

4.7 Rödermark als Schutzschirmkommune

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark hat am 13. Februar 2013 beschlossen, die Entschuldungs- und Zinsdiensthilfen des Landes Hessen im Rahmen des *Gesetzes zur Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen (Schutzschirmgesetz SchuSG)* zu beantragen und einen entsprechenden Vertrag mit dem Land Hessen abzuschließen.

Mit Abschluss des Vertrags am 15. Februar 2013 fiel die Stadt Rödermark unter das Schutzschirmgesetz.

Das Land Hessen gewährte der Stadt Rödermark zur schnellstmöglichen Erreichung des Haushaltsausgleichs Entschuldungshilfen in Höhe von 12.260.962 Euro, Zinsdiensthilfen des Landes und Zinsdiensthilfen aus dem Landesausgleichsstock.

Die Stadt Rödermark hat sich verpflichtet, die Haushaltswirtschaft so zu führen, dass der Ergebnishaushalt im ordentlichen Ergebnis ab dem Haushaltsjahr 2018 dauerhaft ausgeglichen ist. In den darauffolgenden Jahren gilt die doppische Schuldenbremse, d. h. nach Erreichen des jahresbezogenen Ausgleichs des ordentlichen Ergebnisses darf die Stadt Rödermark neue Investitions- und Kassenkredite nur aufnehmen, wenn der jahresbezogene Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses im Ergebnishaushalt weiterhin gewährleistet ist. Die Verpflichtung erstreckt sich auf den Haushaltsplan und den Jahresabschluss.

Die Stadt Rödermark hat sich vertraglich verpflichtet, Konsolidierungsmaßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleichs durchzuführen. Sie ist verpflichtet, mindestens folgende Konsolidierungsbeträge bis 2018 zu erbringen:

2013 2.630.561 Euro
2014 1.997.336 Euro
2015 1.818.356 Euro
2016 1.656.496 Euro
2017 1.823.934 Euro
2018 1.390.071 Euro

Insgesamt entspricht dies einem Konsolidierungsvolumen von 11.316.754 Euro.

Für das Jahr 2015 wurden nachfolgende Maßnahmen mit dem Land vereinbart:

Erläuterung: Bei den gestrichenen Maßnahmen hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, dass sie entweder vorgezogen bzw. umgesetzt wurden oder eine Umsetzung nicht möglich ist. Die Maßnahmen sind jedoch Teil der mit dem Land Hessen im Jahr 2013 vertraglich vereinbarten Konsolidierungssumme und müssen somit abgebildet werden. Die Kompensation erfolgt über die ausgeführten Ersatzmaßnahmen.

Konsolidierungsmaßnahmen		**Vorgabe 2015**
1 Organisation und Gremien		
	Reduzierung Aufwendungen für Fortbildung	2.500 €
	Reduzierung Ausstattungsgegenstände und Büromaterial	2.500 €
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	38.800 €
1.2 Organisation und Personal		
01.2.01 Personalmanagement	Reduzierung Aufwendungen für Personaleinstellungen	2.000 €
	Summe	**45.800 €**
2 Finanzen		
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	2.600 €
2.1 Finanzverwaltung, Controlling		
	Personalreduzierung	26.775 €
2.2 Finanzbuchhaltung		
	Personalreduzierung	26.775 €
	Summe	**56.149 €**
3 Öffentliche Ordnung		
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	5.200 €
3.2 Verkehr		
	~~Personalreduzierung~~	~~50.200 €~~
03.2.02 Öffentlicher Personennahverkehr	Stadtbus	90.000 €
	Summe	**145.400 €**

4 Kinder, Jugend u. Senioren		
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	60.800 €
4.1 Kinder		
	~~Erhöhung Sozialstaffel~~	~~50.000 €~~
	~~Teilreduzierung der Freistellung Leiterinnen auf 60%~~	~~46.800 €~~
04.1.04 Mittagsverpflegung	~~Erhöhung Essensgebühren um 10 € bei städt. Einrichtungen~~	~~63.000 €~~
	Wegfall der 3er Pauschale beim Essen	12.240 €
	Städt. Entlastung Kath. Kitas	4.200 €
	U3 Einrichtungen Essensplätze	9.000 €
	Schulkinderbetreuung	10.200 €
	Optimierung der Essensversorgung	60.000 €
4.2 Jugend		
	Personalreduzierung	12.950 €
04.2.02 Jugendarbeit, Jugendhilfeplanung	Erhöhung Teilnehmergebühren Ferienmaßnahmen	4.700 €
	Vermietungen (Kletterturm, Tonstudio, Kinderwaldstadt, JUZ)	2.000 €
4.3 Senioren, Sozialer Dienst		
04.3.02 Seniorenarbeit	Reduzierung bei Seniorenschifffahrt	4.000 €
	Reduzierung bei Seniorenweihnachtsfeier	3.000 €
	Personalreduzierung	9.200 €
	Summe	**352.090 €**
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt		
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	86.000 €
5.1 Kultur		
05.1.02 Kulturelle Veranstaltungen	~~Reduzierung des städt. Kulturprogramms~~	~~15.000 €~~
5.2 Vereine, Ehrenamt		
05.2.02 Stadtbücherei	~~Reduzierung der Bücherei Urberach~~	~~9.000 €~~
05.2.03 Vereinsförderung	~~Reduzierung Vereinsförderung~~	~~70.000 €~~
	Reduzierung Zuschuss Musikschule	5.000 €
05.2.04 Kultur- und Heimatpflege	~~Reduzierung Aufwand KBR Rathaussturm, Rosenmontagszug~~	~~5.000 €~~
	Summe	**190.000 €**
6 Bauverwaltung		
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	1.900 €
6.1 Stadtplanung		
	Einschränkung städtebaulicher Planungen	15.000 €
6.2 Liegenschaften		
	5% Einsparungen bei der Unterhaltung	4.000 €
6.3 Tiefbau		

	Reduzierung Beleuchtung	80.000 €
	Reduzierung Winterdienst	20.000 €
	Brückenunterhaltung	10.000 €
	Reduzierung Straßenunterhaltung	180.000 €
	Reduzierung Grünpflege	60.000 €
06.3.02 Öffentliche Gewässer	50% Reduzierung Gewässerpflege	40.000 €
6.4 Umwelt		
06.4.01 Grünflächen und Spielplätze	Reduzierung Grünflächenpflege	60.000 €
	Summe	**470.900 €**
10 Büro des Bürgermeisters		
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	650 €
10.1 Büro des Bürgermeisters		
	Sukzessiver Verzicht auf Printmedien	1.000 €
	~~Reduzierung Europäische Partnerschaften~~	~~1.000 €~~
	Personalkostenreduzierung im Verwaltungsbereich	14.289 €
	Summe	**16.939 €**
11 Sonderbudget Rechnungsprüfung		
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	300 €
11.1 Rechnungsprüfung		
11.1.01 Rechnungsprüfung	Jahresabschlussprüfung zunehmend nur durch RPA	10.087 €
	Summe	**10.387 €**
12 Stabsstelle -Wirtschaftsförderung-		
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	400 €
12.1 Stabsstelle Wirtschaftsförderung		
12.1.01 Wirtschaftsförderung	Einsparung beim Sachaufwand	4.585 €
	Summe	**4.985 €**
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel		
14.1 Allgemeine Finanzmittel		
14.1.01 Allgemeine Finanzmittel	mehr Gewerbesteuer durch Wirtschaftsförderung - netto	400.000 €
14.1.02 Produktübergreifende Mittel	Reduzierung Miete und Nebenkosten	1.250 €
	Personalreduzierung ATZ u.a.	124.000 €
	Summe	**525.250 €**
	Summe Konsolidierungsmaßnahmen	**1.818.356 €**

Die Stadt ist berechtigt, vereinbarte Maßnahmen im laufenden Konsolidierungszeitraum durch eine oder mehrere andere Maßnahmen zu ersetzen, sofern das für die vereinbarte Maßnahme prognostizierte Konsolidierungspotential mindestens in derselben Höhe erreicht wird.

Sollten einzelne Maßnahmen keinen Erfolg haben oder sollte die Haushaltsentwicklung neue Konsolidierungsmaßnahmen erfordern, um den Ausgleich des Haushalts im ordentlichen Ergebnis zum vereinbarten Zeitpunkt zu erreichen, sind entsprechende Anpassungen bei den vereinbarten Maßnahmen oder ergänzende Maßnahmen im Rahmen der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts zu beschließen.
Mit dem Haushaltsplan 2015 wurden folgende Ersatzmaßnahmen für 2015 beschlossen.

Ersatzmaßnahmen		**2015**
4 Kinder, Jugend u. Senioren		
	Personalkostenreduzierung	500.000 €
	Kindergartengebühren 3 % Erhöhung jährlich	32.800 €
	Reduzierung Aufwand Öffentlichkeitsarbeit Jugend	2.700 €
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel		
	Grundsteuer B (Anhebung Hebesatz von 450 auf 540 Punkte)	885.000 €
	Gewerbesteuer (Anhebung Hebesatz von 350 auf 380 Punkte)	812.143 €
	Auszahlung aus städtischen Gesellschaften und Betrieben für gemeinnützige Zwecke	450.000 €
	Summe Ersatzmaßnahmen	**2.682.643 €**

Einige Maßnahmen konnten nicht zum gewünschten Ergebnis führen, da sie entweder nicht oder nur teilweise umsetzbar waren. Andere Maßnahmen haben zu einem besseren Ergebnis geführt, als zunächst geplant. In der Summe der Ergebnisse kann das Konsolidierungsziel von 1,8 Millionen Euro erreicht werden.

Die aus 2013 resultierenden Maßnahmen, die zum Erreichen des Konsolidierungsziels für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 beschlossen wurden, werden nicht ausreichen, um auf dem mit dem Land Hessen vereinbarten Konsolidierungspfad zu bleiben.

Einige Maßnahmen können nicht umgesetzt werden, andere Maßnahmen wurden ausgesetzt, weil der den Bürgern und Institutionen bisher angebotene Standard in einzelnen Bereichen weiterhin angeboten werden soll.

Zur Aufrechterhaltung der auf Grundlage der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung seit Jahren erbrachten Leistungen im sozialen und kulturellen Bereich (z. B. Kinderbetreuung, Kulturhalle, Halle Urberach, Badehaus, Förderung von Einrichtungen und Initiativen) war eine Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 450 % auf 540 % ab dem Haushaltsjahr 2015 erforderlich. Hieraus ergab sich für 2015 und 2016 ein Haushaltsansatz von jeweils 5.310.000 € (Haushaltsansatz 2014: 4.370.000 €).

Ursprünglich sah das Haushaltssicherungskonzept eine Erhöhung der Grundsteuer B um 50 Punkte ab dem Jahr 2017 vor, also von 450 auf 500 Punkte. Dies geschah unter der Annahme, dass ab dem Jahr 2014 eine Straßenbeitragssatzung beschlossen worden sei. Hiervon soll allerdings für mindestens 5 Jahre abgesehen werden.

Das strukturelle Haushaltsdefizit machte außerdem eine Anpassung bei der Gewerbesteuer erforderlich, die zuletzt vor 19 Jahren (1996) erhöht wurde. Veranschlagt wurde eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 350 % auf 380 % ab 2015. Da Personengesellschaften ihre Gewerbesteuereinnahmen bis zu einem Hebesatz von 380 % mit der Einkommensteuer verrechnen können, wirkt sich die Gewerbesteuererhöhung auf die überwiegende Zahl der gewerbesteuerpflichtigen Betriebe in Rödermark nicht aus.
Der Haushaltsansatz für die Gewerbesteuer beträgt auf Basis der Anhebung für 2015 rd. 10.287.000 € und für 2016 rd. 10.723.000 € (Haushaltsansatz 2014: 8.975.000 €).

Im Bereich der Kinderbetreuung fällt es nach wie vor schwer, frei werdende oder zusätzliche Stellen mit Fachkräften zu besetzen. Oftmals entsteht ein Übergangszeitraum, in dem einzelne Stellen nicht besetzt sind. Aus diesem Grund wurde der Haushaltsansatz bei den Personalkosten für die Kinderbetreuung um 500.000 € reduziert. Für das Jahr 2015 war eine Entnahme aus städtischen Gesellschaften in Höhe von 450.000 € vorgesehen. Dieser Betrag wurde nicht benötigt und steht für 2016 erneut als Ersatzmaßnahme zur Verfügung.

Insgesamt kann man sagen, dass die im vorliegenden Haushaltssicherungskonzept genannten Maßnahmen dazu geeignet sind, den mit dem Land Hessen vertraglich vereinbarten Abbaupfad einzuhalten. Der Haushalt ist erstmals im Jahr 2018 nicht mehr defizitär und in 2019 weiterhin ausgeglichen (ordentliches Ergebnis).

4.8 Risikobewertung

Wie in den vergangenen Jahren ist ein wesentlicher Punkt die zu erwartenden Erträge aus der Gewerbesteuer. Sie ist eine der wichtigsten Einnahmequelle. Von unter Umständen zu erwartenden Mehrerträgen aus anderen Steuereinnahmen verbleibt bei den Kommunen nicht viel, da hohe Beträge über Umlageverfahren (Kreis- und Schulumlage etc.) wieder abzuführen sind.

Im Bereich der Forderungen aus Steuern und Abgaben muss verstärkt mit einem Forderungsausfall gerechnet werden. In den letzten Jahren haben die privaten und gewerblichen Insolvenzen stark zugenommen, so dass in Folgejahren mit einer weiteren Erhöhung der durchschnittlichen Forderungsausfälle zu rechnen ist.

Als weitere Faktoren, aus denen Verpflichtungen entstehen könnten, sind die Bürgschaften für die Berufsakademie Rhein-Main zu nennen. Hier besteht eine Patronatserklärung, damit der Betrieb der Berufsakademie im Insolvenzfall aufrechterhalten werden kann. Alle Studierenden sollen ihr begonnenes Studium zu Ende führen können. Weiterhin hat die Stadt Rödermark eine Bürgschaft in Höhe von zwei Millionen Euro für ein Darlehen zum Neubau der Berufsakademie übernommen.

Risiken aus derivaten Finanzinstrumenten bestehen bei der Stadt Rödermark nicht, da diese Instrumente noch keine Anwendung finden.

Rödermark, den 01.06.2016

Stadt Rödermark
Magistrat

Roland Kern
Bürgermeister

Jörg Rotter
Erster Stadtrat

Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes

Nach abschließender Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 nebst Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Rödermark erteile ich folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Ich habe die Prüfung des Jahresabschlusses - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang - der Stadt Rödermark für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015 unter Einbeziehung der Buchführung, die Inventur, das Inventar, die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und den Rechenschaftsbericht vorgenommen. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss und den Anhang abzugeben.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasste die Beurteilung der angewandten Wertermittlungs- und Bewertungsgrundsätze.

Die Prüfung führte zu keinen Einwendungen.

Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den sonstigen örtlichen Regelungen. Nach meiner Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss sowie der Rechenschaftsbericht unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Rödermark."

Rödermark, 14. Juli 2016

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes
der Stadt Rödermark

(Ruppert)

Rechnungsprüfungsamt
Rödermark

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Finanzverwaltung, Controlling	Vorlage-Nr: VO/0215/16 AZ: I/2/1/Bi/Sc Datum: 25.08.2016 Verfasser: Christina Bihn

Entschuldungsfonds - Bericht erstes Halbjahr 2016

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
12.09.2016	Magistrat
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Rödermark ist seit dem Jahr 2013 und somit bereits im vierten Jahr unter dem Schutzschirm des Landes Hessen. Bisher konnten die mit dem Land Hessen vertraglich vereinbarten Ziele, im Wesentlichen die Verbesserung des Ordentlichen Ergebnisses, erreicht werden.
Mit dem nächstfolgenden Haushaltplan für die Jahre 2017 und 2018 wird ein weiterer Meilenstein abzubilden sein. Gemäß Schutzschirmvertrag darf das Ordentliche Ergebnis 2017 nur noch bei rund -942.000 € liegen. In 2018 muss der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein und in den Finanzplanjahren 2019 und 2020, also mindestens für die Dauer von zwei Jahren, ausgeglichen bleiben. Erst danach ist die Stadt Rödermark aus dem Schutzschirmvertrag entlassen.

Das Schutzschirmgesetz und die zugehörige Verordnung sehen vor, dass alle Schutzschirmkommunen zweimal jährlich über den Erfolg ihrer Konsolidierungsmaßnahmen und den voraussichtlichen Stand des Ordentlichen Ergebnisses, hochgerechnet auf das Jahresende, zu berichten haben. Zum 31.08.2016 ist über das erste Halbjahr 2016 zu berichten gewesen.

Anlage 1 bildet den Zielerreichungsgrad des bisherigen Konsolidierungszeitraums ab (zum Stand 10.08.2016).
Der Zielerreichungsgrad aller von der Stadtverordnetenversammlung von 2013 bis 2016 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen ist in Anlage 2 dargestellt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Konsolidierungspfad für 2016 aus heutiger Sicht eingehalten werden kann

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zu den Konsolidierungsmaßnahmen für das erste Halbjahr 2016 zur Kenntnis.

Anlagen:
1.) Bericht zur Einhaltung des vertraglich vereinbarten Konsolidierungspfades
2.) Defizitabbau 2013 bis 2016

Berichtsnummer: 06438012_20120521074826
Letzte Änderung: 29.08.2016 06:45:27

Bericht **1. Halbjahr 2016**

Berichtsblatt zur Einhaltung des vertraglich vereinbarten Konsolidierungspfades (Werte in € je Einwohner)

Produktbereich	2013	Status	2014	Status	2015	Status	2016	Status	2017	Status	2018	Status	2019	Status	2020	Status
	lt. Vertrag	gepr.RE	lt. Vertrag	gepr.RE	lt. Vertrag	gepr.RE	lt. Vertrag	akt.Hochrg	lt. Vertrag	Ansatz	lt. Vertrag	Ansatz	lt. Vertrag	Ansatz	lt. Vertrag	Ansatz
1. Innere Verwaltung	-133,05	-127,07	-128,37	-123,69	-126,09	-120,14	-123,33	-130,01	-120,39	-133,50	-116,36	-136,99	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sicherheit und Ordnung	-78,58	-77,54	-76,24	-78,14	-75,59	-80,17	-75,09	-82,72	-73,35	-80,02	-70,67	-78,79	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Schulträgeraufgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Kultur und Wissenschaft	-128,99	-122,18	-120,30	-123,75	-114,00	-123,08	-101,99	-121,16	-77,37	-100,64	-55,62	-87,12	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Soziale Leistungen	-23,54	-23,96	-22,02	-20,10	-21,84	-23,33	-22,27	-23,98	-22,70	-31,26	-23,12	-31,87	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-315,40	-271,98	-301,27	-298,06	-294,36	-344,62	-287,49	-378,84	-292,01	-436,46	-297,05	-438,13	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Gesundheitsdienste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Sportförderung	-43,15	-44,70	-43,19	-35,30	-43,23	-43,39	-43,27	-42,23	-43,31	-44,01	-43,35	-44,54	0,00	0,00	0,00	0,00
9. Räuml. Planung / Entwickl. Geoinfo.	-5,46	-2,58	-5,03	-4,99	-4,59	-4,92	-3,75	-6,04	-3,49	-6,09	-3,23	-5,90	0,00	0,00	0,00	0,00
10. Bauen und Wohnen	-10,31	-12,23	-10,59	-8,89	-10,46	-9,09	-10,19	-10,91	-10,31	-8,71	-10,42	-8,89	0,00	0,00	0,00	0,00
11. Ver- und Entsorgung	38,04	37,57	38,04	34,92	38,04	34,29	38,04	30,07	38,04	34,30	38,04	34,30	0,00	0,00	0,00	0,00
12. Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-121,70	-113,85	-109,02	-110,88	-94,03	-110,21	-87,07	-104,89	-88,91	-113,72	-90,12	-113,30	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Natur- und Landschaftspflege	-27,75	-23,75	-22,67	-22,23	-19,67	-20,58	-18,55	-18,85	-19,34	-26,10	-20,10	-27,24	0,00	0,00	0,00	0,00
14. Umweltschutz	-2,24	-1,78	-2,30	-1,97	-2,35	-1,99	-2,40	-2,38	-2,45	-2,55	-2,50	-2,38	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Wirtschaft und Tourismus	-9,10	-8,19	-8,53	-8,44	-8,51	-8,23	-8,59	-9,00	-8,75	-9,96	-8,92	-10,22	0,00	0,00	0,00	0,00
16. Allgemeine Finanzwirtschaft	576,33	559,38	588,18	653,97	615,89	733,90	643,80	811,46	687,97	922,40	717,01	951,42	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe ordentliches Ergebnis	-284,90	-232,86	-223,31	-147,55	-160,79	-121,56	-102,15	-89,48	-36,37	-36,32	13,59	0,35	0,00	0,00	0,00	0,00
Abweichung vom vertraglich vereinbarten ordentlichen Ergebnis		52,04		75,76		39,23		12,67		0,05		-13,24		0,00		0,00

Konsolidierungsmaßnahmen		Summierte Konsolidierungs-vorgabe 2013-2016	2013	2014	2015	2016	Konsolidierungs-ergebnis
1 Organisation und Gremien							
	Reduzierung der Aufwendungen für Fortbildung	7.500		14.933	6.549		21.482
	Reduzierung der Mittel für Fachliteratur und Zeitungen	5.000		5.339			5.339
	Reduzierung Ausstattungsgegenstände und Büromaterial	6.000		22.799	10.320	4.563	37.682
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	111.100		604	64.804	71.097	136.505
1.2 Organisation und Personal							
	Reduzierung der Aufwendungen für Personaleinstellungen	2.000			6.838		6.838
	Reduzierung Veranstaltungen der Belegschaft	2.000		1.848			1.848
	Reduzierung Sachaufwand für Veranstaltungen	550		336			336
	Kündigung von Mitgliedschaften und Reduzierung Ehrengaben	5.000					0
1.3 Gremien-Büro und Zentrale Dienste							
	Abschaffung von zwei Dienstfahrzeugen	6.000		4.170			4.170
	Reduzierung der Mittel für Treibstoff	1.000		1.090			1.090
	Reduzierung der Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	1.500		241			241
	Reduzierung der Mittel für Gästebewirtung	640		1.173			1.173
	Reduzierung Sachaufwand des Seniorenbeirates	1.000		1.500			1.500
	Reduzierung der Mittel für Dienstreisen von Mandatsträgern	1.000		1.500			1.500
	Reduzierung der Verfügungsmittel	3.100				2.965	2.965
	Reduzierung der Mittel für Ehrengaben an Bürger	4.000		5.836			5.836
	Reduzierung Getränke und Lebensmittel bei Veranstaltungen	4.000		4.566			4.566
1.4 Tul							
	Reduzierung für Internetpräsenz der Stadt Rödermark	5.000		3.251			3.251
1.5 Standesamt							
	Einnahmeerhöhung im Bereich Friedhof	90.000		25.000	69.000		94.000
	Einnahmeerhöhung Verwaltungsgebühren Standesamt	4.500		1.506			1.506
1.6 Brandschutz							
	Reduzierung der Mittel für die Instandhaltung von Fahrzeugen	1.000		2.603			2.603
	Erhöhung Feuerwehrgebühren	80.000		20.312			20.312
	Einnahmeerhöhung durch Zuweisungen des Landkreises	10.000					0
2 Finanzen							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	7.200			6.774	37	6.811
2.1 Finanzverwaltung, Controlling							
	Einsparung beim Sachaufwand	21.500		32.896			32.896
	Personalreduzierung	61.456		29.221	51.463	24.585	105.269
2.2 Finanzbuchhaltung							
	Einsparung beim Sachaufwand	10.750			2.800		2.800
	Personalreduzierung	61.456		7.715		24.585	32.300
2.3 Steuerverwaltung							
	Einsparung beim Sachaufwand	10.750		13.670			13.670
3 Öffentliche Ordnung							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	13.400		3.217	12.042		15.259
3.1 Bürgerbüro							
	weniger Fortbildung	3.000		6.654			6.654
	Fachliteratur einmalig	500		2.253			2.253
	Reisekosten	500		1.448			1.448
	Wegfall der Rentenberatung	65.497	46.160	19.337			65.497
	Europawahlen	2.500		30.411			30.411
	Kommunalwahl	2.500				9.122	9.122

Konsolidierungsmaßnahmen		Summierte Konsolidierungs-vorgabe 2013-2016	2013	2014	2015	2016	Konsolidierungs-ergebnis
3.2 Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
	Ringmaster	9.500			11.791		11.791
	Freiwilliger Polizeidienst	3.500		2.087			2.087
	Personalreduzierung	31.934	103.759				103.759
3.3 Verkehr							
	Kosten Dienst- und Schutzkleidung	3.000		4.845			4.845
	Personalreduzierung	50.200		47.800			47.800
	Erstattung Abschleppunternehmen	2.000		6.055			6.055
	Privatisierung der stationären Geschwindigkeitsüberwachung	20.000					0
	Stadtbus	90.000		94.000	79.509		173.509
	Bahnhof Direkt / Mobil Bon	11.500		8.332			8.332
	Fahrplanheft	8.500		8.000			8.000
4 Kinder, Jugend u. Senioren							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	148.600		773	43.851	7.814	52.438
04.1.01 Krabbelgruppen							
	Erhöhung des Elternanteils für Krabbelgruppen	11.136	6.331				6.331
	Mehreinnahmen U3 HessKiFöG	12.370					0
	Lineare Erhöhung von 15 € pro Betreuungsplatz	34.920					0
04.1.02 Kindergarten							
	Erhöhung Elternanteil Halbtagsplatz	57.488	51.614				51.614
	Erhöhung Elternanteil 14:00 Uhr	38.443	44.632				44.632
	Erhöhung Elternanteil Ganztagsplatz	82.174	90.357				90.357
	Erhöhung Elternanteil Schulkindbetreuung	14.364	9.038				9.038
	Zuzahlung Elternanteil 3. Kita-Jahr	29.616	3.292				3.292
	Standard Gruppengröße 25 Kinder Taubhaus	16.200					0
	Anrechnung der BP mit 10 Wo./Std.	100.977	86.171				86.171
	Mehreinnahmen Kita HessKiFöG	129.128					0
	Mehreinnahmen Migration und Sprachförderung HessKiFöG	3.000					0
	Mehreinnahmen Integrationsplätze nach HessKiFöG	7.000					0
	Lineare Erhöhung von 15 € bei den Kindergartenplätzen	162.000					0
	Erhöhung Sozialstaffel	50.000					0
	Reduzierung der Personalkosten (Nichtfachkräfte)	50.000					0
	Teilreduzierung der Freistellung Leiterinnen auf 60%	187.200					0
04.1.03 Schulkinderbetreuung							
	Erhöhung 15 € Schulkinderbetreuungsplätze und Horte	44.100					0
04.1.04 Mittagsverpflegung							
	Erhöhung Essensgebühren um 10 € bei städt. Einrichtungen	63.000					0
	Wegfall der 3er Pauschale beim Essen	12.240			10.560		10.560
	Städt. Entlastung Kath. Kitas	4.200					0
	U3 Einrichtungen Essensplätze	9.000					0
	Schulkinderbetreuung	10.200			330.599		330.599
	Optimierung der Essensversorgung	60.000					0

Konsolidierungsmaßnahmen		Summierte Konsolidierungs-vorgabe 2013-2016	2013	2014	2015	2016	Konsolidierungs-ergebnis
04.1.05 Einrichtungen freier Träger							
	Entlastung d. Erhöhung Elternanteil Kita	44.250	68.528				68.528
	Entlastung d. Erhöhung Elternanteil U3	48.384	74.000				74.000
	Entlastung d. Erhöhung Elternanteil Schulkindbetreuung	31.664	9.363				9.363
	Änderung Gruppengröße von 10 auf 12	56.160					0
	Einsparungen bei freien Trägern U3 wegen HessKiFöG	128.300					0
	Einsparungen bei Kath. Kitas wegen HessKiFöG	40.000		26.945			26.945
04.1.06 Familienservice RömKids							
	Personalreduzierung	4.400		4.400			4.400
4.2 Jugend							
	Personalreduzierung	25.900		16.420	18.808		35.228
	Reduzierung Berufspraktikant(in)	23.500	44.659				44.659
	Erhöhung Teilnehmergebühren Ferienmaßnahmen	4.700			14.757		14.757
	Vermietungen (Klettert.,Tonstudio,Kinderwaldst.,JUZ)	2.000			0		0
4.3 Senioren, Sozialer Dienst							
	Personalreduzierung	31.700		31.700			31.700
	Reduzierung bei Seniorenschifffahrt	4.000			2.700		2.700
	Reduzierung bei Seniorenweihnachtsfeier	3.000					0
	Personalreduzierung	9.200		9.200			9.200
5 Kultur, Vereine, Ehrenamt							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	223.000		18.018	63.028	37.211	118.257
5.1 Kultur							
	Beendigung Vertragsverhältnis Programmchef Kulturhalle	18.500	10.831	8.500			19.331
	Personalreduzierung	84.100		25.800		27.542	53.342
	Reduzierung des städt. Kulturprogramms	55.000		18.983			18.983
5.2 Vereine, Ehrenamt							
	Reduzierung der Bücherei Urberach	9.000					0
	Finanzierung Medienerwerb Stadtbücherei durch Gebühren	15.350					0
	Reduzierung Vereinsförderung	200.000		50.477			50.477
	Reduzierung Betriebskostenzuschuss Badehaus	100.000		50.000		50.000	100.000
	Reduzierung Zuschuss Musikschule	11.500			5.000		5.000
	Erhöhter Vereinsanteil an Sportstättennutzung	40.000					0
	Reduzierung Aufwand KBR Adventsmärkte & Beleuchtung	18.500					0
	Reduzierung Aufwand KBR Rathaussturm, Rosenmontagszug	5.000					0
	Reduzierung Aufwand KBR Kerbveranstaltungen	10.000					0
6 Bauverwaltung							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	5.400			14.629		14.629
	Personalreduzierung	45.600					0
6.1 Stadtplanung							
	Einschränkung städtebaulicher Planungen	45.000		15.976	54.925	15.000	85.901
	Gebührenerhebung /Änderung Verwaltungskosten-Satzung	10.000					0
	Reduzierung Orts und Regionalplanung	25.000	57.244				57.244
6.2 Liegenschaften							
	Privatisierung Tiefgarage	19.900					0
	5% Einsparungen bei der Unterhaltung	8.000			23.993	4.000	27.993
	Gebührenerhebung /Änderung Verwaltungskosten-Satzung	10.000					0

Konsolidierungsmaßnahmen		Summierte Konsolidierungs-vorgabe 2013-2016	2013	2014	2015	2016	Konsolidierungs-ergebnis
6.3 Tiefbau							
	Brunnen abschalten	10.000		8.000			8.000
	Beleuchtung Reduzierung	130.000			0		0
	Winterdienst Reduzierung	40.000		67.015	51.536		118.551
	Brückenunterhaltung	40.000		52.645	17.305		69.950
	Straßenunterhaltung Reduzierung	450.000					0
	Grünpflege Reduzierung	187.500		26.105			26.105
	Gebührenerhebung /Änderung Verwaltungskosten-Satzung	20.000					0
	Gewässerpflege 50% Reduzierung	40.000			11.231		11.231
6.4 Umwelt							
	Gebührenerhebung /Änderung Verwaltungskosten-Satzung	10.000					0
	Grünflächenpflege Reduzierung	165.000		55.992			55.992
10 Büro des Bürgermeisters							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	1.550		1.330			1.330
10.1 Büro des Bürgermeisters							
	Reduzierung Veranstaltungskosten/Erhöhung der Einnahmen	3.000		0			0
	Reduzierung der Aufträge an KBR	2.325		0			0
	Reduz. Amtliche Bekanntmachungen auf HP	10.000		5.750			5.750
	Sukzessiver Verzicht auf Printmedien	3.000		772			772
	Reduzierung Europäische Partnerschaften	3.000					0
	Personalkostenreduzierung im Verwaltungsbereich	29.417					0
11 Sonderbudget Rechnungsprüfung							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	900			738		738
11.1 Rechnungsprüfung							
	Jahresabschlussprüfung zunehmend nur durch RPA	31.422		12.073	10.087	9.262	31.422
12 Stabsstelle Wirtschaftsförderung-							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	800			0		0
12.1 Stabsstelle Wirtschaftsförderung							
	Einsparung beim Sachaufwand	25.685		38.233	29.483	13.527	81.243
14 Sonderbudget Allgemeine Finanzmittel							
14.1.01 Allgemeine Finanzmittel							
	Erhöhung der Hundesteuer	82.800	76.605				76.605
	Erhöhung der Spielapparatesteuer um 3%	10.875	21.730				21.730
	Erhöhung der Grundsteuer B von 360% auf 450%	1.163.636	1.245.682				1.245.682
	erhöhte Gewerbesteuereinnahmen durch Wirtschaftsförderung.	1.350.000	245.458	1.094.933	471.213		1.811.604
14.1.02 Produktübergreifende Mittel							
	Reduzierung Miete und Nebenkosten	41.187			5.082		5.082
	Personalreduzierung ATZ	248.000			156.990	29.674	186.664
	Summe	**7.696.949**					**6.361.431**

Ergebnis aus "Ursprungsmaßnahmen" = 1.335.518 € weniger konsolidiert als 2013 angenommen.

Durch hohe Kostensteigerungen (z. B. Kinderbetreuungskosten) sind weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich geworden. Endergebnis nach Ersatzmaßnahmen = 4.607.341 € mehr konsolidiert, als ursprünglich mit dem Land vereinbart.		Summierte Konsolidierungs-vorgabe 2013-2016	2013	2014	2015	2016	Konsolidierungs-ergebnis
Ersatzmaßnahmen	Zinsersparnis	400.000	792.120				792.120
	Nichtbesetzung einer Stelle TuI	50.000		50.000			50.000
	Erhöhung Kindergartengebühren 3% 2014	18.510		18.510			18.510
	Erstattung Land für Schulkindbetreuung	273.250		216.110			216.110
	Wegfall Zuschuss Nell-Breuning-Schule	6.000		6.000			6.000
	Landesförderung für Fachberatung	1.385		1.385			1.385
	Reduzierung Aufwand Öffentlichkeitsarbeit Jugend	2.070			2.700		2.700
	Nutzungsausfall Halle Urberach (Einsparung Miete)	196.091		196.091			196.091
	Klimaschutzmanager erst ab 02/2014	4.700		12.995			12.995
	Einkommensteuer	306.700		0			0
	Familienleistungsausgleich	122.600		22.178			22.178
	Schlüsselzuweisung	209.800		209.844			209.844
	Ausz. aus städt. Gesellschaften u. Betrieben f. gemeinnützige Zwecke 2014	450.000		0			0
	mehr Gewerbesteuer netto 2014	300.000		0			0
	Reduzierung Kontokorrentzinsen	242.600		367.853			367.853
	Personalkostenreduzierung 4.1	500.000			623.243		623.243
	Erhöhung Kindergartengebühren 3% 2015	32.800			32.800		32.800
	Grundsteuer B (Anhebung Hebesatz von 450 auf 540 Punkte) 2015	885.000			885.000		885.000
	Gewerbesteuer Anhebung (Hebesatz von 350 auf 380 Punkte) 2015	812.143			809.010		809.010
	Ausz. aus städt. Gesellschaften u. Betrieben f. gemeinnützige Zwecke 2015	450.000			0		0
	Erhöhung Kindergartengebühren 3% 2016	33.800				33.800	33.800
	Mehrertrag aus FAG	1.663.220				1.663.220	1.663.220
	Summe	**6.960.669**					**5.942.859**

Die Differenz zwischen der Konsolidierungsvorgabe und dem Konsolidierungsergebnis bei den Ersatzmaßnahmen resultiert im Wesentlichen aus der nicht vorgenommenen Entnahme aus städtischen Gesellschaften (Entnahme war nicht erforderlich).

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Finanzverwaltung, Controlling	Vorlage-Nr: VO/0232/16 AZ: I/2/1 He Datum: 06.09.2016 Verfasser: Hechler, Silvia

Doppelhaushalt 2017/2018

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
19.09.2016	Magistrat
27.09.2016	Magistrat
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Der Magistrat legt den Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2017/2018 zur Beratung vor.

Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2017/2018 zur Beratung in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Anlagen
Doppelhaushaltsplan 2017/2018

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Finanzverwaltung, Controlling	Vorlage-Nr: VO/0233/16 AZ: I/2/1 Mur Datum: 06.09.2016 Verfasser: Mur

Investitionsprogramm 2017 bis 2021

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
19.09.2016	Magistrat
27.09.2016	Magistrat
29.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
11.10.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Gemäß Ziffer 2 der Hinweise zur Anwendung der haushaltsrechtlichen Vorschriften zu § 97 der Hessischen Gemeindeordnung ist für das Investitionsprogramm ein gesonderter Beschluss durch die Gemeindevertretung notwendig.

Das Investitionsprogramm 2017 bis 2021 wird den Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt und ist dem Doppelhaushalt 2017/2018 als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Entwurf des Investitionsprogramms 2017 bis 2021 zur Beratung in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung: